

Das Parlament

Berlin, Montag 22. Oktober 2018

www.das-parlament.de

68. Jahrgang | Nr. 43-45 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

SPD-Hoffnung für Europa

Katarina Barley Ihre Nominierung zur SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl im Mai 2019 ist eine der zahlreichen überraschenden Wendungen, die sich in ihrem politischen Leben zuletzt ereignet haben: Justizministerin Katarina Barley erklärte nach einigem Zögern ihre Bereitschaft, auf Wunsch von Parteichefin Andrea Nahles als Spitzenkandidatin zur EP-Wahl für ihre kriselnde Partei anzutreten. „Ich liebe diese Partei“, sagte sie in der SPD-Zentrale und sie möchte auch „Verantwortung für Europa tragen“. Erst seit 2013 sitzt die in Trier lebende 49-jährige Juristin im Bundestag, in der vergangenen Legislatur wurde Barley erst SPD-Generalsekretärin, danach Familienministerin und am Ende zudem geschäftsführende Arbeitsministerin. Die Politikerin mit zwei Pässen (sie hat einen britischen Vater) spricht fünf Sprachen – wichtig für Europa. kru



ZAHL DER WOCHE

188

Mitglieder hat die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D), zu der mit 27 Abgeordneten auch die SPD gehört. Sie ist die zweitgrößte EP-Fraktion und zudem die einzige Fraktion mit Parlamentariern aus allen 28 EU-Staaten.

ZITAT DER WOCHE

»Sie ist eine geborene Europäerin.«

Andrea Nahles, SPD-Partei- und Fraktionschefin, mit Verweis auf den britischen Vater und die deutsche Mutter von Katarina Barley als Spitzenkandidatin zur Europawahl

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Abtreibung Vorstöße gegen Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche Seite 5

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Wohnungen Debatte um Miethöhen und Neubauförderung Seite 8

KULTUR UND BILDUNG
Hochschulen Opposition will solide und stetige Finanzierung Seite 11

KEHRSEITE
Bundestag Die Ahnengalerie wird um Wolfgang Thierse (SPD) erweitert Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Showdown im Brexit-Drama

EUROPA Fraktionen wollen Ausstieg ohne Deal verhindern – aber nicht um jeden Preis

Der Luxemburger Premier Xavier Bettel nahm es mit einer gewissen Ironie: „Ich kann so oft wiederkommen wie nötig, um eine Lösung zu finden, aber ich komme nicht her, nur um eine Tasse Kaffee zu trinken und Kekse zu essen“, sagte er nach dem EU-Gipfel vergangene Woche in Brüssel. Zwar gab es nicht nur Gebäck, sondern ein ausführliches Dinner für die 28 Staats- und Regierungschefs der EU. Doch nach dem zweistündigen Menü zum Tagesordnungspunkt „Brexit“ war klar: Substanzielleres als viel Abwasch hat das zuvor vollmundig als „Brexit-Gipfel“ angekündigte Treffen kaum hervorgebracht. Die Verhandlungen über den Ende März 2019 anstehenden Austritt Großbritanniens aus der EU stehen auf der Stelle, insbesondere die Frage nach der künftigen EU-Außengrenze zwischen der Republik Irland und Nordirland (siehe Seite 3) bleibt ungelöst. Ein Brexit-Sondergipfel im November, auf dem beide Seiten letzte Fragen klären wollten, liegt auf Eis. Immerhin zeigte sich die britische Premierministerin Theresa May offen für den Vorschlag der EU, die Übergangszeit nach dem Brexit um einige Monate zu verlängern. Provisorisch vereinbart ist bislang eine Phase bis Ende 2020, in der ein Handelsabkommen geschlossen und die künftigen Beziehungen geklärt werden sollen. Voraussetzung dafür ist aber, dass es überhaupt zu einem Austrittsabkommen kommt. Und das wird immer unwahrscheinlicher. Die Gespräche steuern zweieinhalb Jahre nach dem britischen Ausstiegsreferendum auf das schlimmste aller Szenarien zu: einen „No-Deal“, den ungünstigsten Fall Großbritanniens aus der EU. Das Vereinigte Königreich hätte dann den Status eines Drittlandes, fortan würden im Handel mit der EU die Regeln der Welthandelsorganisation WTO gelten, mit den üblichen Zöllen und sonstigen nicht-tarifären Handelshemmnissen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt die daraus folgenden Wachstumsverluste für die britische Wirtschaft auf vier Prozentpunkte in fünf Jahren. Auch in der Eurozone würde der Konjunkturaufschwung deutlich gedämpft.

Erste Vorkehrungen Hinter den Kulissen beginnen offenbar die Vorbereitungen für diesen Ernstfall. In Brüssel skizzierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker den Gipfel-Teilnehmern entsprechende Pläne. Am Rande eines EU-Treffens in Luxemburg sprach der deutsche Europastaatsminister Michael Roth (SPD), ohne Details zu nennen, von „notwendigen Gesetzesentwürfen“. Und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) machte entsprechende Andeutungen. Sie sei zwar zuversichtlich, „rechtzeitig ein gutes und tragfähiges Austrittsabkommen hinzubekommen“, sagte sie vergangene Woche in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag. Doch gehe es „selbstverständlich ebenso zu einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Regierungsführung, dass wir uns auf alle Szenarien vorbereiten“. Im Falle eines harten Brexits sei „eine Vielzahl ganz konkreter Fragen“ zu klären, etwa die künftigen Rechte britischer Staatsbürger, die in Deutschland leben und arbeiten, erklärte Merkel. Betroffen seien aber auch die Zollabfertigung und der Flugverkehr. Der Kanzlerin zufolge beschaffte sich vergangene Woche der im November 2016 gebildete Brexit-Kabinettsausschuss mit dem Szenario. Konkrete Gesetzentwürfe liegen bislang jedoch nicht vor. Ein Umstand, der insbesondere bei der FDP für Unmut sorgt. Bereits im April wollte die Fraktion von der Bundesregierung in einer Großen Anfrage (19/1932) erfahren, welche Vorkehrungen sie mit Blick auf das No-Deal-Szenario trifft. Eine Antwort steht bis heute aus. „Die Bundesregierung ist genauso paralysiert wie die Regierung in Großbritannien“, schloss daraus FDP-Fraktions- und Parteichef Christian Lindner im Plenum. „Wer ist der Brexit-Beauftragte der Bundesregie-



In schier auswegloser Lage: Die Erwartungen an die britische Premierministerin Theresa May sind dies- und jenseits der Insel hoch. Erfüllt hat sie bisher keine.

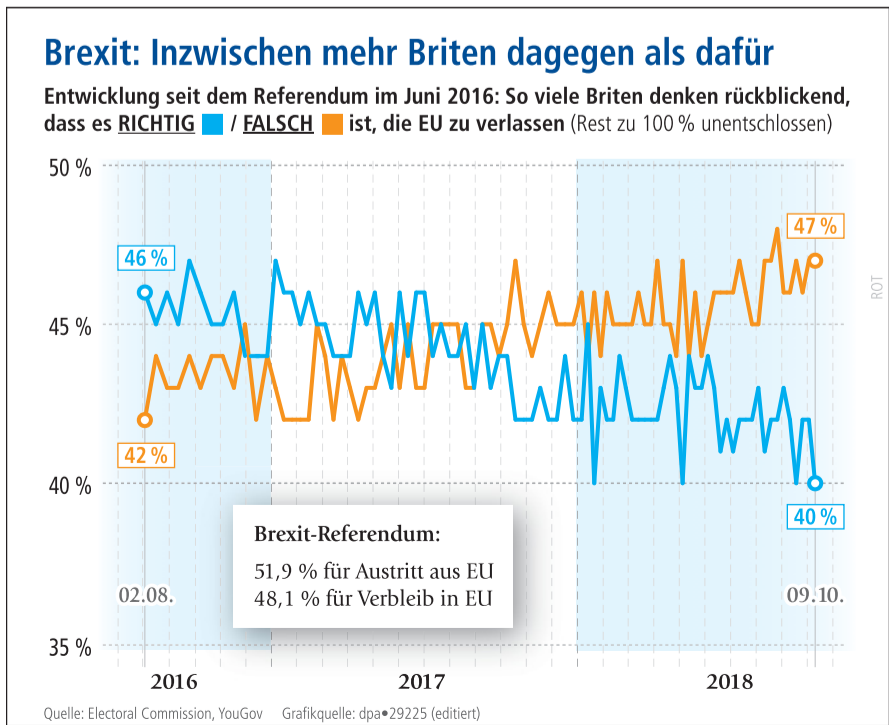
run? Wer kümmert sich in der Bundesregierung beispielsweise darum, dass das London Clearing House, eine wichtige Abwicklungsstation für derivative Finanzprodukte, nicht nach Paris geht, sondern den Finanzplatz Frankfurt stärkt?“ In einer Erklärung mahnte auch FDP-Fraktionsvize Michael Theurer: „Der Brexit muss in der Bundesregierung endlich mit der gebotenen Priorität behandelt werden.“ Die Liberalen verweisen auf das Beispiel Frankreichs. Ministerpräsident Édouard Philippe hat seine Minister dort bereits im August aufgefordert, Maßnahmen für den Fall eines harten Brexits vorzubereiten. Die Franzosen wollen vor allem reibungslose Grenzkontrollen ermöglichen und derzeit in Frankreich lebenden Briten den Verbleib im Land erleichtern. Auch die EU-Kommission hat schon vor Monaten ihr Notfallmanagement verstärkt. Im März präsentierte sie unter dem Titel „Brexit Preparedness“ 68 Hinweise für Behörden und Unternehmen. Themen unter anderem: Netzsicherheit, Fluggastrechte, Lebensmittelrecht und Tiertransporte. Im Juli appellierte sie an alle Akteure, sich besser für einen möglichen harten Bruch ohne Vertrag zu wappnen. Doch so weit soll es nach Ansicht der Bundestagsfraktionen nicht kommen. „Einfach zu akzeptieren, dass es vielleicht einen har-

»Es ist nicht unsere Aufgabe, Theresa May oder die Tory-Partei zu retten.«

Franziska Brantner (Grüne)

den freien Warenaustausch mit dem Vereinigten Königreich „sicher und auf Augenhöhe“ zu regeln. Den Personenverkehr will die AfD hingegen neu fassen. Nach Ansicht von Weidel braucht die EU „einen freien Verkehr von Arbeitnehmern und Selbstständigen, aber keinen freien Zugang in die Sozialsysteme“.

Weniger Kompromisse „Es reicht – enough is enough“, urteilte indes Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen). Entgegen allen Behauptungen könne die EU dem Vereinigten Königreich nicht weiter entgegenkommen. „Es ist nicht unsere Aufgabe, Theresa May oder die Tory-Partei zu retten, sondern es ist unsere Aufgabe, die Europäische Union zu schützen und zu stärken.“ SPD-Fraktions- und Parteichefin Andrea Nahles bemerkte, Großbritannien spüre „bitter, was es wirklich heißt, den Schutz der Europäischen Union zu verlieren“. Diesen Weg können man dem Land nicht ersparen. An der gemeinsamen Linie aller Mitgliedstaaten gebe es nichts zu rütteln, ein „Binnenmarkt à la carte für Großbritannien“ sei ausgeschlossen. Unions-Fraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) pflichtete Nahles bei: „Es wird keinen Konsens um jeden Preis geben. Wer die europäischen Vorteile genießt, muss auch die europäischen Lasten tragen.“ Dennoch werde man hart daran arbeiten, einen Konsens herzustellen. Den Zeitpunkt für einen weiteren Brexit-Gipfel will die EU von Fortschritten in den Gesprächen mit der britischen Regierung abhängig machen. Kommt es zu einer Einigung, steht eine der schwersten Hürden noch aus: Das britische Unterhaus muss dem Austrittsvertrag zustimmen und spätestens im Dezember mit der Ratifizierung beginnen (siehe Seite 3). Danach müssen erst die Abgeordneten im Europaparlament den Deal absegnen und dann die übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten: Mindestens 20 Länder, die für 65 Prozent der EU-Bevölkerung stehen, sind dafür erforderlich. Während immer mehr Briten zu dem Schluss kommen, dass der Ausstieg aus der Union vielleicht doch keine so gute Idee ist (siehe Grafik), bleibt den Verhandlern keine andere Wahl, als in den verbleibenden fünfmonatigen Monaten weiter um Lösungen zu ringen. Oder, um es mit der britischen Rockband Queen zu sagen: The show must go on. Johanna Metz



EDITORIAL

Lüge trifft Realität

VON JÖRG BIALLAS

Was passieren kann, wenn emotional geprägte Volksentscheide auf die Wirklichkeit treffen, ist derzeit in Europa zu besichtigen. Zunehmend verdichtet sich die Erkenntnis, dass ein britischer Ausstieg aus der Europäischen Union mit deutlich mehr Nachteilen verbunden ist, als die Befürworter auf der politischen Bühne der Bevölkerung seinerzeit weismacht haben.

Das Brexit-Votum ist mit Lügen, Intrigen und falschen Versprechungen erstritten worden; populistische Machtspiele haben eine sachliche öffentliche Debatte blockiert.

Und jetzt? Jetzt wird offenbar, wie weitgehend die Europäische Union verzahnt ist. Und wie schwierig es ist, dieses Geflecht aus wirtschaftlichen und politischen Vereinbarungen zu entwirren.

Egal, ob der Brexit am Ende hart, also ohne Einigung über die Ausstiegsmodalitäten, weiter oder vielleicht auch gar nicht erfolgen wird, weil auf der Insel die innenpolitische Situation kollabiert: Diese Debatte markiert eine Zäsur im Zusammenspiel der Gemeinschaft. Die Union ist gut beraten, sich neu zu definieren.

Das heißt freilich nicht, den Grundgedanken „Gemeinsam sind wir stärker“ infrage zu stellen. Es wäre aber hilfreich, wenn sich der Eindruck verflüchtigte, nationalstaatliche Interessen dürften nicht einmal formuliert werden, damit die europäische Idee keinen Schaden nimmt. Genau dieser Eindruck ist vor allem auch in Deutschland über viele Jahre entstanden. Selbstverständlich kann und muss jedes EU-Mitglied seine Interessen offensiv vertreten. Es ist dann Sache des politischen Diskurses, einen Konsens zu entwickeln.

Die EU hat einen klar definierten Wertekanon, der von den Mitgliedern einzuhalten ist. Das muss so bleiben. Dazu gehört übrigens auch, Neumitglieder erst aufzunehmen, wenn sie die dafür notwendigen Anforderungen erfüllen. In der Vergangenheit sind dabei viele, in Einzelfällen zu viele Zugeständnisse gemacht worden.

Die Europäische Union verlangt allen Mitgliedern viel Energie und Enthusiasmus ab. Auch wenn die Brexit-Debatte und andere Konflikte, etwa der mit Polen, mitunter nahelegen, die Idee eines geeinten Kontinents stoße zunehmend an ihre Bruchlinie: Es lohnt sich, für die Gemeinschaft zu kämpfen. Trotz aller Rückschläge.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

NEUER EU-AUFBRUCH NACH DEM BREXIT?

Besser als der Ruf

PRO



Hendrick Kafsack, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Den Untergang der EU herbeizuschreiben, hat Hochkonjunktur. Es stimmt ja auch: Die Zeichen stehen schlecht. Euro- und Flüchtlingskrise haben die EU in Nord und Süd, West und Ost gespalten...

Er kommt nicht

CONTRA



Silke Wettach, »Wirtschaftswoche«, Düsseldorf

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Die EU hätte einen entschlossenen Aufbruch nach dem Brexit dringend nötig. Allein – er wird nicht kommen. In Brüssel mühen sie sich, der Union im kommenden Jahr nach dem Ausscheiden der Briten neuen Elan zu verleihen...

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Seif, lange schien es undenkbar, jetzt droht der Ernstfall einzutreten, dass Großbritannien die EU am 29. März 2019 ohne Übergangsregeln verlässt. Wieviel Hoffnung haben Sie, dass es doch noch zu einer Einigung kommt? Ich bin zuversichtlich, aber in trockenen Tüchern ist das natürlich nicht...

Sollte die EU weitere Zugeständnisse machen? Nicht wenige meinen, dass sie den Briten schon jetzt viel zu weit entgegengekommen ist.

Ziel ist es, die Integrität der EU als Ganzes und des Binnenmarktes nicht zu gefährden. Zum Beispiel ist der Vorschlag von May, der sogenannte »Chequers Plan«, derzeit nicht annehmbar...

In britischen Unterhaus gehen die Interessen weit auseinander. Warum sollten die Abgeordneten sich letzten Endes auf einen Kompromiss einlassen?

Ich hoffe, dass eine Eigendynamik einsetzt, sollte May den Abgeordneten einen Deal vorlegen können. Sie müssen dann entscheiden: Akzeptieren wir, was in Brüssel ausgehandelt wurde? Oder gehen wir in eine völlig unsichere Zukunft mit einem ungeklärten Verhältnis zur EU?

Hat in den vielen Gesprächen, die Sie mit britischen Politikern führen, eigentlich niemand gesagt: Wir haben uns verrammt, am liebsten würden wir das alles bleiben lassen?

Das sagen wenige so offen. Die meisten hoffen, dass das alles irgendwie gut geht. Und es herrscht der Gedanke vor: »Das ist der Wille des Volkes, also ziehen wir das jetzt durch.«

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat im Fall eines ungeordneten Austritts von einer »Katastrophe« gesprochen. Was wären die Folgen? Wenn es keine Übergangsregeln gibt,

»Müssen Brexit abfedern«

DETLEF SEIF Der CDU-Politiker schließt Hilfen für betroffene deutsche Unternehmen nicht aus



© Laurence Chaperon

herrscht ab Frühjahr 2019 plötzlich in Tausenden Bereichen Rechtsunsicherheit. Das betrifft etwa Überflug- und Landrechte im Luftverkehr, die Berechtigung von einem ins andere Land zu reisen und als EU-Bürger in Großbritannien oder als Briten in der EU zu leben und zu arbeiten...

Ist die Bundesregierung auf dieses Worst Case-Szenario vorbereitet? Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat sich im Bundestag nur vage zu möglichen Notfallplänen geäußert.

Noch ist unklar, worauf wir uns konkret vorbereiten sollen, noch verhandeln wir. Und bislang wollen wir auch nicht das Signal senden, dass es vorbei ist und auf den Notfall zulaufen.

Das scheint aber fahrlässig angesichts der knappen Zeit, die noch bleibt.

Wenn sich in den kommenden Wochen keine Lösung abzeichnet, müssen wir tatsächlich entsprechende Gesetzentwürfe vorbringen. Betroffen sind alle Bereiche und Ressorts. Unabhängig davon bereiten sich die Bundesregierung und die Bundesländer intensiv auf alle Szenarien vor.

Wie berechtigt sind die Sorgen der deutschen Exportwirtschaft, die bei einem harten Ausstieg mit Kosten in Milliardenhöhe rechnet?

Der Brexit wird für viele Unternehmen hierzulande ein Problem, besonders für die Zulieferer, die auf die Handelsbeziehungen mit Großbritannien angewiesen sind. Ein ungeordneter Brexit könnte sie in eine existenzgefährdende Situation bringen...

Sie meinen durch staatliche Hilfen wie für die Landwirte? Letztlich ist das doch unternehmerisches Risiko.

Grundsätzlich schon. Aber wenn ein Partner aus dem Projekt Europäische Union ausscheidet und die Unternehmen aus eigener Kraft die Umstrukturierung nicht schaffen, sollten wir eine Förderung nicht ausschließen. Das gilt erst recht für den Fall eines harten Brexits...

Bei den Europawahlen im Mai 2019 dürften europaskeptische Parteien deutlich an Stimmen gewinnen. Zieht die Gemeinschaft aus Brexit und wachsendem Nationalismus die richtigen Schlüsse?

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten nehmen die Entwicklungen in jedem Fall sehr ernst. Und ich glaube, dass man inzwischen umdenkt. Zum Beispiel haben die Staaten zwei Jahre lang ohne Ergebnis über einen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber in der Europäischen Union gestritten...

Aber es war doch die deutsche Bundeskanzlerin, die besonders vehement auf die Verteilungsquote gepocht hat!

Ja. Und ihr Ansatz war und ist unter Gerechtigkeitsaspekten gut. Aber als Europapolitiker stelle ich in all den Jahren immer wieder fest, wie unterschiedlich die Menschen, die Regionen und Nationen in der EU sind. Und auf diese Unterschiede muss man Rücksicht nehmen...

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Detlef Seif (CDU) ist seit 2009 im Bundestag und Brexit-Berichterstatler im EU-Ausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Protestler: Andrej Hunko



© DBT/achim Meide

»Ein No-Deal-Szenario beim Brexit wäre eine Katastrophe.«

sich gegen die zunehmenden Kriegseinsätze oder gegen Neonazis engagiert. Besonders blickt er zurück auf die »sozialpolitischen Proteste 2004« – die Aktionen gegen die Agenda-Politik. »Als Sprecher der Montags-Demos gegen Hartz-IV habe ich mich auch an den bundesweiten Protesten beteiligt.«

Ukraine und Russland für verheerend, auch für die Ukraine.« Dies sagt der Aachener mit ukrainischen Wurzeln. 1991 schmiss Hunko sein Medizinstudium hin: »Das war eine Reaktion 1991 auf den Irak-Krieg, eine nicht sehr reife Reaktion, wie ich rückblickend finde.«

Aber er sei halt sehr wütend gewesen: »Ich wollte wissen: Woher kommen die Kriege?« Seine Erinnerung: »Das hat mich geprägt. Ich wollte politisch aktiv werden.« Seine Zeit als Aktivist der außerparlamentarischen Opposition begann. So habe er

zuletzt als Mediengestalter in einer Druckerei, die in die Insolvenz ging. Der Stichtag wollte es so, dass er einer der ersten Hartzler in Aachen wurde. In dieser Zeit der Demonstrationen habe er »das erste Mal überlegt, ob ich in eine Partei eintreten soll.« Er entschied sich für die WASG, die insbesondere von Gewerkschaftern gegründete »Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit«.

2007 fusionierten WASG und PDS zur Partei »Die Linke«. Hunko: »Es gab damals kulturelle Unterschiede. Wir aus dem Westen waren eher rebellisch geprägt. Viele aus dem Osten kamen hingegen aus staatlicher Verantwortung und wollten ihre Werte in der neuen Bundesrepublik erhalten.« Inzwischen sei Ost-West nicht mehr das Thema in der Fraktion. Als er in die WASG eintrat, habe er »nicht im Entferntesten daran gedacht, dass ich einmal hier in Berlin lande.«

Aus der außerparlamentarischen wird die parlamentarische Opposition im Bundestag: »Veränderungen brauchen beides.« Einerseits bedürfe es der gesellschaftlichen Bewegung. Zuletzt habe dies das Geschehen um den Hambacher Forst gezeigt: »Ich war oft da – es geht nicht ohne außerparlamentarischen Druck.« Andererseits brauche man »auch die Akteure in den Parlamenten, die das dann in konkrete Politik umsetzen.« Diese Aufgabe habe er jetzt lieb gewonnen. Was unternimmt Andrej Hunko außerhalb der Politik? »Alles, was genau mit dem Gegenteil zu tun hat, was ich hier mache: Draußen sein, wandern gehen, zelten gehen, Sport machen in der Natur.« Franz Ludwig Averdunk

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Interneta: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stellv. C/o Claus Peter Kosfeld (pk) Hans Krump (kru), C/o Hans-Jürgen Leersch (hle) Johanna Metz (joh) Kristina Pezzei (pez) Sören Christian Reimer (scr) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 19. Oktober 2018

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4–6 64546 Morfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH c/o Intime Media Services GmbH Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition FAZIT Communication GmbH c/o Intime Media Services GmbH Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

»Das Parlament« ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitschrift »Das Parlament« wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Mays Kontrahenten im Brexit-Streit: Labour-Chef Jeremy Corbyn (links), die Chefin der nordirischen DUP, Arlene Foster (Mitte), und Ex-Außenminister Boris Johnson (rechts)

© picture-alliance/empics/SOLO Syndication

Druck von allen Seiten

GROSSBRITANNIEN Für einen Kompromiss muss Theresa May mächtige Gegner im Land und im Parlament überzeugen

Als Theresa May im März 2017 per Brief EU-Ratspräsident Donald Tusk offiziell das Austrittsbegehren ihres Landes mitteilte, stand ein Zeitplan schnell fest. Einige Wochen später sollten die Verhandlungen beginnen und im Oktober 2018 in eine Vereinbarung münden. So könnten das britische und das Europäische Parlament rechtzeitig ratifizieren und die Briten am 29. März 2019 fristgerecht austreten. Doch es sollte anders kommen, vor allem weil die Konservative bei einer vorgezogenen Neuwahl im Juni 2017 ihre absolute Mehrheit verlor. Seither muss sie zu Hause mühsam um jeden Kompromiss mit den Pro-Europäern wie den Brüssel-Gegnern ringen.

May ist gelähmt und unfähig die nötigen Zugeständnisse an die 27 EU-Staaten zu machen. Weshalb der Europäische Rat vergangene Woche weit entfernt blieb von einer Einigung. Die Premierministerin versuchte ihre Amtskollegen in einer Ansprache vor dem gemeinsamen Dinner für sich zu gewinnen. Doch die konnte erneut nichts bieten, was die Europäer von ihrem vorläufigen Nein zu einer Abmachung hätte bewegen können.

Im Mittelpunkt des Streits steht die Frage der künftigen EU-Außengrenze zwischen der Republik Irland und dem britischen Nordirland. London will den harten Ausstieg aus dem europäischen Regelwerk, weshalb dort Kontrollen notwendig wer-

den. Beide Seiten haben sich aber verpflichtet, das vor 20 Jahren errungene Friedensabkommen zu schützen und deshalb keine physischen Barrieren aufzubauen. Da die britische Seite dafür aber bisher keine überzeugende politische oder technische Lösung vorgelegt hat, verlangen die Europäer eine Auffanglösung („backstop“). Diese würde Nordirland im Zweifelsfall in der Zollunion und im EU-Binnenmarkt belassen. Eine Quadratur des Kreises. Die verschiedenen Brexit-Fraktionen zerran an der Premierministerin. Irgendwann vor Weihnachten droht der große Showdown im britischen Parlament.

Nordirlands Unionisten Seit der von May selbst verpatzten Neuwahl im Juni 2017 können die Tories nur mit Hilfe der zehn Abgeordneten der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) regieren. Die DUP schließt jeden Kompromiss in Sachen „backstop“ aus. Sie sehen Brüssel als fremde Macht, die die Zugehörigkeit der Nordiren zum Königreich untergraben will. Manche DUP-Vertreter sind überzeugt, Brüssel strebe eine Vereinigung der Irischen Insel an. Die Pläne von EU-Chefunterhändler Michel Barnier sehen vor, die britische Region im Norden Irlands zu einer Sonderzone zu machen und im EU-Binnenmarkt wie auch

der Zollunion zu halten. Damit ließe sich der Aufbau von Grenzkontrollen überflüssig machen. Die Nordiren sehen das aber als eine Grenzziehung durch die Irische See, als eine Abkopplung vom „Mainland“. May hat allerdings mehrfach betont, dass kein britischer Premierminister jemals die territoriale Integrität der Nation infrage stellen würde.

Die EU verspricht deshalb, notwendige physische Kontrollen zwischen Großbritannien und Nordirland auf ein Minimum zu reduzieren und beispielsweise auf den Frachtschiffen durchzuführen. Ein Großteil der Überprüfungen würde zudem online stattfinden. May wäre möglicherweise zu verklausulierten Zugeständnissen bereit. Doch die DUP lehnt das weiter kategorisch ab und sprach zuletzt sogar eine direkte Drohung aus: Sollte May ihre roten Linien nicht respektieren, würden sie Ende Oktober den zur Abstimmung stehenden Haushalt zu Fall bringen. Dann steckte das Land endgültig in der Krise.

Die Brexiteers May muss auch mit Hardlinern in der eigenen Partei ringen. Angeführt vom charismatischen Alphonse Boris Johnson und dem exzentrischen Nationalisten Jacob Rees-Mogg stemmt sich diese Gruppe gegen alles, was kein „echter“ Brexit ist. Sie werden nicht akzeptieren, dass May zur Lösung des Nordirland-Problems möglicherweise eine der Zollunion ähnliche Vereinbarung eingeht. Eine solche würde Kontrollen an der Grenze weitestgehend obsolet machen. Doch für die Brexiteers kommt diese Option einer „Unterwerfung“ gleich. Wenige Stunden nach Ende des EU-Gipfels warnten Johnson und Rees-Mogg die Konservative schriftlich, mit Brüssel einen solchen Kompromiss einzugehen. „Das Volk würde das nie verzeihen.“ Die Gruppe der Tory-Brexiteers zählt rund 50 Abgeordnete, die sehr wahrscheinlich in voller Stärke gegen jeden Deal stimmen werden, durch den die Briten irgendwie an das EU-Regelwerk gebunden bleiben.

Die Schotten Die dringend gesuchte Einigung mit den Europäern droht noch aus anderen Gründen zu scheitern. Sie könnte die gesamte Einheit des Königreichs gefährden. Ruth Davidson, Chefin der Tories in Schottland, warnte vor wenigen Tagen eindringlich, dass das Zugeständnis einer Sonderzone für Nordirland den schottischen Nationalisten als Vorlage für einen neuen Anlauf zur Unabhängigkeit dienen könnte. Die in Edinburgh regierende Scottish National Party (SNP) ist kategorisch gegen den EU-Ausstieg. Da sie diesen nicht verhindern kann, beharrt sie auf einem Verbleib in Binnenmarkt und Zollunion. Zuletzt war die Begeisterung der Schotten für ein neuerliches Unabhängigkeitsvotum

merklich abgekühlt. Eine Sonderbehandlung der Nordiren, nicht aber der Schotten, könnte ein neues Aufflammen der Unabhängigkeitsdebatte provozieren.

Die Remainer Am vorvergangenen Samstag protestierten in London mehr als 100.000 Menschen für ein zweites Referendum. Seit Monaten macht eine perfekt organisierte und finanzstarke Gruppe für das „People’s Vote“ mobil. Getragen wird die Bewegung sowohl von Abgeordneten der Tories als auch von Labour. Aber auch ehemalige Spitzenpolitiker wie Tony Blair oder Top-Geschäftsleute wie der Besitzer der Modekette Superdry setzen sich für die Wiederholung des Referendums ein. Ihre Argumentation: Als die Briten im Juni 2016 über ihre EU-Mitgliedschaft abstimmten, waren die Bedingungen für den Ausstieg völlig unklar. Daher sei das „Vote“ kein zweites Referendum, sondern eines über die potenziellen Konsequenzen eines „Brexit um jeden Preis“: steigende Preise, Versorgungsengpässe, fehlende Investitionen, den Kollaps der öffentlichen Dienste durch stockende Einwanderung. Damit kontern sie den Vorwurf des Leave-Lagers, dass eine solche Abstimmung den demokratischen Willen des Volkes unterwandert, weil dieses bereits gesprochen habe. Kalkulation ist, dass die kurz vor Weihnachten erwartete Abstimmung im Unterhaus über Mays Brexit-Deal zu einer Pattsituation und in eine tiefe politische Krise führen wird. Vertreter des „People’s Vote“

würden dann einen Änderungsantrag für eine zweite Abstimmung einbringen. Allerdings sind viele Faktoren unklar: Was genau wäre die Fragestellung? Zudem müsste die EU den Briten mehr Zeit über den 29. März 2019 hinaus für das Abhalten einer neuen Abstimmung einräumen, weil eine solche nicht so schnell organisiert werden könnte.

Die Labour-Partei Oppositionschef Jeremy Corbyn sitzt seit Beginn des Brexit-Dramas auf dem Zaun und hat sich für keine Seite entschieden. Der als Euroskeptiker bekannte Erz-Linke nahm vor dem Referendum kaum am Wahlkampf teil. Seit der Entscheidung hat er sich nur millimeterweise in Richtung des Remain-Lagers bewegt, und das auch nur aus politischem Kalkül. Zum einen ist die neue Labour-Basis, die Corbys Erfolg garantiert, jung und damit pro-europäisch. Bei ihrem Parteitag im September nahm Labour daher einen Antrag an, dass sie grundsätzlich ein zweites Referendum unterstützt. Aber größere Priorität hat für Corbyn eine Neuwahl – er will die Machtübernahme. Das wiederum nutzt Theresa May, um die Hardliner in den eigenen Reihen auf ihre Seite zu bringen: Stimmt für meinen Deal, weil sonst ein Kollaps und mögliche Neuwahlen drohen, an deren Ende Corbyn in die Downing Street einzieht. Stefanie Bolzen

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

Wenn die Nordiren den Haushalt blockieren, steckt das Land endgültig in der Krise.

Die Lücke, die der Brexit lässt

FOLGEN Von deutschen Unternehmen bis zur europäischen Hochschullandschaft: Verlierer dürfte es mit einem EU-Austritt des Königreichs nicht nur auf der Insel geben

Kein anderes Land auf dem Kontinent hat einen so intensiven Handel mit dem Vereinigten Königreich wie Deutschland. Im Jahr 2017 hat Deutschland Waren und Güter im Wert von knapp 85 Milliarden Euro ins Vereinigte Königreich exportiert, das damit nach den USA, Frankreich, China und den Niederlande auf Rang fünf der deutschen Ausfuhrziele steht. Insgesamt betrug das Handelsvolumen 2017 121,5 Milliarden Euro. Der Blick auf weitere Daten zeigt, was mit einem Brexit auf dem Spiel stehen könnte: Laut Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gibt es mehr als 2.500 deutsche Unternehmen mit einem Standort im Vereinigten Königreich, dort sind mehr als 400.000 Mitarbeiter beschäftigt. Umgekehrt arbeiten rund 240.000 Beschäftigte bei britischen Unternehmen in Deutschland. Etwa 750.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen laut DIHK vom Handel mit dem Vereinigten Königreich ab.

An dieser engen Verflechtung muss ein möglicher Austritt der Briten aus der EU zwar nicht zwangsläufig etwas ändern, allerdings dürften die mit einem Brexit zu erwartenden Einschränkungen beim Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr Exporte nach Großbritannien verteuern. Dieser Effekt gilt auch umgekehrt:

Wenn britische Fahrzeuge, Maschinen oder Chemie- und Erdölzeugnisse teurer werden, könnten zum Beispiel deutsche Unternehmen einspringen, denn diese sind bei diesen Gütern ebenfalls stark aufgestellt. Bei der deutschen Außenhandelsförderung „Germany Trade and Invest“ (GTAI) geht man davon aus, dass deutsche Hersteller unter dem Strich sogar von einem Brexit profitieren könnten. „Unabhängig davon, welche Handelsregeln nach dem Brexit gelten werden, zeichnet sich eines ab: Britische Waren dürften Lieferanteile in den EU-Ländern verlieren. Weil sie teurer werden und weniger schnell verfügbar sein werden“, sagte Annika Pattberg, Leiterin des GTAI-Büros in London im Mai dieses Jahres.

Auf der anderen Seite stehen die Skeptiker, die mit erheblichen ökonomischen Auswirkungen in den verbleibenden EU-Mitgliedstaaten und eben insbesondere in Deutschland rechnen. So träfe laut einer Studie des Europäischen Ausschusses der Regionen ein Brexit deutsche Regionen überproportional stark. Demnach liegen hierzulande 41 von 50 Regionen in der EU, in denen Industrie und Handwerk unter einem britischen EU-Austritt besonders leiden dürften, darunter Hamburg, Berlin, Köln und Düsseldorf sowie die Regionen

Stuttgart und Niederbayern mit ihrer Auto- und Zuliefererindustrie. Anders wären die Folgen des Brexit für Dienstleistungsregionen: „Es ist möglich, dass sich für einige der wichtigsten Regionen der EU27 im Banken- und Finanzsektor neue Chancen eröffnen, zumal Paris, Frankfurt am Main, Dublin und Luxemburg darum konkurrieren, Finanzdienstleistungen aus London anzuziehen“, heißt es in der Studie.

Von großer Bedeutung dürfte außerdem die Frage sein, welche Länder künftig jene Lücke im EU-Haushalt kompensieren, die ein Austritt der Briten lassen würde. Auf Deutschland als größten Nettoszahler könnten dabei höhere Kosten zukommen als auf EU-Empfängerländer. EU-Haushaltskommissar Günter Oettinger (CDU) sprach im Februar 2018 davon, dass Deutschland bis zu vier Milliarden Euro zusätzlich ausgeben müsse, um die zu erwartende Brexit-Lücke im Budget zu schließen und neue Aufgaben wie den Schutz der Außengrenzen zu finanzieren.

Mittelschergewicht Auch außen- und sicherheitspolitisch wäre ein „Leave“ der Briten für die EU und damit auch für Deutschland ein Verlust: Großbritannien hat neben Frankreich einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, ist neben Frankreich

die einzige Atommacht in Europa und verfügt über eine der schlagkräftigsten Armeen des Kontinents. Zwar signalisiert man in London, dass man im Fall des Brexits eng mit Deutschland und Europa verbunden bleiben werde – vor allem im Rahmen der Nato, angesichts von Herausforderungen wie Terrorismus, illegale Migrati-

on und Cyberangriffe aber auch in der europa- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit. Klar ist aber, dass die EU mit dem Verlust eines geopolitischen Mittelschergewichts wie Großbritannien in der internationalen Sicherheitspolitik an Einfluss einbüßen dürfte. Mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO) verständigten sich EU-Mitglieder deshalb 2017 mit Blick auf einen Brexit auf eine Verteidigungsunion, die man als Versuch bezeichnen könnte, den Kern einer späteren gemeinsamen europäischen Armee zu schaffen. Großbritannien galt stets als Bremsen einer solchen Entwicklung.

Ein britischer Austritt wirft außerdem die grundsätzliche Frage auf, wie es mit der EU als Ganzes nach weitergeht. Bereits heute zeichnet sich eine Verschiebung der Balancen im europäischen Interessengefüge ab: Die Kooperation von Frankreich und Deutschland gewinnt nochmals an Bedeutung. Befürworter einer strengeren Haushaltspolitik, zu denen traditionell die Niederlande, skandinavische Länder und auch die Bundesregierungen der vergangenen Jahre gehören, dürften mit den Briten einen einflussreichen Partner verlieren, das gilt auch für jene Regierungen von EU-Ländern, die sich als Verfechter des Freihandels verstehen.

Turbulenzen dürfte es außerdem in der europäischen Hochschullandschaft geben. Bisher profitieren zum Beispiel deutsche Studenten vom Erasmus-Programm, das von der EU finanziert wird. Noch wichtiger als diese Stipendien ist in diesem Zusammenhang, dass Erasmus garantiert, dass keine Studiengebühren bezahlt werden müssen, die auf der Insel recht hoch ausfallen können. Den Nachteil eines Brexits hätten nicht nur die Briten, deren Hochschulen für den akademischen Nachwuchs vom Kontinent an Attraktivität verlieren würden: Britische Universitäten wie Cambridge und Oxford sind neben der ETH Zürich die einzigen Hochschulen Europas, die in Sachen Forschung und Lehre im Weltmaßstab regelmäßig Spitzenplätze belegen können. Ein EU-Austritt der Briten wäre auch hier – wie in eigentlich allen anderen Facetten – für die Briten selbst wie für die im EU-Klub verbleibenden Länder mit Unwägbarkeiten und Nachteilen verbunden. Alexander Heinrich

STICHWORT

Deutsch-britische Verflechtung

- > **Handelsvolumen** Im Jahr 2017 tauschten Großbritannien und Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 121,5 Milliarden Euro aus.
- > **Standorte** 2.500 deutsche Unternehmen haben laut DIHK einen Standort im Königreich und beschäftigen dort insgesamt mehr als 400.000 Mitarbeiter. Rund 240.000 Beschäftigte arbeiten in deutschen Standorten britischer Unternehmen.
- > **Arbeitsplätze** In Deutschland hängen laut DIHK rund 750.000 Arbeitsplätze vom Handel mit Großbritannien ab.



Mehr Bücher für Blinde

BEHINDERTE Menschen mit einer Seh- und Lesebehinderung sollen durch Änderungen im Urheberrecht einen besseren Zugang zu literarischen Werken bekommen. Das sieht ein Gesetzentwurf (19/3071, 19/5114) vor, den der Bundestag vergangene Woche mit den Stimmen von Union, SPD und AfD gegen das Votum von FDP, Linken und Grünen angenommen hat. Geregelt wird die Umsetzung der Marrakesch-Richtlinie der EU in deutsches Recht. Die Richtlinie beruht auf einem internationalen Vertrag, der dazu verpflichtet, in Urheberrechtsgesetzen Beschränkungen oder Ausnahmen zugunsten der betroffenen Menschen vorzusehen. Mit dem Umsetzungsgesetz wird den Sehbehinderten gestattet, ohne Erlaubnis der Urheber kostenfrei barrierefreie Kopien von Werken zu erstellen, verleihen und austauschen dürfen, müssen dafür aber eine Vergütung zahlen. Angenommen wurde außerdem ein Entschließungsantrag, mit dem die Bundesländer gebeten werden, den finanziellen Mehrbedarf der Blindenbibliotheken im Rahmen der Zuweisung von Haushaltsmitteln zu berücksichtigen. Dirk Heidenblut (SPD) und Ansgar Heveling (CDU) betonten die Notwendigkeit, den Blindenbibliotheken ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen. Heveling sagte, damit sowohl die Grundrechte der Seh- und Lesebehinderten wie auch der Urheber verwirklicht werden können, müssten die befugten Stellen finanziell auskömmlich ausgestattet sein. Auch Lothar Maier (AfD) sagte, der Gesetzgeber müsse dafür sorgen, dass die Mittel für die Übertragung von Literatur in barrierefreie Formate aufgestockt werden. Roman Müller-Böhm (FDP) monierte, der Entwurf werde dem Anspruch, eine Teilhabe zu gewähren, nicht gerecht. Sören Pellmann (Linke) kritisierte, für Rüstung stünden Milliarden zur Verfügung, für die Verbesserung der Situation von Behinderten fehle wieder Geld. Corinna Ruffner (Grüne) bezeichnete das Gesetz gar als „Murks“. Es bleibe hinter den Möglichkeiten der EU-Richtlinie weit zurück. *mwo |*



Viele Solo-Selbstständige verdienen nicht viel und leiden zum Teil unter unverhältnismäßig hohen Fixkosten. Sie werden künftig bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung deutlich entlastet.

Heftige Kritik an Ryanair

ARBEIT Dass die Behandlung der Mitarbeiter durch die irische Fluggesellschaft Ryanair inakzeptabel ist, darin waren sich die Fraktionen des Bundestages einig. Sie berieten am vergangenen Freitag über einen Antrag (19/5055) der Fraktion Die Linke, in dem diese fordert, ein Streikrecht bei Ryanair durchzusetzen. Die Linke kritisiert, dass die Gründung eines Betriebsrates in Luftfahrtunternehmen für im Flugbetrieb Beschäftigte nur per Tarifvertrag möglich sei und fordert die Streichung des betreffenden Paragraphen 117 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG). Pascal Meiser (Die Linke) verwies darauf, dass das Unternehmen auf Kosten der Mitarbeiter Milliardengewinne mache und dadurch auch andere Luftfahrtunternehmen unter Preisdruck gerieten. Wilfried Oellers (CDU) überzeigte der Vorschlag, den Paragraphen 117 zu streichen, noch nicht. Das müsse man sich zuvor noch einmal genau anschauen. Jürgen Pohl (AfD) kritisierte, das Gesetz zu ändern, „nur weil Gewerkschaften ihren Job nicht machen“, gehe auch nicht. Carl-Julius Cronenberg (FDP) warnte, der Vorschlag der Linken würde die Sozialpartnerschaft untergraben. Bernd Rützel (SPD) kündigte dagegen an, die Bundesregierung wolle den entsprechenden Paragraphen ergänzen. Auch Beate Müller-Gemmeke (Grüne) erklärte, ihre Fraktion befürworte den Antrag. Dass die Piloten bei Ryanair ein Streikrecht einforderten, müsse von der Politik aktiv unterstützt werden. *che |*

KURZ NOTIERT
Zensusvorbereitung und Dopingopfer-Hilfe
Der Bundestag hat eine Regierungsvorlage „zur Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes 2021“ gebilligt (19/3828, 19/5113). Demnach sollen die Meldedaten zu einem Testdurchlauf 2019 von den Meldebehörden mit Klarnamen geliefert werden. Außerdem wird im Zweiten Dopingopfer-Hilfegesetz die Frist zur Geltendmachung von Ansprüchen bis Ende 2019 verlängert. *sto |*

Halbe-halbe

GESUNDHEIT Die Beitragsparität kommt 2019 zurück

Nach jahrelangem Streit wird 2019 die vollständige paritätische Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge wieder eingeführt. In der vergangenen Woche billigten Union, SPD und Grüne das sogenannte Versichertenentlastungsgesetz (19/4454; 19/5112) und machen damit den Weg frei für die Parität. So werden künftig auch die Zusatzbeiträge, die bisher von den Versicherten allein getragen wurden, je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt. Dies allein wird die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) um rund 6,9 Milliarden Euro pro Jahr entlasten. Je nach Perspektive ist die faire Lastenteilung damit erreicht oder auch nicht. Die Linke moniert, die Versicherten müssten jedes Jahr Zuzahlungen in Milliardenhöhe leisten und blieben etwa auf den Kosten für Brillen und Zahnersatz sitzen. Die Arbeitgeber führen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an, die zu ihren Lasten gehe. Die FDP votierte auch deshalb gegen die Novelle, während AfD und Linke sich enthielten, was mit Skepsis gegenüber den übrigen Regelungen des üppigen Gesetzentwurfs zu tun hat, der insgesamt eine Entlastung von rund acht Milliarden Euro jährlich bringen soll.

ve Mitgliedschaften auch rückwirkend zu beenden, um eine Anhäufung von Beitragsschulden zu verhindern. Experten gehen davon aus, dass bei den Krankenkassen bis zu 300.000 „Karteileichen“ geführt werden, Mitglieder, die weder Beiträge zahlen, noch Leistungen in Anspruch nehmen, für die aber Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds fließen. Das sind zum Beispiel Saisonarbeiter, die nach Ende ihrer versicherungspflichtigen Tätigkeit in ihr Heimatland zurückkehren. Angesichts der zum Teil hohen Rücklagen sollen die Kassen außerdem ihre Finanzreserven systematisch zurückführen. **Soldaten** Schließlich wird ehemaligen Zeitsoldaten ab 2019 ein einheitlicher Zugang zur GKV ermöglicht. Die Soldaten erhalten ein Beitrittsrecht zur freiwilligen Versicherung in der GKV. Der Ausschuss beschloss auf Bitten des Bundeswehrverbandes eine befristete Regelung für wenige „Altfälle“. Es handelt sich um Zeitsoldaten, die nach dem Dienstende 55 Jahre alt waren und von der Neuregelung nicht erfasst worden wären. Nun sollen sie entscheiden dürfen, ob sie in die GKV wechseln. SPD und Grüne werteten die Novelle als Meilenstein. Karl Lauterbach (SPD) sagte, mit der Parität werde die GKV zukunftsfest gemacht angesichts der zu erwartenden immensen Kostensteigerungen. Ohne dieses Gesetz müssten die Arbeitnehmer die Mehrkosten alleine zahlen. „Das hätte schleichend zu einer dauerhaften Privatisierung des Gesundheitssystems geführt“, sagte Lauterbach und wertete den Beschluss als „historisch“. Mit Blick auf die Wahlmöglichkeit der Zeitsoldaten fügte er hinzu, es wäre sinnvoll, wenn das für alle gelten würde, denn viele ältere privat Versicherte fühlten sich „gefangen“ und würden gerne wechseln. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) reagierte unwirsch auf die SPD und merkte mit Blick auf die Parität an: „Es ist Ihr Erfolg und jetzt höre ich schon wieder, was alles fehlt.“ Rund 56 Millionen Versicherte könnten mit mehr als 200 Euro Entlastung pro Jahr rechnen. Taxifahrer, Kioskbesitzer oder Webdesigner profitierten von sinkenden Beiträgen für Selbstständige. Das sei eine gute und konkrete Botschaft. Nach Ansicht von FDP und Linken hätte die Bemessungsgrundlage für Selbstständigen knapp 100 Millionen Euro seien „gut investiertes Geld“. Das Forum sei ein Projekt des Parlaments, verankert im Koalitionsvertrag, und mitinitiiert von einem Initiativkreis in Karlsruhe.

»Viele fühlen sich in der privaten Krankenversicherung gefangen.«
Karl Lauterbach (SPD)

ge auf 450 Euro gesenkt werden sollen. Christine Aschenberg-Dugnus (FDP) argumentierte, die GKV-Beiträge müssten nach dem tatsächlichen und nicht nach einem fiktiven Einkommen bemessen werden. Unter der jetzigen Regelung litt vor allem Frauen, die aus familiären Gründen keine Vollzeitjobs verrichten könnten. Achim Kessler (Linke) monierte, das Gesetz sei ein „Flickwerk“, das die sozialen Ungerechtigkeiten nicht beseitige. Immerhin würden überfällige Korrekturen vorgenommen. Bei der Mindestbeitragsbemessung müsse das reale Einkommen herangezogen werden. Und das für alle freiwillig Versicherten, auch für Rentner und Studenten und nicht nur für Selbstständige. **Rücklagen** Detlev Spangenberg (AfD) forderte den Bund auf, endlich kostendeckende Beiträge zur Krankenversicherung von Arbeitslosengeld-II-Bezieher zu zahlen. Die aktuelle Deckungslücke liege bei 8,7 Milliarden Euro pro Jahr. Das sei nicht in Ordnung. Maria Klein-Schmeink (Grüne) lobte, mit dem Gesetz sei eine echte Entlastung verbunden. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Finanzierung der GKV. Problematisch sei die Regelung zur Auflösung von Kassenrücklagen. Dabei könnten leicht „Schieflagen“ entstehen. Karin Maag (CDU) sagte, die Versicherten könnten nun teilhaben an der positiven Wirtschaftsentwicklung. Für die Arbeitgeber werde ein Anreiz gesetzt, sich wieder mehr für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen einzusetzen. *Claus Peter Kostfeld |*

»KOMPAKT

Das Versichertenentlastungsgesetz

- > Parität:** Auch der Zusatzbeitrag in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wird ab 2019 wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bezahlt.
- > Selbstständige:** Die Mindestbeitragsbemessungsgrenze für Selbstständige in der GKV wird ab 2019 von derzeit rund 2.283 Euro auf 1.038 Euro reduziert.
- > Soldaten:** Ehemalige Zeitsoldaten erhalten ab 2019 ein Beitrittsrecht zur freiwilligen Versicherung in der GKV und nach Ende der Dienstzeit einen Beitragszuschuss.

»Geheimdienstarbeit ist auch Glückssache«

AMRI-AUSSCHUSS Zeuge schildert Härten des Einsatzes

Wer, wenn nicht dieser Zeuge? Wer sonst sollte in der Lage sein, die üble Nachrede auszuräumen, die hässlichen Verdächtigungen, die die Rolle des Verfassungsschutzes in der Affäre Amri umwabern, als der Mann, der sich vergangene Woche im Amri-Untersuchungsausschuss mit dem Tamnänen „Thilo Bork“ und den Worten vorstellte: „Ich kann sagen, dass ich schon meine zu wissen, wovon ich spreche, weil ich weiß, wie es draußen zugeht.“ „Draußen“ ist der Zeuge Bork vier Jahre lang unterwegs gewesen, „auf der Straße“ als Quellenführer im Dienst der für „Islamismus und islamistischen Terrorismus“ zuständigen Abteilung 6 des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In derselben Abteilung ist er später zum Referatsleiter aufgestiegen und führt seit 2015 eine Referatsgruppe für „Beschaffung“, mit anderen Worten, Einsatz und Betreuung von V-Leuten im radikalislamischen Milieu. So einer, mag man sich im Bundesamt gedacht haben, ist der richtige Mann, um ahnungslose Abgeordnete und übelwollende Medien über die Härten des Geheimdienstalltags aufzuklären. Ist nicht seit dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 die Rede davon, der Verfassungsschutz habe damals womöglich mehr über den Attentäter Amri gewusst oder wissen können, als er heute zugeben möge? Ist nicht mittlerweile der Präsident des Bundesamtes über die Klinge gesprungen, gewiss aus einem anderen Grund, aber doch auch begleitet von dem Vorwurf, Hans-Georg Maaßen habe die Öffentlichkeit über die Rolle seiner Behörde in der Affäre angelogen? Hatte er nicht immer behauptet, Amri sei ein „reiner Polizeifall“ gewesen, und es habe im „Umfeld“ des Täters keine Quelle gegeben?

voll geschäftsfähig sei, sich in einem Aufsteigerprogramm befände, seinen Lebensunterhalt mit den Einkünften aus der Spitzeltätigkeit bestreiten müsse, „steuernden Einfluss“ auf „verfassungsschutzrelevante Bestrebungen“ habe, also Gruppen, die der Beobachtung unterlägen, wer schließlich eine nicht wenigstens zur Bewahrung ausgesetzte Vorstrafe aufweise, komme als Informant von vornherein nicht in Frage. Nicht, dass der Zeuge gegen die Einschränkungen seines Wirkens irgendetwas einzuwenden hätte: „Ich bin von den rechtlichen Grundlagen überzeugt, denn ich arbeite für die Erhaltung unseres Rechtsstaates. Die Verfassung, die ich schütze, setzt mir richtigerweise den Rahmen.“ Soviel zur Rechtstreue des Nachrichtendienstes. Zum Begriff des „Umfeldes“ führte der Zeuge aus, dieser sei „nicht objektbezogen, sondern personenbezogen“. Das bedeutete: Selbst wenn sich eine Quelle in einem Objekt aufhalte, sei nicht gesagt, dass sie mit allen dort verkehrenden Personen Kontakt habe. Oder mit anderen Worten: Dass der Verfassungsschutz eingeständenermaßen über einen Informanten in der Moabiters Fussilet-Moschee verfügte, die für Amri so etwas wie ein zweites Zuhause war, macht die Behauptung, es habe in dessen „Umfeld“ keinen V-Mann gegeben, nicht zu einer Lüge.

»Es kommt nicht so oft vor, dass wir eine geeignete Quelle finden.«
Zeuge Thilo Bork, Bundesverfassungsschutz

Keine Hinweise Und so lautete das Fazit Borks: „Im Fall Amri war es uns leider nicht möglich, den Anschlag zu verhindern, denn es gab keine Quelle im Umfeld des Täters. In anderen Fällen gelingt uns das sehr wohl.“ Geheimdienstarbeit sei zu einem Gutteil auch Glückssache, und das Glück habe hier gefehlt: „Wenn wir jetzt so tun, dass wir zum damaligen Zeitpunkt alles hätten wissen können, was wir jetzt wissen, setzen wir aufs falsche Pferd.“ Das war das entscheidende Argument, das der Zeuge mehrfach wiederholte. Amri sei, bevor er seinen Anschlag verübte, für den Verfassungsschutz nur „eine Person unter sehr vielen“ islamistischen Gefährdungen gewesen, absolut „kein Ausnahmefall“.

Seine Referatsgruppe, sagte Bork, habe im Jahr „mit einer mittleren dreistelligen Zahl von Gefährdungssachverhalten“ zu tun. Der Gefährder Amri habe nichts erkennen lassen, „was über das normale Maß hinausging“. Ja, hätte man geahnt, dass er ein Attentat im Sinn hatte: „Aber wir wussten es nicht, und ich komme zum entscheidenden Punkt: Wir konnten es auch nicht wissen.“ *Winfried Dolderer |*

Komplexe Umstände So begann der Zeuge Bork mit einem einleitenden Vortrag. Nicht allein aus eigenem Entschluss, wie er auf Nachfrage einräumte. Sein Dienstvorsatz habe ihm dazu geraten, und – „wenn Sie's genau wissen wollen“ – auch seine Frau. Ihm selber war es indes ebenfalls ein Anliegen, ein interessiertes Publikum mit den komplexen Umständen des Einsatzes von V-Leuten vertraut zu machen und mit dem nachrichtendienstlichen Begriff des „Umfeldes“. Es sei ja nicht so, dass sich „jeden Tag eine geeignete Quelle findet“, im Gegenteil: „Es kommt leider nicht allzu häufig vor.“ Die rechtlichen Hürden seien hoch. Wer nicht

Rückgrat der Demokratie

JUSTIZ In Karlsruhe soll ein Forum Recht entstehen

Karlsruhe als „Hauptstadt des Rechts“ soll nach dem Willen des Bundestages ein „Forum Recht“ bekommen, mit dem der Rechtsstaat als Rückgrat der Demokratie gewürdigt werden soll. Mit den Stimmen aller Fraktionen außer der AfD nahm das Parlament einen Antrag von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP (19/5047) an. Ein gleichlautender Antrag der Fraktion Die Linke (19/5050), die für den Antrag der anderen Fraktionen gestimmt hatte, wurde abgelehnt. Dem Forum Recht liegt ein zivilgesellschaftliches Projekt zugrunde, mit dem das Bewusstsein für den Rechtsstaat gestärkt werden soll. Zur Begründung des Antrags heißt es, viele Menschen seien sich der gesellschaftlichen Bedeutung des Rechtsstaates nicht mehr bewusst. Die Folgen seien nicht nur sachliche Kritik am Rechtsstaat, sondern offene Ablehnung bis hin zur Anfeindung von Richtern. In Zeiten, in denen populistische und spaltende politische Strömungen an Einfluss gewinnen, gälte es, den Rechtsstaat in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zu stellen. Auf diese Notwendigkeit wiesen die Redner der antragstellenden Fraktionen übereinstimmend hin.



Bronzefigur der Justitia in Bamberg

Johannes Fechner (SPD) betonte, mit dem Grundsatzbeschluss werde diese wichtige Institution eingerichtet. Seine Parteikollegin Esther Dilcher bedauerte ebenso wie Niema Movassat (Linke) und Katja Keul (Grüne), dass die Union nicht bereit war, die Linke an dem Antrag zu beteiligen. Diese Haltung belaste das Projekt, sagte Keul. Sie betonte, dass es sich dabei nicht um ein „Karlsruher Wahlkreisprojekt“ handle. Sie sei froh, dass es in letzter Minute gelungen sei, einen Konsens für ein gesamtdeutsches Projekt zu formulieren. Dagegen bedauerte Stefan Ruppert (FDP), dass es in den vergangenen Tagen „wegen schlechter Kommunikation eine Art Verstaatlichung“ des Vorgangs gegeben habe. Thomas Seitz (AfD) sagte, die Millionen, die für die Förderung des Rechtsstaats ausgeben werden, sollten besser in die Ausstattung von Justiz und Polizei investiert werden. *Michael Wojtek |*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Gießener Ärztin Kristina Hänel muss sich vor Gericht verantworten, weil sie auf ihrer Internetseite Abtreibung als Leistung angeboten haben soll.

© picture-alliance/dpa

Entlastung beim Beitrag und Weiterbildung

ARBEIT Eine Phobie zu haben, würde die Union sicherlich weit von sich weisen. Doch Peter Theurer, Abgeordneter der FDP, wollte genau eine solche bei der Koalition erkannt haben: „Sie haben eine Entlastungsphobie“, erklärte er, nachdem sich die Koalition gerade ausführlich dafür gelobt hatte, Bürger und Unternehmen bei der Arbeitslosenversicherung entlasten zu wollen. „Das ist die Hauptbotschaft des Gesetzes“, verkündete etwa Peter Weiß (CDU) in der vergangenen Woche bei der ersten Lesung des Regierungsentwurfs für ein Qualifizierungschancengesetz (19/4948). Gleichzeitig würden die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) weiter ausgebaut. So sei man für krisenhafte Zeiten bestens gerüstet, freute sich Weiß. Doch Theurer ließ sich davon nicht anstecken und kritisierte, dass diese Ersparnis den Bürgern gleichzeitig für höhere Pflegebeiträge wieder aus der Tasche gezogen wird. Neben der Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 3,0 auf 2,6 Prozent im kommenden Jahr gehört auch die Ausweitung der Weiterbildungsförderung durch die BA zum Kernanliegen des Gesetzes. Diese Förderung soll künftig für all jene Beschäftigten ermöglicht werden, deren Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden oder in sonstiger Weise vom Strukturwandel betroffen sind. Bedingung der Kostenübernahme durch die BA ist jedoch eine Ko-Finanzierung durch den Arbeitgeber. Das Recht auf Weiterbildungsberatung soll dagegen für Beschäftigte als auch für Erwerbslose gleichermaßen gelten. Außerdem sieht das Gesetz die Ausweitung der Rahmenfrist von 24 auf 30 Monate vor, innerhalb derer die Mindestansprüche (12 Beitragsmonate) auf Arbeitslosengeld erworben werden müssen. Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) betonte: „Wir sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer von heute auch die Arbeit von morgen machen können. Wir müssen Arbeitslosigkeit im digitalen Wandel verhindern, bevor sie entsteht.“ Martin Rosemann (SPD) kündigte an: Langfristig gesehen, müsse die BA zur einer Agentur für Weiterbildung und Qualifizierung ausgebaut werden.

»Schlechte Kurse für viel Geld« Jörg Schneider (AfD) kritisierte den Entwurf als Fortsetzung der aktuellen Politik im System des Arbeitslosengeldes II (ALG II), in dem es viel zu wenig passgenaue Lösungen für Arbeitslose gebe. »Schlechte Kurse, denen nicht die passenden Teilnehmer zugeordnet werden. Dafür soll es nun noch mehr Geld geben«, ärgerte sich Schneider. Für Sabine Zimmermann (Die Linke) sind die Pläne völlig unzureichend. »Wir brauchen endlich ein Recht auf Weiterbildung, damit Erwerbslose nicht weiter als Bittsteller dastehen«, sagte sie. Im Jahr 2017 habe es im ALG-II-Bezug fast eine Million Menschen ohne Berufabschluss gegeben und nur 12.000 hätten eine Weiterbildung mit dem Ziel eines beruflichen Abschlusses begonnen. Zu vielen würde diese Möglichkeit verwehrt, beklagte sie. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) ergänzte, Weiterbildungen müssten viel besser finanziell abgesichert sein, denn gerade Erwerbslose könnten diese nicht aus eigener Tasche bezahlen. Er kritisierte auch, dass von den 1,5 Millionen Kurzzeitverwerbslosen die Hälfte sofort im Hartz-IV-System lande. Die Verlängerung der Rahmenfrist auf 30 Monate werde daran auch nichts ändern, sagte er. *che*

Paragraf mit Potenzial

FRAUEN Heftiger Streit über verbotene Werbung für Schwangerschaftsabbrüche

Wird Paragraf 219a zum „Schicksalsparagrafen für die SPD“? Die Linken-Abgeordnete Cornelia Möhring geht davon aus. In der Debatte am vergangenen Freitag über drei Gesetzentwürfe der Fraktionen von Linken, Grünen und FDP (19/93, 19/630, 19/820) zur Streichung beziehungsweise Änderung des Paragrafen, der Werbung für Schwangerschaftsabbrüche unter Strafe stellt, wurde deutlich, dass das Thema das Potenzial hat, die Koalition zu spalten. Bereits seit einem Jahr debattieren die Abgeordneten über das Thema. Anlass war die Verurteilung der Gießener Ärztin Kristina Hänel, die eine Strafe zahlen muss, weil sie auf ihrer Website veröffentlicht hat, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Paragraph 219a regelt, dass mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe belegt wird, „wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften“ seines „Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt“.

Rolle der Frau SPD, FDP, Linke und Grüne sehen darin eine nicht akzeptable Bevormundung von Frauen, denen Informationen vorenthalten würden, sowie eine Einschränkung von Ärzten, die Strafverfolgung und Kriminalisierung befürchten müssten, wenn sie ihren Job ausübten. Auch in der Praxis ist die Regelung umstritten.

So hat der Richter, der erst vor wenigen Tagen die Berufung von Hänel abgelehnt hat, in der Urteilsbegründung gesagt, sie solle das Urteil „wie einen Ehrentitel“ im Kampf um ein besseres Gesetz tragen. Darauf wies auch Möhring in ihrer Rede hin. Sie appellierte an die SPD, die schon vor einem Jahr einen eigenen Gesetzentwurf zur Abschaffung des 219a vorgelegt habe, nicht das Frauenbild von Union und AfD zu unterstützen, die Frauen offenbar für „hohle Nüsse“ hielten, die nicht in der Lage, seien, allein zu entscheiden und mit Informationen überfordert seien. Es gehe hier letztlich um „den Einfluss des Staates auf den weiblichen Körper“.

Ulle Schauws (Grüne) sagte, wenn Paragraph 219a gestrichen würde, hätten von ungewollten Schwangerschaften betroffene Frauen mehr Sicherheit und Informationen; dies gehöre zur sexuellen Selbstbestimmung. Ärzten sei es dann möglich, ihren „Staatsaufgaben“ nachzukommen, sie liefen nicht länger Gefahr, verklagt zu werden.

Nicht zeitgemäß Die FDP macht sich für eine Änderung der Regelung dahingehend stark, dass künftig nur noch „grob anstößige Werbung“ unter Strafe gestellt werden sollte. Stephan Thomae (FDP) sagte, der Paragraf sei in der jetzigen Form nicht

mehr zeitgemäß. Das Fristenmodell mit der Beratungslösung sei richtig und werde von einer Änderung des Paragrafen 219a nicht berührt. Die SPD forderte er auf, notfalls ohne den Koalitionspartner abzustimmen.

Die SPD ist bei dem Thema in der Bredouille. Die Fraktion ist entschieden dafür, den Paragrafen abzuschaffen, will aber nicht den Bruch der Koalition riskieren. So sagte Eva Högl (SPD), Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe zugesagt, es werde eine „vernünftige Lösung“ geben, die Rechtssicherheit für Ärzte bringen und den Frauen den Zugang zu nötigen Informationen gewähren werde. In Richtung Union fügte sie hinzu: „Es eilt.“ Jeden Tag würden Frauen vor Beratungsstellen, Praxen und Kliniken belästigt und Ärzte von „sogenannten Lebensschützern“ angezeigt. Die Union solle sich daher einer Lösung nicht länger verschließen. Die CDU-Abgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker machte allerdings klar, eine Reform des 219a sei von CDU und CSU nicht gewünscht. Es sei lediglich verboten, dass Ärzte, die die Eingriffe durchführten, dafür Werbung betrieben, es gebe sonst für

Frauen und Ärzte „keine Stolpersteine“, weil klar sei, dass „das Kind nur mit der Mutter geschützt werden kann und nicht gegen sie“. Derzeit sprächen zwei Minister der Union mit zwei Ministerinnen der SPD über das Thema.

»Es geht um den Einfluss des Staates auf den weiblichen Körper.«

Cornelia Möhring (Die Linke)

Seine Fraktion sei dagegen, am „Strafrechtsschutz für das ungeborene Leben“ zu rütteln, der in den vergangenen Jahren immer wieder verfassungsrechtlich bestätigt worden sei. Nötig sei eine „Politik der klaren Haltung“. Innerhalb der Bundesregierung wurde vereinbart, dass das Justizministerium einen Vorschlag für eine Regelung vorlegen soll. Kristina Hänel will nun Revision gegen das Urteil beim Oberlandesgericht einlegen und zur Not bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. *Susanne Kailitz*

STICHWORT

Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland

> Anstieg 2017 Die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche lag 2017 um 2,5 Prozent über dem Wert von 2016. Laut Statistischem Bundesamt wurden 2017 rund 101.200 Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland gemeldet.

> Alter 72 Prozent der Frauen, die 2017 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahre alt, 17 Prozent zwischen 35 und 39 Jahre, rund 8 Prozent der Frauen waren 40 Jahre und älter.

> Beratung 96 Prozent der gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in

Eine Brücke nicht für alle

ARBEIT Viele Beschäftigte können künftig nach bis zu fünf Jahren Teilzeitarbeit auf eine volle Stelle zurückkehren

Mutter, am besten alleinerziehend, gegen Lebamann, der sein Golfhandicap verbessern will: Das war, salopp gesagt, aber von einigen Abgeordneten so formuliert, die Demarkationslinie, an der sich in der Debatte über die geplante Brückenteilzeit die Geister schieden. Denn in die Euphorie der Koalitionsfraktionen über den Regierungsentwurf (19/3452) für den neuen Rechtsanspruch wollten die vier Oppositionsfraktionen nicht einstimmen. Die einen, weil sie die Tarifautonomie missachtet sehen; die anderen, weil sie einen Großteil der Beschäftigten von dem Gesetz ausgeschlossen sehen. Genutzt hat es freilich nichts, der Entwurf wurde in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union und SPD angenommen, die Brückenteilzeit kann also zum 1. Januar 2019 kommen.

Begrenzt Das Gesetz regelt, dass in Betrieben mit mehr als 45 Mitarbeitern die Arbeitnehmer, die bereits länger als sechs Monate dort beschäftigt sind, ihre Arbeitszeit ohne Vorliegen bestimmter Gründe reduzieren können. Danach (maximal fünf Jahre) können sie zur ursprünglich vereinbarten Arbeitszeit zurückkehren. In Firmen mit 46 bis 200 Mitarbeitern gilt eine Zumutbarkeitsgrenze: Dort hat nur jeder 15. Beschäftigte Anspruch auf Brückenteilzeit.

STICHWORT

Brückenteilzeit

> Rückkehrrecht Der neue Rechtsanspruch auf zeitlich begrenzte Teilzeit sieht vor, dass man danach wieder zu seiner ursprünglich vereinbarte Arbeitszeit zurückkehren kann.

> Bedingung Die Betriebe müssen mehr als 45 Mitarbeiter haben und das Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate dauern. Für Firmen mit 46 bis 200 Mitarbeitern gilt eine Zumutbarkeitsgrenze.

> Gründe Die Arbeitnehmer müssen ihren Antrag nicht begründen. Sie können bis zu fünf Jahre ihre Arbeitszeit reduzieren.

weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

dreifache Hürden für die Frauen, die ihre Arbeitszeiten verändern wollen“, argumentierte Beate Müller-Gemmeke (Grüne) gegen das Gesetz. Ihre Fraktion forderte deshalb unter anderem, den Schwellenwert von 45 auf 15 Mitarbeiter zu senken und auch die Zumutbarkeitsgrenze abzuschaffen. Susanne Ferschl (Die Linke) betonte, jetzt entfalte das Gesetz seine volle Wirkung erst ab 200 Mitarbeitern: „Damit schauen mehr als die Hälfte der Beschäftigten in die Röhre.“

Ohne Gründe Die FDP kritisierte wie auch die AfD, dass der Antrag auf Brückenteilzeit nicht an Gründe gebunden sein muss. So werde derjenige, der seine Golfkünste verbessern wolle, genauso behandelt wie die Mutter, die mehr Zeit für ihr Kind brauche; das könne nicht sein, hieß es aus beiden Fraktionen. „Ein Anspruch mit Sachgrund wäre ein echter Fall von Einzelfallgerechtigkeit gewesen“, stellte Till Mansmann für die FDP fest. Er hielt der Regierung vor, dass sie mit dem Gesetz das Prinzip der Tarifautonomie außer Kraft setze.

Jürgen Pohl (AfD) zeigte sich darüber hinaus überzeugt, dass die im Gesetz enthaltenen „unbestimmten Rechtsbegriffe“ die Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor die Ge-

richte treiben werde. Seinen Schutzzweck für Beschäftigte werde das Gesetz so nicht erfüllen, sagte Pohl.

Daran glaubt jedoch der zuständige Minister: „Das ist ein guter Tag heute für tausende von Menschen, die lange darauf gewartet haben, dass die Arbeit zum Leben passt“, sagte Hubertus Heil (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales. Die Brückenteilzeit komme jedoch nicht nur dem Wunsch nach mehr Flexibilität entgegen, sondern leiste darüber hinaus auch noch einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zur Gleichstellung, zeigte sich Heil überzeugt. Wilfried Oellers (SPD) verwies auf die Klarstellungen, die die Regierung nachträglich über eine Protokollnotiz in den Entwurf eingefügt habe. So seien die Erstarbeitsverhältnisse, die für die vorübergehend ausscheidenden Mitarbeiter geschaffen werden müssten, nun mit einem Sachgrund befristet und würden auch nicht bei der Berechnung der Betriebsgröße berücksichtigt. *Claudia Heine*

weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

Kürschnersmart

3281 Abgeordnete mit *** Kürschner-Sternen

Das Kürschnersmart-Tool erhalten Sie bereits ab 4,95 €/Monat im 3 Monats-Abo

Kürschnersmart ist das neue digitale Tool aus der Kürschner-Redaktion für unterwegs. Es ist die erste mobile Datenbank mit Informationen zu allen Abgeordneten

- des Deutschen Bundestages,
- der 16 Landesparlamente und
- des Europäischen Parlaments.

Kürschnersmart steht für schnelle mobile Informationen und ist gemacht für diejenigen, die im gesamten politisch-öffentlichen Raum unterwegs sind und bei diesem Tun den „kurzen Draht“ benötigen.

Kürschnersmart bietet vielseitige Suchfunktionen, u. a. nach Name, Parlament oder Fraktion, Bundesland oder eben nach ***Kürschner-Sternen.

Scannen Sie diesen QR-Code und melden Sie sich gleich an.

Kürschners Politikkontakte
Telefon 02224 3232 · www.kuerschners.com

Gut gemeint

FAMILIE Ministerin Giffey (SPD) will die Qualität der Kita-Betreuung steigern und Gebühren senken. Die Opposition hält die Mittel von 5,5 Milliarden Euro bis 2022 für nicht ausreichend



Bundesweit existieren rund 56.000 Kindertageseinrichtungen – aber die Qualität der Betreuung variiert zwischen den Ländern erheblich.

© picture-alliance/ZBNur Kline

Für Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) ist es ein „Meilenstein“ und „eines der größten Vorhaben der Koalition in dieser Legislatur“. Für die Opposition hingegen ist das von Giffey vorgelegte „Gute-Kita-Gesetz“ allenfalls „gut gemeint“ oder ein „Fördergesetz für klapptun Länderhaushalte“. Und selbst aus der Union waren vergangene Woche bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfes (19/4947) trotz Zustimmung auch kritische Untertöne zu vernehmen. Nach dem Willen Giffey soll der Bund den Ländern bis 2022 rund 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, um die Qualität der Betreuung in Kindertageseinrichtungen zu verbessern und die Kita-Gebühren sozial zu staffeln oder für einkommensschwache Familien gegebenenfalls ganz abzuschaffen. Damit das Geld von den Ländern auch in diesem Sinn eingesetzt wird, müssen sie mit dem Bund Verträge über die konkreten Maßnahmen abschließen. Diese könnten „von der bedarfsgerechten Betreuung über gute Sprachqualität, über gutes Essen, über die Frage, wie eigentlich der Personalschlüssel aufgestellt ist, bis hin zur Frage, welches Personal dort arbeitet, wie qualifiziert es ist und wie die Vielfalt der pädagogischen Angebote aussieht“, reichen, sagte Giffey. Die beste Kita aber nütze nichts, wenn den Eltern das Geld für die Kita-Gebühren fehle. „Deshalb wollen wir, dass geringverdienende Familien überall in Deutschland von den

Gebühren befreit werden und dass für alle anderen eine soziale Staffelung der Gebühren vorgesehen wird“, sagte Giffey. **Unzureichend** Die Oppositionsfaktionen kritisieren den Entwurf als unzureichend und bezweifeln, dass die vom Bund in Aussicht gestellten Gelder ausreichen werden, um die Qualität der Kita-Betreuung dauerhaft zu verbessern. Der AfD-Abgeordnete Martin Reichardt rechnete vor, dass bis 2025 bundesweit etwa 300.000 Erzieher in den Kitas fehlen und 100.000, um in allen Ländern den Betreuungsschlüssel anzugleichen. Pro Jahr müssten dafür 4,9 Milliarden Euro aufgebracht werden. Auch von Seiten der FDP, der Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen wurde moniert, dass die Finanzierung für das Gesetz nur bis 2022 geplant ist. „Sind dann alle Kitas für immer gut?“, fragte der FDP-Parlamentarier Matthias Seestern-Pauly. Das Gesetz diene lediglich dazu, das Wahlversprechen der SPD, die Kita-Gebühren abzuschaffen, zu realisieren. So mache die niedersächsische Landesregierung schon jetzt keinen Hehl daraus, dass sie „nur einen Bruchteil der Bundesmillionen für die Qualitätssteigerung ausgeben will“. Den Großteil wolle sie hingegen nicht für eine soziale Staffelung der Kita-Gebühren einsetzen, sondern für eine Beitragsfreiheit für alle, monierte Seestern-Pauly. Der Linken-Familienpolitiker Norbert Müller warf Giffey vor, mit der Gesetzesvorlage weit hinter den Versprechungen ihrer

Amtsvorgängerin Manuela Schwesig (SPD) zurückzubleiben. Die habe noch vor einem Jahr fünf Milliarden Euro jährlich für Qualitätsverbesserungen in Aussicht gestellt, jetzt seien es nur noch 5,5 Milliarden für vier Jahre, mit denen zusätzlich auch noch die Beitragsbefreiungen finanziert werden sollen. Müller fordert einen insgesamt höheren Beteiligung des Bundes: „Die Investitionskosten- und Betriebskostenzuschüsse des Bundes allein reichen nicht.“ Übereinstimmend kritisierten FDP, Linke und Grüne, dass der Gesetzesentwurf keine

verbindliche Angabe über den Personalschlüssel in den Kitas vorgibt. Dieser aber sei entscheidend für die Qualität der Kita-Betreuung. Annalena Baerbock (Grüne) forderte, eine verbindliche Fachkraft-Kind-Relation von 1:2 bei Einjährigen, von 1:3 oder 1:4 bei unter Dreijährigen und 1:9 bei über Dreijährigen in das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) aufzunehmen. Den entsprechenden Antrag der Grünen (19/5078) überwies der Bundestag ebenso wie den Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Beratung in die Ausschüsse. Unterstützung für Giffey's Gesetzesentwurf hingegen kam von Seiten der Koalitionsfraktionen. Die laufende Legislatur stehe „im Zeichen der Familie“, sagte die CDU-Parlamentarierin Nadine Schön und verwies auf die Erhöhung des Kindergeldes und Kinderfreibetrages sowie die Einführung des Baukindergeldes. Zugleich bezweifelte Schön, dass eine allgemeine Befreiung von den Kita-Gebühren zielführend sei. Die Mittel des Bundes sollten in einen besseren Betreuungsschlüssel, in mehr Sprachförderung und eine individuelle Förderung der Kinder investiert werden, argumentierte die Christdemokratin. Sönke Rix (SPD) verteidigte hingegen die Abschaffung der Kita-Gebühren. Mit den Argumenten gegen die Beitragsfreiheit könne man auch Schulgebühren einführen. Zwar wolle auch die SPD Besserverdienende an den Kosten für Kitas beteiligen, „aber das wollen wir über Steuerpolitik machen“, sagte Rix. Alexander Weinlein

STICHWORT

Kita-Betreuung

- > Rechtsanspruch** Seit dem 1. August 2013 haben Eltern das Recht auf einen Betreuungsort für ihre Kinder zwischen einem und drei Jahren.
- > Fehlende Plätze** Laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft fehlen derzeit rund 300.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren.
- > Ost-West-Unterschiede** In den neuen Ländern ist die Betreuungsquote deutlich höher als in den alten. In Bremen sind 20,8 Prozent der unter Dreijährigen ohne Kita-Platz, in Mecklenburg-Vorpommern nur 3,1 Prozent.

Entschiedene Ablehnung

RECHT AfD will Straf- und Ausländerrecht verschärfen

Mit einem umfangreichen Forderungskatalog zur Verschärfung des Straf- und Ausländerrechts stößt die AfD-Fraktion im Bundestag auf entschiedene Ablehnung der anderen Fraktionen. Dies wurde am Freitag im Parlament bei der ersten Lesung des entsprechenden Gesetzesentwurfes der AfD-Fraktion (19/5040) deutlich. Danach soll die Revision als Rechtsmittel abgeschafft werden und Urteile „künftig grundsätzlich nur noch im Wege der Annahmeerufung anfechtbar sein“. Eine Untersuchungshaft soll laut Vorlage auch über sechs Monate ausgedehnt werden können, wenn Wiederholungsgefahr besteht. In das Asylgesetz soll nach den Vorstellungen der AfD eine Präventivhaft eingeführt werden, „die solange andauert, wie von dem Ausländer eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik“ oder die Allgemeinheit ausgeht. Des weiteren sieht der Gesetzesentwurf unter anderem vor, den Erwerb der Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsortprinzip („ius soli“) abzuschaffen. **„Unrechtsstaat“** In der Debatte begründete Roman Reusch (AfD) die geforderte Abschaffung der Revision damit, dass es eine „irrsinnige Zumutung für alle Beteiligten“ sei, monate- und jahrelange Verfahren nochmals von vorne verhandeln zu müssen. Er forderte zudem, bei Heranwachsenden ausnahmslos Erwachsenenrecht anzuwenden, und warb für einen Haftgrund für Strafenraub und „Messerattacken“. Alex Müller (CDU) kritisierte, die von der AfD geforderte Abschaffung der Rechtsweg-

garantie bedeute den „Gang in den Unrechtsstaat“. Beim Jugendstrafrecht wolle die AfD den Erziehungsgedanken streichen und auf „reine Abschreckung“ setzen. Jürgen Martens (FDP) hielt der AfD vor, ein „Sonderstrafrecht für Ausländer“ anzustreben. Die von der AfD vorgesehene „Liste der kriminell besonders auffälligen Familien“ wäre die „Wiederauferstehung der Sippenhaft“, warnte Martens und fügte hinzu: „Die familienbezogene Erfassung von Straftätern gab es zuletzt im Dritten Reich.“ Auch Helge Lindh (SPD) warf der AfD vor, die „Idee einer Sippenhaft“ einführen zu wollen. Wer ihren Gesetzesentwurf lese, wisse, „wohin die Reise mit der AfD geht und in welchen Unrechtsstaat wir uns bewegen“. Im Einbürgerungsrecht sollten „all die mühsam er- kämpften Rechte“ für Menschen mit Migrationshintergrund „wieder verschwinden“, fügte Lindh hinzu und sprach von einer „Beleidigung des Rechtsstaates“. Cökay Akbulut (Linke) wertete den AfD-Entwurf als „weiteren rechtspopulistischen Angriff auf den Rechtsstaat und auf unsere Demokratie“. Die Vorlage habe „einige Parallelen zum Dritten Reich“. Die AfD stelle mit der Vorlage und ihrer „Law-and-order-Politik“ eine „Gefahr für den Rechtsstaat und für die innere Sicherheit“ dar. Auch Canan Bayram sah in dem Gesetzesentwurf eine Gefährdung des Rechtsstaates. So wuschte sie bei der Revision auch der Rechtschutz abgeschafft, warnte die Grünen-Abgeordnete. **»Die familienbezogene Erfassung von Straftätern gab es zuletzt im Dritten Reich.«** Jürgen Martens (FDP)

Mehr Qualität beim Bamf

ASYL II Grüne fordern »unabhängige Verfahrensberatung«

Aus Sicht der Grünen braucht es eine Qualitätsoffensive für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). In einem Antrag der Fraktion (19/4853), der vergangene Woche erstmals beraten wurde, wird die Bundesregierung aufgefordert, ein umfangreiches Maßnahmenpaket bei der Bearbeitung von Asylverfahren zu ergreifen, „um die uneingeschränkte Gewährleistung der asylrechtlichen Verfahrensgarantien, unabhängig von den Antragszahlen sicherzustellen“. Luise Amtsberg (Grüne) sagte in der Debatte, es sei wichtiger denn je, „dass diese Behörde mit ausreichenden Mitteln an der richtigen Stelle ausgestattet wird“. Mitarbeiter müssten kontinuierlich geschult werden und Asylsuchende eine unabhängige Verfahrensberatung erhalten. Auch brauche es regelmäßige stichprobenartige Überprüfungen positiver und negativer Asylentscheide. Michael Brand (CDU) sagte, vieles sei in Sachen Qualitätssicherung schon passiert. So gebe es inzwischen das Mehraugenprinzip sowie eine Überprüfung bei Bamf-Außenstellen, „bei denen es ein deutliches Plus oder ein deutliches Minus bei positiven wie auch negativen Entscheidungen gibt“. Auch einige der Forderungen der Grünen wie etwa jene nach der frühzeitigen erkennungsdienstlichen Behandlung von Asylsuchenden würden umgesetzt. Das zeige, „Die geforderte Reform beim BAMF ist bereits eingeleitet“, betonte Brand. Aus Sicht von Christian Wirth (AfD) hat das Versagen des Bamf System. Die Bun-

desregierung habe nach 2015 im Interesse der Statistik versucht, „mit aller Gewalt den Berg an Akten abzutragen“. Was die Reformvorschlüsse der Grünen angeht, so sind die nach Auffassung des AfD-Abgeordneten nicht zu gebrauchen. „Sie wollen das Bamf endgültig und systematisch zur positiven Abstempelbehörde machen“, sagte Wirth. Lars Castellucci (SPD) wies daraufhin, dass derzeit mehr als ein Drittel der Asylentscheidungen später vor Gericht keinen Bestand hätten. Diese Quote müsse auf unter zehn Prozent gesenkt werden, forderte er. Außerdem dürften die Verfahren nicht länger als drei Monate dauern. Castellucci sagte den Bamf-Mitarbeitern Unterstützung zu. Von der Behördenleitung müsse aber klar gesagt werden, „was an Ressourcen benötigt wird“. Linda Teuteberg (FDP) sprach von strukturellen Problemen beim Bamf, die nicht kleingeredet werden dürften. Viele der Grünen-Forderungen unterstütze sie, sagte die FDP-Abgeordnete. „Das Parlament sollte Reformen auf den Weg bringen, zu denen die Regierung offenbar nicht in der Lage ist“, forderte sie. Ulla Jelpke (Die Linke) verteidigte die „humanitäre Behördenleiterin“ in der Bremer BAMF-Außenstelle, die „runtergemacht“ worden sei. Dabei habe diese lediglich verfolgten und traumatisierten jüdischen Schutzsuchenden „möglichst unkompliziert und schnell“ einen Schutzstatus in Deutschland verschaffen wollen. **»Sie wollen das Bamf endgültig zur positiven Abstempelbehörde machen.«** Christian Wirth (AfD)

Wieder Streit um sichere Herkunftsstaaten

ASYL I Bundestag lehnt FDP-Vorstoß zur Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien auch mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab

Der Streit um die Einstufung weiterer Länder als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten verspricht auch in dieser Legislaturperiode zu einem Dauerbrenner zu werden. Erst im März 2017 hatte der Bundesrat aufgrund fehlender Stimmen von Bundesländern mit Grünen-Regierungsbeteiligung seine Zustimmung zu einem Bundestagsbeschluss verweigert, Algerien, Marokko und Tunesien zu den sicheren Herkunftsstaaten zu zählen. Vorgangene Woche nun scheiterte im Parlament eine entsprechende Vorlage der FDP-Fraktion (19/957), gegen die 496 von 651 Abgeordneten stimmten. Ein weiterer FDP-Vorstoß (19/5079), auch Georgien in die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufzunehmen, bekam nur 80 von 658 abgegebenen Stimmen. Das

Thema bleibt dem Parlament gleichwohl erhalten, hat das Bundeskabinett doch im Juli ebenfalls einen Gesetzesentwurf beschlossen, mit dem die vier Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen. **Nein der Koalition** In der Debatte verwies Detlef Seif (CDU) darauf, dass auch im Koalitionsvertrag vorgesehen sei, weitere Staaten mit einer Anerkennungsquote unter fünf Prozent zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, und das Kabinett einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. 2017 habe die Anerkennungsquote bei Georgien sowie Algerien, Marokko und Tunesien zwischen 0,6 und 4,1 Prozent gelegen. Von rund 15.000 nach Deutschland gekommenen Menschen hätten nur rund 500 ein Bleiberecht erhalten. Für das Vorhaben sei indes noch keine Mehrheit im Bundesrat sichergestellt. Da die FDP es dennoch abgelehnt habe, die abschließende Behandlung ihrer Vorlage zu verschieben, bleibe der Union nur deren Ablehnung. Helge Lindh (SPD) sagte, seine Fraktion stimme



Rückblick: Am 10. März 2017 versagte der Bundesrat der Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens als sicherer Herkunftsstaat die Zustimmung.

Stefan Ruppert (FDP) hob hervor, dass es auch bei einer Einstufung als sicherer Herkunftsstaat bei einer Einzelfallprüfung bleiben solle, aber die Asylverfahren beschleunigt werden sollten. Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl in Hessen hielt er der Union zugleich vor, mit ihrem Abstimmungsverhalten auf die Grünen als ihrem dortigen Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen. Lars Herrmann (AfD) sagte, man müsse sich von dem Gedanken lösen, dass mit der Einstufung der drei nordafrikanischen Maghreb-Staaten „keine neuen Asylbewerber mehr aus diesen Ländern zu uns kommen oder schneller abgeschoben werden können“. Dieser Effekt werde „hier nicht eintreten“, fügte er hinzu und beklagte unter anderem fehlende Rückübernahmeabkommen. Ulla Jelpke (Linke) kritisierte, in den drei Maghreb-Staaten und Georgien gebe es so gravierende Menschenrechtsverletzungen, dass ihre Einstufung als sichere Herkunftsstaaten ein „Hohn“ sei. Dieses Vorhaben

der FDP wie der Regierungskoalition sei „ein Angriff auf den humanitären Schutzgedanken des Asylrechts“. Luise Amtsberg (Grüne) betonte, dass aus den Maghreb-Staaten und Georgien nur 6.200 Menschen im laufenden Jahr in Deutschland Asyl beantragt hätten. Man solle daher nicht so tun, als ließe sich mit diesem Thema „auch nur ein Bruchteil der Herausforderungen in unserer Asylpolitik lösen“. Wem es um schnellere Verfahren gehe, müsse sich dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) als dem „wirklichen Schwachpunkt“ der Asylpolitik zuwenden. **Aus für AfD-Antrag** Mit großer Mehrheit abgelehnt wurde nach der Debatte auch ein AfD-Antrag (19/48) zu einem Rückkehrabkommen für Syrer. Danach sollte die Bundesregierung mit der syrischen Regierung über ein Rückkehrabkommen für die Syrer verhandeln, die als Schutzsuchende in Deutschland aufgenommen worden sind. **Helmut Stoltenberg**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ NOTIERT

Neue Verordnung zu Feuerungsanlagen beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag eine Neuregelung der Anforderungen für Feuerungsanlagen auf den Weg gebracht. Mit Stimmen von CDU/CSU und SPD beschlossen die Abgeordneten einen Entwurf der Bundesregierung für eine 44. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (19/4080). Damit soll die sogenannte MCP-Richtlinie ((EU) 2015/2193) umgesetzt werden. AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen den Entwurf, die Fraktion Die Linke enthielt sich. Die EU-Richtlinie sieht Emissionsgrenzwerte für mittelgroße Feuerungsanlagen für Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Gesamtstaub vor. Die neue Verordnung soll laut Begründung des Entwurfs die bisher in der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft und in der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen geregelten Anforderungen zusammenfassen und hinsichtlich des technischen Standes aktualisieren. *scr*

Marines Geo-Engineering wird schärfer reguliert

Marines Geo-Engineering wird künftig schärfer reguliert. Insbesondere soll die kommerzielle Meeresdüngung verboten werden. Der Bundestag stimmte am Donnerstag zwei entsprechenden Gesetzentwürfen der Bundesregierung zu. Dafür stimmten jeweils CDU/CSU, SPD, AfD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion. Mit dem ersten Gesetzentwurf (19/4462) soll das um Regelungen zum marinen Geo-Engineering ergänzte Londoner Protokoll ratifiziert werden. Der zweite Gesetzentwurf (19/4463) sieht die Umsetzung der neuen Regeln unter anderem im Hohe-See-Einbringungsgesetz vor. In der Begründung führt die Bundesregierung zur Meeresdüngung aus, dass die „tatsächliche Eignung als Klimaschutzmaßnahme“ noch nicht belegt sei. *scr*

Verbesserter Umweltschutz bei Abwrackung von Schiffen

Deutschland wird dem Internationalen Übereinkommen von Hongkong von 2009 über das sichere und umweltgerechte Recycling von Schiffen beitreten. Vergangenen Donnerstag verabschiedete der Bundestag einstimmig einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (19/4465, 19/5103), der die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür schafft. Ziel des Übereinkommens von Hongkong ist es, die Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz beim Abwracken von Schiffen zu verbessern. Laut dem Übereinkommen darf das Abwracken nur in einer zugelassenen Abwrackeinrichtung und unter Einhaltung bestimmter Regelungen erfolgen. *hau*

Wettbewerb auf Telekommunikationsmärkten

Der Bundestag hat am späten Donnerstagabend einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) in geänderter Fassung (19/4722, 19/5098) angenommen. Mit der Novelle will die Regierung beim Wettbewerb auf den Telekommunikationsmärkten nachjustieren. So sollen künftig nur noch kleine und mittlere Unternehmen vor rückwirkend höheren Kosten im Streit mit anderen Anbietern geschützt werden. Für finanzstarke Wettbewerber soll dies nicht mehr gelten. *pez*



Ab 1. Januar 2019 gelten veränderte Lkw-Mautsätze. Elektro- und mit Erdgas betriebene Lkw werden von der Maut befreit. Die Maut gilt auf Autobahnen ebenso wie auf Bundesstraßen.

© picture-alliance/imageBROKER

Mehr Geld für die Straße

LKW-MAUT Lärm- und Luftverschmutzungskosten werden ab Januar 2019 angerechnet

Mit jährlichen Mehreinnahmen von 2,5 Milliarden Euro rechnet die Bundesregierung dank der Änderungen bei der Lkw-Maut ab 1. Januar 2019. Für Steffen Bilger (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, ist das ein Grund zur Freude. „Die Veränderungen bei der Maut beschützen uns ein Mehr an Geld, das wir in die Verbesserung der Infrastruktur zum Wohl unseres Landes und seiner Bürger investieren“, sagte er während der abschließenden Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten und vom Verkehrsausschuss in einigen Punkten geänderten Mautänderungsgesetzes (19/3930, 19/5102). Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD verabschiedete der Bundestag vergangenen Donnerstag die Novelle. AfD, FDP und Grüne stimmten dagegen, die Links-Fraktion enthielt sich.

»Wer die Straße nutzt, soll entsprechend seiner Nutzung dafür zahlen.«
Karl Holmeier (CSU)

Verursachergerecht Mit dem Gesetz verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Mautsätze auf der Basis des Wegekostengutachtens 2018 bis 2022 zu aktualisieren. Das Gutachten enthält auch Berechnungen

zu den externen Kosten aus Luftverschmutzung und Lärmbelastung, die der Maut angelastet werden. Um zu mehr Verursachergerechtigkeit zu gelangen, wird sich die Mauterhebung künftig auch an Gewichtsklassen und nicht nur an der Zahl der Achsen orientieren. Stüchwort Gerechtigkeit: Die Maut gilt nicht nur auf Autobahnen, sondern auch auf Bundesstraßen, um Ausweichverhalten zu verhindern. Befreien von der Maut wollte die Bundesregierung ursprünglich lediglich Elektro-Lkw. Der Verkehrsausschuss beschloss jedoch, die Befreiung auf mit Erdgas betriebene Lkw auszudehnen. Bei einer weiteren Änderung der Regierungsvorlage griff der Ausschuss eine Anregung aus dem Bundesrat auf. Land- und forstwirtschaftliche Fahrzeuge mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h werden nun auch von der Maut befreit. Für kommunale Entsorgungsfahrzeuge – wie ebenfalls von den Ländern gefordert – wird dies aber nicht gelten. In dem Gesetz finden sich zwei „Lücken“, die bei Linken und Grünen auf Kritik stoßen und auch aus Sicht der SPD nicht der Weisheit letzte Schluss sind. Zum einen werden Fernbusse weiterhin nicht bemaute. Zum anderen gilt die Lkw-Maut erst ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht.

Die wachsende Zahl der Lkw zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen bleibt unbeachtet. Das stört auch die AfD. „Diese Lücke wird inzwischen von Unternehmen insbesondere aus Osteuropa mit sehr problematischen Geschäftsmodellen ausgenutzt“, sagte Wolfgang Wiehle. Neben der Mautfreiheit setze man dort zum Beispiel auch darauf, dass in diesem Bereich keine Lenkzeiten kontrolliert würden, sagte der AfD-Politiker. Es sei zudem unfair, dass lediglich Elektro-Lkw und Gas-Lkw mautbefreit werden. Für Fahrzeuge, die ausschließlich Biokraftstoff oder E-Fuels tanken, gebe es nach wie vor keine Regelung. „Wenn man schon nach Umweltsichtspunkten differenziert, dann wenigstens konsequent“, forderte Wiehle. Für die Mauterhöhung müssten am Ende alle Verbraucher zahlen, sagte Oliver Luksic (FDP). Zudem werde der entstehende Kostendruck „auch ein Stück weit an die Lkw-Fahrer weitergegeben“. Unverhältnismäßig und unsozial sei das Vorhaben, kritisierte der FDP-Abgeordnete, der aber auch positive Aspekte anführte. So ist es aus seiner Sicht richtig, die Mautbefreiung auf Erdgas auszudehnen. Auch die Ausnahme für land- und forstwirtschaftliche Betriebe sei ein guter Ansatz. Leider fehle dem Gesetz ein Anreiz, auf schad-

stoffarme EURO-VI-Lkw umzurüsten. Diese müssten von den Luftverschmutzungskosten ausgenommen werden, forderte Luksic. Sonst werde es nicht zur notwendigen Flottenerneuerung kommen. Höhere Mauteinnahmen findet Jörg Czetzanne (Die Linke) gut. „Wir brauchen dieses Geld dringend, um Brücken und Straßen instand zu setzen und zu modernisieren“, sagte er. Es sei aber verkehrspolitisch und umweltpolitisch grundlegend falsch, die Mautmilliarden für den Straßenbau zu reservieren, wie es die Bundesregierung vor habe. Unter dem Beifall der Grünen schlug er vor, die Einnahmen aus der Lkw-Maut für eine ökologische Investitionsrunde im Verkehrsbereich einzusetzen. „Wir brauchen ein Durchbrechen des Finanzierungskreislaufs Straße“, sagte der Linken-Abgeordnete. Dieser Kreislauf sei nicht mehr zeitgemäß. **Vollständig umlegen** Stephan Kühn (Grüne) störte sich daran, „dass wir von der Kostenwahrheit noch ein großes Stück entfernt sind“. Der Lkw-Verkehr solle mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nur 75 Prozent der Luftverschmutzungskosten und lediglich 28 Prozent der Lärmkosten tragen. „Es kann nicht sein, dass ein Teil

der Kosten auf die Gesellschaft abgewälzt wird“, bemängelte Kühn. Der Straßengüterverkehr solle für Belastungen durch Lärm und Abgase und müsse deshalb die Kosten dafür auch vollständig tragen. Die Forderung seines Vorredners aufgreifend sagte der Grünen-Abgeordnete: „Die Einnahmen aus der Lkw-Maut müssen nach dem Prinzip ‚Verkehr finanziert Verkehr‘ auch für Investitionen in die Schiene und die Wasserstraße eingesetzt werden.“ **Offene Fragen** Bei aller Freude über die „fairer“ gewordene Lkw-Maut, von der Udo Schiefner (SPD) sprach, blieben aus Sicht der Sozialdemokraten angesichts der Mautbemessung auf Basis der Gewichtsklassen „noch Fragen offen“. Über die Bemannung der Fernbusse und der 3,5-Tonner werde sicherlich bei den weiteren Beratungen und bei Veränderungen des Mautgesetzes zu reden sein, sagte Schiefner. „Dies legen wir nicht in die Schublade“, betonte er. Weiter beraten werden müsse auch die Forderung, kommunale Fahrzeuge zu befreien. Sein Koalitionskollege Karl Holmeier (CSU) sah das ähnlich. Selbstverständlich würden auch in Zukunft Anpassungen des Gesetzes notwendig sein, möglicherweise auch die Mautbefreiung für Fahrzeuge der Abfallwirtschaft. Grundsätzlich, so Holmeier, sollten Befreiungen von der Zahlung der Maut aber Ausnahmen bleiben. „Wer die Straße nutzt, soll entsprechend seiner Nutzung dafür zahlen“, sagte der Christosoziale. *Götz Hausding*

Kompletter Ausstieg

ATOM Experten-Disput um Aus für deutsche Urananreicherung

Die Forderung von Grünen und Linken, Urananreicherung und Brennelementherstellung in Deutschland zu beenden, wird von Experten sehr unterschiedlich bewertet. Besonders umstritten ist die Frage, ob mit dem geforderten Ausstieg Verfassungs-, Völker- oder EU-Recht gebrochen werden würde. Das wurde in einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vergangene Woche deutlich. Beide Fraktionen haben einen entsprechenden Gesetzentwurf (19/964) beziehungsweise einen Antrag (19/2520) vorgelegt. Darin fordern sie, die Betriebserlaubnis für Anlagen der Urananreicherung und Brennelementherstellung zu beenden und diese stillzulegen. Die Fraktionen argumentieren, diese Maßnahmen seien im Zuge des deutschen Atomausstiegs nötig. Der Rechtsanwalt Stefan Wiesendahl betonte in seiner Stellungnahme, die Beendigung der Urananreicherung und die Brennelementherstellung ließen sich nur „sehr bedingt“ mit dem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie vergleichen, da sie bereits in der Risikobewertung „grundlegend unterschiedlich“ seien. Ein Ausstieg würde sowohl gegen Eigentumsrechte wie die Berufsfreiheit verstoßen, zudem gebe es dagegen erhebliche europarechtliche Bedenken, weil er sich auf die

Warenverkehrsfreiheit auswirken würde. Das Haftungsrisiko sei „signifikant hoch“. Rechtsanwalt Herbert Pösser sagte, eine einseitige Lösung Deutschlands aus den entsprechenden Verträgen sei erst im Jahr 2042 möglich. Zudem gebe es nach dem Vertrag von Cardiff, bei dem ein Rücktritt Deutschlands erst 2036 möglich wäre, die Pflicht, Bau und Betrieb von Urananreicherungsanlagen zu fördern und nicht zu beeinträchtigen. Zu einer gänzlich anderen Bewertung kam die Rechtsanwältin Dörte Fouquet: Sie sehe keine grundlegenden verfassungsrechtlichen oder europarechtlichen Bedenken, die gegen den geforderten Ausstieg sprächen. Vielmehr müsse „die Kette geschlossen“ und die Verbreitung von Kernbrennstoffen auf dem Boden der Bundesrepublik eingestellt werden. Auch der Jurist Wolfgang Ewer sagte, die Forderungen seien verfassungskonform und unionsrechtskonform. Dafür bedürfe es eines „legitimen Ziels“, das nicht davon abhängig sei, ob es neue Erkenntnisse zum Risiko der Urananreicherung und Brennelementherstellung gebe: Dies sei auch bei unveränderter Risikolage möglich. Je nach der gegebenen Frist für die Beendigung der Techniken könnten aber Entschädigungszahlungen nötig sein, so Ewer. *suk*

»Noch zu viel Diesel im Blut«

FINANZEN Förderung von E-Autos geplant. Kritik an Begünstigung schwerer Hybrid-Pkw

Die von der Bundesregierung geplante Steuervergünstigung für die Privatnutzung von Elektro-Dienstwagen und Hybridfahrzeugen ist von Sachverständigen in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses in der vergangenen Woche sehr kontrovers beurteilt worden. Die Gesetzesänderung ist in dem Entwurf eines Gesetzes zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen beim Handel mit Waren im Internet und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften (19/4455) enthalten. Bisher muss die private Nutzung eines Dienstwagens mit einem Prozent des inländischen Listenpreises für jeden Kalendermonat versteuert werden. Für E-Autos, die nach dem 31. Dezember 2018 und vor dem 1. Januar 2022 angeschafft werden, sinkt dieser Wert auf 0,5 Prozent. Die Neuregelung gilt für alle Elektrofahrzeuge und auch für extern aufladbare Hybridelektrofahrzeuge. Die steuerlichen Mindereinnahmen sollen im Jahr 2019 275 Millionen Euro betragen und bis 2022 auf 635 Millionen Euro steigen. **Eine Million Dienstwagen** Hannes Bracht (Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen/Geislingen) erklärte, die politische Leitlinie für eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen sei für

2022 gesetzt. „Die geplante Halbierung der Bemessungsgrundlage ist für diese Zielerreichung ein wirkungsvoller Beitrag.“ Die deutschen Automobilhersteller sollten auch bei Elektroautos weltweit eine führende Rolle einnehmen. Ohne Verkaufserfolge auf dem Heimatmarkt werde dies jedoch schwierig gelingen. Bracht erläuterte, der deutsche Pkw-Gesamtmarkt weise seit zehn Jahren ein jährliches Verkaufsvolumen zwischen drei und 3,4 Millionen Fahrzeugen aus. Rund eine Million Fahrzeuge davon seien Dienstwagen. Durch die geplante Steuererleichterung würden Mitarbeiter in Unternehmen gezielte Druck für die Anschaffung von E-Autos machen. Bracht rief die Automobilindustrie auf, ihr Angebot an Elektrofahrzeugen zu erweitern. Manche Manager hätten offenbar „noch zu viel Diesel im Blut, statt ein Herz, das auf E hört“. Auch der Bundesverband Lohnsteuerhilfevereine befürwortete vor dem Hintergrund der bekannten Nachteile von Fahrzeugen mit konventionellen Verbrennungsmotoren und der bisher geringen Nutzung alternativer Antriebe die Steuerpläne. Angeregt wurde, die steuerliche Förderung auf Elektrofahrer auszuweiten, wie dies schon der Bundesrat vorgeschlagen hatte. Dagegen erklärte der Sachverständige Heinz

Burghaus, die private Nutzung von Dienstfahrzeugen sei nur sinnvoll bei Fahrzeugen mit hoher Reichweite. „Das ist derzeit faktisch unmöglich“, so Burghaus. Schon bei der gegenwärtigen Besteuerung sei die private Nutzung von Dienstfahrzeugen für viele Mitarbeiter vollkommen uninteressant. Das werde sich bei den viel teureren E-Fahrzeugen erst recht nicht ändern. Der Verkehrsclub Deutschland hielt es für besser, umwelt- und klimaschonende Mobilität zu fördern statt den Absatz von Autos. Die Organisation kritisierte besonders die von der Regierung geplante Begünstigung von Plug-in-Hybridfahrzeugen, bei denen es sich in der Mehrzahl um „große und schwere Luxuslimousinen“ handle, die im Verbrennermodus zu Spritschluckern würden. Frank Hechtner (TU Kaiserslautern) bezeichnete die Maßnahme als überschaulichen Beitrag zur Förderung der Elektromobilität. Er regte an, Pkw im höheren Preissegment nicht zu fördern. *hile*

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.
Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Die Landtagswahl in Bayern hat manche Wählertradition über den Haufen geworfen. Die CSU mit Spitzenkandidat Markus Söder (im Bild auf dem Plakat) musste empfindliche Einbußen hinnehmen. Auch die SPD schnitt ganz schwach ab.

© picture-alliance/dpa

Ein Land in Schwarz-Orange

BAYERN Nach der Landtagswahl wollen CSU und Freie Wähler koalieren. Noch nie war der Bayerische Landtag so groß

Sie steht noch längt nicht – doch Ministerpräsident Markus Söder (CSU) wäre nicht er selbst, hätte er für die künftige Regierung nicht schon einen griffigen Namen parat. Er kündigte die „Bayern-Koalition“ an – das erste Bündnis aus CSU und Freien Wählern. Heimatverbundenheit und Einzigartigkeit soll der Name ausdrücken, seit vergangenen Freitag laufen die Koalitionsverhandlungen. Nach fünf Jahren der Alleinherrschaft braucht die CSU wieder einen Regierungspartner. Bei der Landtagswahl am 14. Oktober verloren die Christsozialen nicht nur die absolute Mehrheit, sondern mussten auch ihr schlechtestes Ergebnis seit 68 Jahren hinnehmen: Nur 37,2 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme der CSU, ein Rückgang um 10,5 Prozentpunkte. Es gab Spitzenkandidaten, die schon wegen geringerer Verluste fallen gelassen wurden. Söders Ansehen in der CSU aber scheint die zweitgrößte Landtagswahl-Pleite in der Geschichte der Partei kaum etwas anzuhängen. Wenige Stunden nach dem Wahlabend schon nominierte ihn zunächst der CSU-Vorstand einstimmig erneut für das Ministerpräsidenten-Amt, einen Tag später folgte die einhellige Unterstützung der CSU-Landtagsfraktion.

Schwarzer Peter Söder hatte vorgesorgt und schon vor der Wahl mit dem Finger auf die Bundespolitik gezeigt. Wegen Berlin gehe es im Freistaat so abwärts mit den Umfragewerten der CSU, verkündete er und schob den Schwarzen Peter dem Parteivorsitzenden und Bundesinnenminister Horst Seehofer zu. Zudem fand Söder einen Weg, das Wahlergebnis umzudeuten.

Denn auch wenn 37 Prozent für CSU-Ansprüche ein Desaster sind, kam es letztlich nicht ganz so schlimm, wie viele nach dem Umfragetief von 33 Prozent befürchtet hatten. Söder attestierte sich also selbst, mit einem „starken Schlusspurt“ noch Boden gutgemacht zu haben. Überhaupt hielt sich Söder nicht lange auf mit dem Wundenlecken. Die CSU habe einen „klaren Regierungsauftrag“ erhalten, betonte er schon am Wahlabend. In der Tat führt bei der Regierungsbildung kein Weg an der CSU vorbei. Ein ohnehin unwahrscheinliches Vierer-Bündnis aus SPD, Freien Wählern, Grünen und FDP gegen die CSU wäre nicht einmal rechnerisch möglich. Stattdessen brachte das Wahlergebnis die CSU in die komfortable Lage, zwischen mehreren Bündnisoptionen wählen zu können. Nach Sondierungsrunden mit den Grünen und den Freien Wählern, sprach sich das CSU-Präsidium einstimmig für Schwarz-Orange aus. Mit den Freien Wählern habe er eine Fülle von Gemeinsamkeiten festgestellt, sagte Söder. Für Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger, dessen Partei 2,6 Punkte auf 11,6 Prozent zulegte, eine Genugtuung: Was war er belächelt worden in den vergangenen Monaten, als er sich immer wieder selbst als möglichen Partner der CSU ins Gespräch brachte. „Die Würfel sind gefallen“, kommentierte Aiwanger nun Söders Entscheidung feierlich. Drei große oder fünf kleinere Ministerien beansprucht Aiwanger für seine Partei und formulierte auch schon zwei Forderungen, von denen er nicht abrücken will: die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung und ein klares Nein zur dritten Startbahn am Münchner Flughafen. Der Freie-Wähler-Chef kennt dabei

die Risiken einer Regierungsbeteiligung: Von 2008 bis 2013 konnte er von der Oppositionsbank aus verfolgen, wie die FDP von der CSU in der schwarz-gelben Koalition kleingehalten wurde und anschließend wieder aus dem Landtag flog. Der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter hält Aiwanger aber für gut vorbereitet: „Er weiß schon um die Erdrückungskraft, die in Söderschen oder CSU-Umarmungen liegen kann.“

Grünes Konfetti Den Grünen, die ebenfalls Interesse an einer Regierungsbeteiligung bekundet hatten, wird wohl wieder nur die Opposition bleiben. Dabei zählen sie zu den großen Gewinnern dieser Wahl: Mit historischen 17,5 Prozent sind sie eindeutig die neue Nummer zwei im Freistaat. Mehr noch – zum ersten Mal gelang es den Grünen, der CSU Direktmandate abzunehmen: fünf in München, ein weiteres in Würzburg. Auf der Wahlparty in München regnete es denn auch grünes Konfetti, später feierten Spitzenkandidat Ludwig Hartmann und Parteichef Robert Haubeck den Erfolg mit Stagediving – sie stürzten sich von der Bühne ins Publikum und ließen sich auf Händen tragen. Entsprechend selbstbewusst forderte Hartmann die CSU mehrfach auf, sich von programmatischen Differenzen nicht abschrecken zu lassen, sondern „das Beste aus beiden Welten“ zusammenzuführen. Am Donnerstag kam Söders Absage. „An der Ökologie wär's vielleicht gar nicht mal gescheitert“, betonte er. „Der Hauptpunkt war schlicht und einfach Innere Sicherheit und Migration. Dort sind auch unterschiedliche Weltbilder erkennbar gewesen.“ Die Grünen reagierten enttäuscht. Statt den Freistaat in eine „ökologischere, proeuropäischere und menschliche Zukunft zu führen“, verharre die CSU lieber im „Weiter-so-Modus“, beklagte Co-Spitzenkandidatin Katharina Schulze.

Gespräche mit der AfD, die bei ihrer ersten Landtagswahl in Bayern am Anheb 10,2 Prozent holte und sogar die SPD überflügelte, hatte Söder schon vor der Wahl ausgeschlossen. Rechnerisch möglich wäre auch ein Bündnis der CSU mit dem großen Verlierer der Wahl – der SPD. Die Sozialdemokraten stürzten von 20,6 auf 9,7 Prozent ab. Söder lud zwar auch die SPD zu Sondierungen ein, diese wollte aber zunächst ihre Vorstandssitzung abwarten. Durch den Start der schwarz-orangen Koalitionsverhandlungen sei das Thema Sondierungen vom Tisch, sagte SPD-Landeschefin Natascha Kohnen.

Rot in Not Die Bayern-SPD wird in nächster Zeit ohnehin viel mit sich selbst beschäftigt sein. Köhnen versprach, man werde in den Gremien über „alles, wirklich alles“ sprechen. Erste personelle Konsequenzen gibt es schon: Markus Rinderspacher gibt den Fraktionsvorsitz ab. Für Wirbel sorgte daraufhin der Abgeordnete Florian von Brunn, als er umgehend seinen Hut in den Ring warf und einen „personellen, inhaltlichen und organisatorischen Neuanfang“ forderte – zu einem Zeitpunkt, da

wegen des komplizierten bayerischen Wahlrechts noch gar nicht abschließend klar war, welche Abgeordnete der Fraktion angehören werden. Köhnen warf ihm daraufhin mangelnden Anstand vor. Von der Schwäche der SPD profitierten nahezu alle großen Parteien. Laut Infratest dimap wanderten SPD-Stimmen vor allem zu den Grünen, aber auch zu Freien Wählern, AfD und in größerem Umfang auch zur CSU. Die Christsozialen konnten zudem viele bisherige Nichtwähler für sich gewinnen, verloren aber viele Stimmen einerseits an die Grünen, andererseits an Freie Wähler und AfD. Seehofer spricht in diesem Zusammenhang von einer „Sandwich-Situation“ der CSU. Man habe es mit einer „gravierenden Veränderung der Strukturen“ in der Gesellschaft zu tun. Die Aufarbeitung der Wahlpleite hat die CSU aber erst einmal zurückgestellt. Seehofer sagte zwar eine vertiefte Ursachenforschung zu – allerdings erst für Mitte November bis Mitte Dezember. Nach dem Willen des CSU-Vorstands sollen zunächst

zügige Koalitionsverhandlungen im Vordergrund stehen und erst anschließend die umfassende Analyse folgen. Seehofer ließ erkennen, dass er sich nicht zum alleinigen Sündenbock abstampeln lassen will und eine Mitverantwortung Söders sieht. In der Partei aber herrscht viel Unmut über den Vorsitzenden. Erste CSU-Kreisverbände fordern schon die vorzeitige Ablösung Seehofer, der bis Ende 2019 gewählt ist. Es gilt als wahrscheinlich, dass es Ende des Jahres einen Sonderparteitag zur Wahlanalyse geben wird. Dort könnte es eng werden für den 69-Jährigen.

Markwort Alterspräsident Eine Zitterpartie war der Wahlabend bis zum Schluss für die FDP. Erst spät in der Nacht kam die erlösende Gewissheit, dass sie es mit 5,1 Prozent (plus 1,8 Punkte) in den Landtag geschafft hat. Mit Ex-„Focus“-Chefredakteur Helmut Markwort (81) stellen die Liberalen künftig den Alterspräsidenten im Maximilianium. Präsidentin soll nach dem Willen Söders seine einstige Thronfol-

ge-Rivalin Ilse Aigner werden. Der Posten muss neu besetzt werden, weil es Barbara Stamm nicht in den Landtag schaffte. Aigner wird Präsidentin des größten Landtags der bayerischen Nachkriegsgeschichte: Noch nie gehörten ihm sechs Parteien an, durch 25 Überhang- und Ausgleichsmandate klettert die Zahl der Abgeordneten auf den neuen Rekordwert von 205. Spätestens am 5. November muss sich der neue Landtag konstituieren, anschließend muss laut Verfassung innerhalb einer Woche der Ministerpräsident gewählt werden. Eine monatelange Hängepartie wie im Bund kann es im Freistaat bei der Regierungsbildung also nicht geben. Söder und Aiwanger hoffen, ihre Verhandlungen sogar etwas schneller als nötig abzuschließen. „Sollte es ein bisschen eher gehen, wäre es auch kein Schaden“, sagte Söder. Aber das werde man sehen. „Ein bisschen muss man auch menschlich zueinander finden.“

Petr Jerabek

Der Autor ist Korrespondent in München.

Schicksalswahl in Hessen

LANDTAG Union und SPD mit schwachen Umfragewerten. Grüne und AfD stark

Die Landtagswahl am 28. Oktober in Hessen könnte unversehens zur Schicksalswahl für CDU und SPD werden. Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) kämpft nicht nur um seinen Job, im TV-Duell des Hessischen Rundfunks wurde er bereits gefragt, ob mit ihm auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stehe oder falle. Auf den Schultern von SPD-Herausforderer Thorsten Schäfer-Gümbel lastet wiederum quasi die Zukunft der Sozialdemokratie: Nach den verheerenden 9,7 Prozent bei der Landtagswahl in Bayern am 14. Oktober soll er zeigen, dass die SPD noch punkten kann, am liebsten gleich als neuer Ministerpräsident. Beim TV-Duell in der vergangenen Woche betonten Bouffier und Schäfer-Gümbel unisono, bei der Landtagswahl gehe es allein um Hessen und nicht um die Bundespolitik. Doch beide Parteien drohen auch in Hessen in den Abwärtssog zu geraten. Bei ganzen 20 Prozent sieht der neueste ZDF-Politrend die Sozialdemokraten in Hessen noch, auch die CDU könnte demnach auf 26 Prozent abstürzen. Vor fünf Jahren holte Bouffier noch 38,3 Prozent, die SPD lag bei 30,7 Prozent.

Im Angriffsmodus Im TV-Duell wirkte Herausforderer Schäfer-Gümbel deutlich angreiflustiger. Seit Wochen schon präsentiert sich der 49 Jahre alte SPD-Mann als „Macher“, posiert auf Wahlplakaten als Bauarbeiter mit hochgekrempeelten Ärmeln oder hilft einer Mutter mit Kinderwagen. Schäfer-Gümbel sucht zudem aktiv das Gespräch mit hessischen Bürgern, Bouffier hingegen, der vor fünf Jahren noch als jovialer Landesvater punktete, sagte jetzt Sendungen des Hessischen Rundfunks wie das

„Blind Date mit dem Bürger“ ab – als einziger der Spitzenkandidaten. Bezahlbares Wohnen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Lehrermangel sowie kostenfreie Kindergärten – vor allem die SPD hat bisher im Wahlkampf die Themen gesetzt. Das zeigte sich auch im TV-Duell: Bouffier geriet immer wieder in die Defensive, musste sich für Unterrichtsausfall an den Schulen und die Diesellaffäre rechtfertigen. Dass Frankfurt trotz des anstehenden Fahrverbots bei den Dieselschadigungen leer ausging, war eine herbe Niederlage für den CDU-Bundesvize. Bouffier hatte sich für Umrüstungen und Entschärfungen von Dieselfahrern eingesetzt, ausgerechnet mit dem alten Erfind. Man habe „ohne Krach, ohne Krawall und ohne ständige Dieselkompromiss außen vor.“

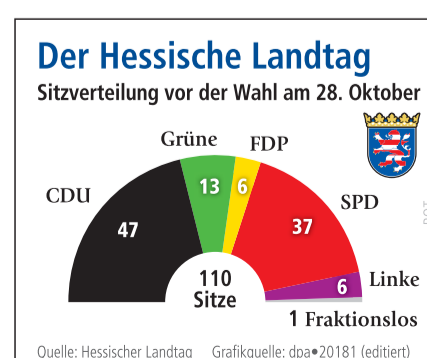
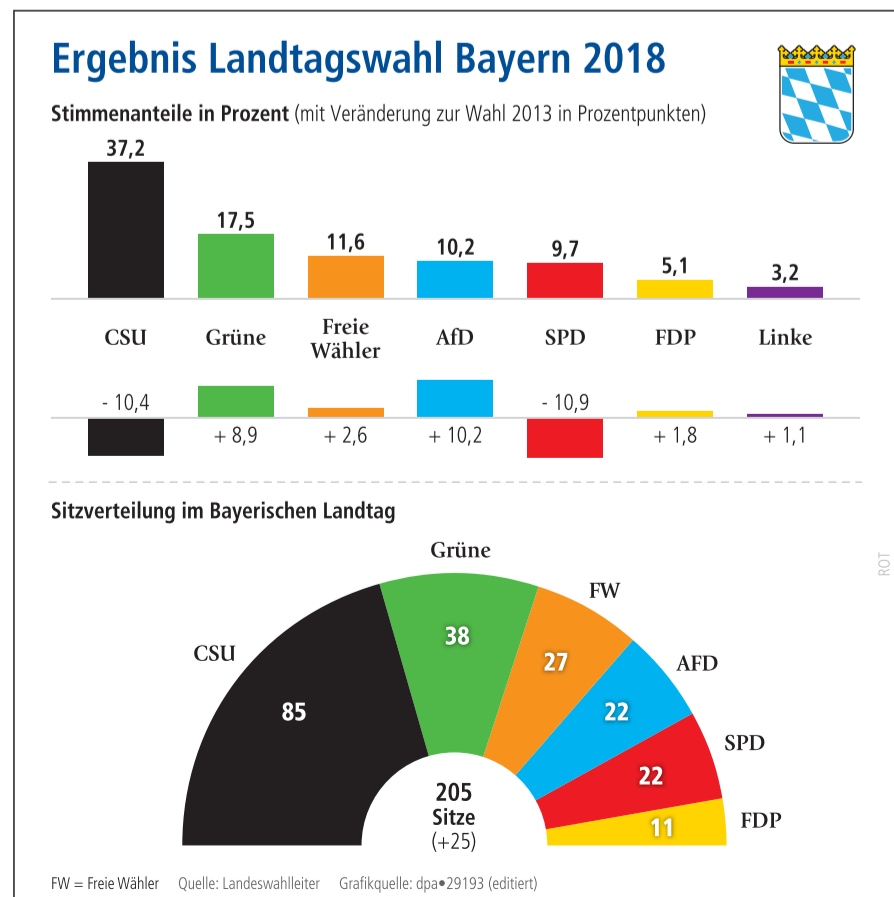
Geräuschlos regiert Bouffier setzt auf seine Rolle als staatstragender, erfolgreicher Regierungschef. Und tatsächlich steht Hessen auf vielen Gebieten gut da. Bouffier regierte fünf Jahre lang pragmatisch und geräuschlos mit den Grünen, ausgerechnet mit dem alten Erfind. Man habe „ohne Krach, ohne Krawall und ohne ständige

Krisengipfel“ anständig Politik gemacht, betont er. Ob den Wählern ein „Weiter so“ reicht, ist jedoch fraglich.

Mehrere Optionen Den Erfolg streichen derzeit vor allem die Grünen ein. Bei 18 bis 20 Prozent sahen die Hessen-Umfragen zuletzt die Ökopartei, der ZDF-Politrend gar bei 22 Prozent. Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) ist sogar Hessens beliebtester Politiker. Dabei fallen Probleme wie Dieselfahrverbote, Wohnungsbau und Fluglärm in grüne Ressorts, doch im Zuge des Bundestrands haben auch die hessischen Grünen derzeit einen Höhenflug. Nach der Wahl kämen den Umfragen zufolge nun mehrere Bündnisse infrage, allen voran eine „Jamaika“-Koalition mit der FDP als drittem Partner. Die Liberalen liegen derzeit zwischen acht und neun Prozent. Doch auch eine Ampelkoalition wäre möglich – oder ein Links-Bündnis, denn die Linkspartei kommt in Umfragen auf acht Prozent. Spitzenkandidatin Janine Wissler gilt als pragmatisch. Sicher ist, die Wahl wird spannend, zumal die AfD mit derzeit elf bis 15 Prozent in Umfragen erstmals im Wiesbadener Landtag gesehen wird. So könnte Hessen wieder einmal zum Politiklabor der Republik werden.

Gisela Kirschstein

Die Autorin ist Korrespondentin in Hessen und Rheinland-Pfalz.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Herausforderer und Amtsinhaber: Der Demokrat Beto O'Rourke (links) und der Republikaner Ted Cruz (rechts) liefern sich im Kampf um einen Sitz im Senat für Texas ein für diesen US-Bundesstaat ungewöhnlich knappes Rennen.

© picture-alliance/AP Images

Anti-IS Einsatz verlängert

MANDAT Die Bundeswehr beteiligt sich weiterhin an der „nachhaltigen Bekämpfung des IS-Terrors und zur umfassenden Stabilisierung des Iraks“. In namentlicher Abstimmung votierten am Donnerstag 361 Abgeordnete für einen Antrag der Bundesregierung (19/5051, 19/4719). 294 Abgeordnete stimmten mit Nein, vier enthielten sich. Keine Mehrheit fand die AfD-Fraktion mit ihrer Forderung zur „Rückholung aller Bundeswehreinheiten aus dem Irak“ (19/4842, 19/5052). In namentlicher Abstimmung wandten sich 573 Parlamentarier gegen ihren Antrag, 84 Abgeordneten stimmten für diesen, es gab keine Enthaltung. Die Oppositionsfaktionen wandten sich in der Debatte aus verfassungs- und völkerrechtlichen Gründen gegen den Einsatz: Die Bundesregierung agiere hier in einer „Koalition der Willigen“ und nicht unter der Maßgabe, dass die Bundeswehr nur in einem „System kollektiver Sicherheit“ also im Rahmen der UN, der EU oder der Nato an Auslandseinsätzen teilnehmen dürfe. FDP und Grüne kritisierten zudem, dass die Bundesregierung mit einer auch von ihr initiierten Nato-Ausbildungsmission im Irak einen rechtlich sicheren Rahmen schaffen habe, an dieser Mission nun aber nicht teilnehme. Vertreter der Koalitionsfaktionen verwiesen hingegen unter anderem auf Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die dazu auffordern würden, bedrängten Staaten im Kampf gegen den IS beizustehen. Zudem würden Teile des Mandats, darunter die „Tornado“-Luftaufklärung, definitiv nach einem Jahr enden und der militärische Ausbildungsteil werde nach einem halben Jahr überprüft. **aha** ||

Triumph oder Tribunal

USA Trotz Aufwinds für die Demokraten ist ein republikanischer Sieg bei den Zwischenwahlen nicht ausgeschlossen

Donald Trump steht nicht auf den Wahlzetteln, wenn Amerika am 6. November bei den alle zwei Jahre stattfindenden Zwischenwahlen darüber entscheiden wird, wer künftig im Repräsentantenhaus und im Senat von Washington den Ton angibt. Und doch dreht sich wenige Tage vor den „midterms“ alles um den amerikanischen Präsidenten. So stark wie selten zuvor wird mit einer Bestätigungs- oder Denkwahlwahl für die Politik eines aus dem konventionellen Rahmen gefallenen Weißen Hauses gerechnet. Beinahe täglich stürzt sich Trump physisch in den Wahlkampf und schürt vor zehntausenden Anhängern die Emotionen. Auf Twitter legt er digital vor und nach. Offiziell, um in wackligen Wahlkreisen republikanischen Kandidaten den Rücken zu stärken. Tatsächlich, weil der Präsident trotz vorgelegter Siegesgewissheit alles andere als sicher ist, welche Note die Wähler seiner ersten Amts-Halbzeit geben werden. Tribunal oder Triumph-Zug? Alles ist möglich. Weil bei den „midterms“ in der Regel höchstens 40 Prozent ihrem demokratischen Grundrecht nachgehen, bimmst Trump seinen Anhängern im Stile eines Demagogen

Untergangsszenarien ein, die im Falle einer Niederlage drohen. So bezichtigt er die Demokraten penetrant eines radikalen Linksrucks, was sich im Lichte der tatsächlich aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten in der Breite nicht nachweisen lässt. Trotzdem lautet sein Tenor: Kommen die Demokraten ans Ruder, wird in Amerika der Sozialismus eingeführt. Kriminelle finden offene Grenzen vor. Das Recht auf Waffenbesitz wird abgeschafft. Und mit dem wirtschaftlichen Dauer-Aufschwung ist es vorbei. Trump hat allen Grund, eine Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse zu fürchten. Seine immer noch tabuisierte Steuer-Erklärung (und damit der Blick in die wahren Besitz- und Geschäftsverhältnisse des Milliardärs gerade mit dem Ausland) käme im Falle eines demokratischen Erfolges genauso auf den Tisch wie die wahrscheinliche Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens. Jedenfalls dann, wenn die in den letzten Zügen liegenden Untersuchungen von Sonder-Ermittler Robert Mueller in der Russland-Affäre Trump Kungel mit dem Kremlin oder Behinderung der Justiz nachweisen sollten. Über Monate sah es mit Blick auf die Zwischenwahlen nach einer „blauen Welle“ aus.

Blau ist die Farbe der Demokraten. Manche Meinungsforscher und Beobachter hielten sogar einen Azur-farbenen Tsunami für möglich, der die 2016 von den Republikanern errungenen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses hinwegspült. Generisch ermittelte zweistellige Prozentvorsprünge erweckten den Eindruck, der notwendige Gewinn von zusätzlich 23 Mandaten im Repräsentantenhaus und zwei Sitzen im Senat sei für die Demokraten so gut wie abgemacht. Ein Grund: Trumps persönliche Zustimmungswerte sind seit Amtsantritt konstant deutlich unter 50 Prozent (im Mittel zwischen 40 und 44 Prozent). Was für die regierungstragende Partei bei Zwischenwahlen seit Jahrzehnten ein schlechtes Zeichen bedeutet: trouble. Aktuell messen meinungsbildende Statistik-Internetseiten wie „FiveThirtyEight“ den Demokraten um Nancy Pelosi eine 80-prozentige Chance ein, das „House“ zu erobern. Beim Senat sehen die renommierten Zahlen-Analysten von Nate Silver nur eine 20-prozentige Chance für Chuck Schumer und Co. Aber: Je näher der Wahltermin rückt und je genauer man auf einzelne Wahlkreise schaut, desto enger werden die Abstände zwischen den beiden Parteien. In der extrem

aufgeladenen innenpolitischen Stimmung, die Trump mit jedem Tag ein bisschen mehr anheizt, kann aus Sicht von US-Medien ein einziger großer Skandal auch noch in der letzten Woche vor der Wahl größere Pendelausschläge verursachen. Am Ende geht es um 435 Posten im Repräsentantenhaus. Im Senat müssen sich 35 von 100 Volksvertretern dem Votum der Wähler stellen. Das Senats-Rennen in Texas zwischen Amtsinhaber Ted Cruz, einst Trumps Rivale im Kampf um das republikanische Präsidentschafts-Ticket, und dem bereits zum „weißen Obama“ ausgerufenen demokratischen Herausforderer Beto O'Rourke wird oft als Gradmesser genommen für die Aufholjagd der Konservativen. Zeitweise sah es so aus, als schaffe er an Bobby Kennedy erinnernde O'Rourke die Sensation und würde den traditionellen konservativen „Lone Star State“ zum ersten Mal nach 25 Jahren blau färben. Inzwischen aber liegt Cruz wieder mit einem gesunden Polster von bis zu sieben Prozentpunkten in Führung. Fragt man Trump nach den Ursachen, ist die Antwort klar: „Ich!“ Der Präsident sieht sich als weltbesten Wahlhelfer und hat – nicht zuletzt durch die mit härtesten Bandagen durchgesetzte Personalie des erzkonservativen Juris-

ten Brett Kavanaugh am Obersten Gerichtshof und durch rekordverdächtige Wirtschaftszahlen – Auftrieb bekommen. Bei einem Macht erhaltenden Überraschungssieg der Republikaner würde sich Trump „einen Blankoscheck für eine noch extremere, populistischere Politik ausstellen“, sagte ein europäische Diplomat in Washington. Unterdessen zielen die Demokraten in ihrer Ansprache neben der eigenen Kern-Klientel auf gemäßigte Wechselwähler, die der auf Polarisierung setzenden Stammes-Politik Trumps überdrüssig sind und ein Korrektiv im Kongress wünschen. Dass Frauen mit höherer Bildung Trump überproportional stark ablehnen, könnte dabei eine besondere Rolle spielen. Allerdings gereicht den Demokraten zum Nachteil, dass bei ihnen kein Epizentrum des Widerstands oder der politischen Gegenwehr existiert. Geschweige denn eine Person, die zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl als Trumps Widersacher in spe schon deutlich erkennbar ist. Auch darum ruhen die Hoffnungen im Endspurt vor dem Wahltag auch auf Trumps Vorgänger Barack Obama. Er soll der Nation eindringlich ins Gewissen reden und Last-Minute-Überzeugungsarbeit leisten. Arbeitstitel: Yes, we can – Donald Trump zur lahmen Ente machen: „Geht wählen!“ **Dirk Hautkapp** ||

Der Autor ist USA-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

Beinahe täglich stürzt sich Trump in den Wahlkampf und schürt Emotionen.

Je näher die Wahl rückt, desto enger wird der Abstand zwischen den Parteien.

AfD will Hilfen streichen

ENTWICKLUNG Die AfD-Fraktion möchte Staaten, die nicht bereit sind, ihnen in Deutschland nicht aufenthaltsberechtigten Staatsbürgern Papiere auszustellen und die so deren Rückführung verhindern, die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) streichen. „Nach Auskunfts des Bundesinnenministeriums halten sich in Deutschland über eine halbe Million Menschen mit einem abgelehnten Asylantrag auf“, begründete Markus Frohneimer am vergangenen Donnerstag im Plenum einen entsprechenden Antrag (19/5042) seiner Fraktion. Nicht wenige könnten aufgrund fehlender Ausweisdokumente nicht abgeschoben werden. Die übrigen Fraktionen lehnten den Vorschlag ab. Wenn man die Gelder streiche, gebe es noch weniger Chancen für die Menschen, betonte Volkmar Klein (CDU). „Unabhängig davon ist die Frage, wie wir es denn schaffen, vernünftig und effektiv besser Druck auszuüben, natürlich berechtigt.“ Für die FDP wies Christoph Hoffmann darauf hin, die von der AfD geforderten Sanktionen „würde in ungleichem Maße der Migrationsdruck, den Sie ja so beklagen, erhöhen“. Uwe Kekeritz (Bündnis 90/Die Grünen) warf der AfD „Hau-Drauf-Lösungen“ vor. Mittel für Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Wasserversorgung und Ausbildung zu streichen, passe nicht zu Deutschland. **juh** ||

Wunsch und Wirklichkeit

ABRÜSTUNG Linke scheitert mit Forderung nach Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag

Die Fraktion Die Linke ist mit einer Initiative zum Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen gescheitert. Ein entsprechender Antrag (19/98, 19/1734) wurde vergangenen Donnerstag von den Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP abgewiesen, die Fraktion der Grünen stimmte dafür, die AfD-Fraktion enthielt sich. Die Linke hatte die Bundesregierung aufgefordert, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Fritz Felgentreu (SPD) argumentierte, dass der Atomwaffenverbotsvertrag dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt „keinen Zentimeter“ näherkomme: „Solange keiner der Nuklearwaffenstaaten auch nur daran denkt, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten, kann und wird dieser Vertrag keinen einzigen nuklearen Sprengkopf aus der Welt schaffen. Praktische Fortschritte in Richtung der nuklearen Abrüstung können wir nur im Dialog und nicht in beherrschender Konfrontation mit den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats machen.“

Armin Paulus Hampel (AfD) betonte, dass Nuklearwaffen „als eine strategisch-politische Waffe über viele Jahrzehnte in Europa den Frieden bewahrt“ hätten. Man müsse aber mit „klaren und kühlem Kopf“ die unterschiedlichen Regionen dieser Welt bedenken. In den Schwellenländern gebe es durchaus die gedankliche Bereitschaft, „Atomwaffen nicht nur als politisches Instrument – so wie wir sie genutzt haben –, sondern auch als militärische Option einzusetzen“. Roderich Kiesewetter (CDU) erinnerte daran, dass den 170 US-Atomwaffen in Europa 1.700 Atomwaffen Russlands gegenüberstünden. Eine schlechtere Aufgabe der nuklearen Teilhabe sei auch in diesem Lichte nicht im deutschen außen- und sicherheitspolitischen Interesse. „Nukleare Teilhabe in Europa verhindert die Ausweitung von Nuklearwaffen. Denn damit verhindern wir, dass sich Staaten wie Polen und andere Länder nuklear bewaffnen wollen.“ Bijan Djir-Sarai (FDP) warnte davor, dass der Atomwaffenverbotsvertrag den „weitgehend bewährten“ Atomwaffenverbotsvertrag (NPT) aus dem Jahr 1970 mit seinen Kontrollmechanismen schwächen könnte. „De facto wird mit dem Atomwaffenverbotsvertrag ein neues paralleles Abrüstungsregime etabliert, allerdings ohne die gleiche umfangreiche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft.“ Keiner der fünf in der NPT-Vertrag wirklich gefährdet, ist mangelnde Bereitschaft der Atommächte, ihre Verpflichtung zur Abrüstung nachzukommen.“ Seit fünf Jahrzehnten versprechen die fünf offiziellen Atommächte abzurüsten. Stattdessen gebe es heute vier weitere inoffizielle Atommächte, und 15.000 Atomwaffen bedrohen weiter die Existenz der Menschheit. „Russland und die USA investieren in ihre Nuklearwaffen, und auch Deutschland ist über die nukleare Teilhabe an diesen Investitionen beteiligt.“ **aha** ||

len Staatengemeinschaft.“ Keiner der fünf in der NPT-Vertrag wirklich gefährdet, ist mangelnde Bereitschaft der Atommächte, ihre Verpflichtung zur Abrüstung nachzukommen.“ Seit fünf Jahrzehnten versprechen die fünf offiziellen Atommächte abzurüsten. Stattdessen gebe es heute vier weitere inoffizielle Atommächte, und 15.000 Atomwaffen bedrohen weiter die Existenz der Menschheit. „Russland und die USA investieren in ihre Nuklearwaffen, und auch Deutschland ist über die nukleare Teilhabe an diesen Investitionen beteiligt.“ **aha** ||

Einsatz für die Religionsfreiheit

MENSCHENRECHTE Bundestag fordert Regierung zum Schutz des Grundrechts auf

Bereits zum fünften Male stehe die Religionsfreiheit im Zentrum einer Plenardebatte: Kai Gehring (Grüne) registrierte darin am vergangenen Freitag in der Debatte um das Menschenrecht auf Religionsfreiheit eine gewisse „Unwucht“, wenn man das an Breite und Raum für andere Menschenrechtsthemen messe. Anlass für die Diskussion waren die Anträge von CDU/CSU und SPD sowie der AfD und der Grünen, (19/5041, 19/1698, 19/4559) über die jeweils namentlich abgestimmt wurde: Angenommen wurde der Koalitionsantrag, die Oppositionsanträge fanden keine Mehrheit. Union und SPD hatten die Bundesregierung aufgefordert, Geltung und Abgrenzung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit in Deutschland gegen jegliche Art von Extremismus durch geeignete Mittel zu wahren. Die AfD-Fraktion wollte, dass in Bezug auf Staaten, in denen Christen diskriminiert und verfolgt werden, Entwicklungsmittel gekürzt, Finanztransaktionen eingeschränkt, die politische Führung sanktioniert und Flüchtlingskontingente für verfolgte Christen eingeführt werden. Die Grünen forderten von der Bundesregierung ein Konzept, „wie in Deutschland jede Form von gruppenbezogener Menschen- oder Minderheitenfeindlichkeit, und somit

auch Diskriminierungen und Straftaten aufgrund religiöser beziehungsweise religions- oder glaubensfeindlicher Motivation besser erfasst, geahndet und in Zukunft besser verhindert werden“ können. Aydan Özoguz (SPD) betonte, dass das Menschenrecht der Religionsfreiheit nicht Religionen schütze, sondern das Individuum. Sie warnte davor, Glaubensgemeinschaften gegeneinander auszuspielen. Jürgens Braun (AfD) warf insbesondere der Union vor, in der Frage der Christenverfolgung „gefällig“ und „lau“ zu sein: Der Antrag der Koalition ergehe sich in Allgemeinplätzen und verkenne, dass der Islam als „religiöse Ideologie“ weltweite Verfolgung betreibe. „Ein Antrag, der für alle und jeden passt, ist lau.“ Michael Brand (CDU) entgegnete, dass das christliche Menschenbild bedeute, allen Menschen verbunden zu sein. Kein wahrhaft Gläubiger würde die Verfolgung von Christen für „billige innenpolitische Münze“ nutzen. Das Engagement seiner Partei für verfolgte Christen folge einem Satz des Bamberger Erzbischofs Ludwig Schick: Es sei „exemplarisch, aber nicht exklusiv“. Liberale, Linke und Grüne gingen mit der AfD ins Gericht. Steffen Ruppert (FDP) zitierte aus dem ersten Brief des Johannes: „Wenn jemand erstickt: Ich liebe Gott und hasst seinen Nächsten, der ist ein Lügner.“ Christine Buchholz (Die Linke) bezeichnete die AfD, die Muslimen hierzulande das Recht auf Religionsfreiheit absprechen wolle, als eine „schlechte Anwältin“ für verfolgte Christen. Der Grüne Gehring sagte: „Sie treten christliche Werte. Deswegen ist die AfD auf Kirchentagen auch nicht willkommen. Lieber ein Gutemensch als ein Unmensch.“ **aha** ||



Das Grundgesetz verbürgt die Freiheit von Religion, Gewissen und Weltanschauung.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

KURZ REZENSiert



Wolfgang Ischinger:
Welt in Gefahr. Deutschland und Europa in unsicheren Zeiten.
Econ Verlag, Berlin 2018; 298 S., 24,70 €

Der Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, glaubt an eine friedliche Zukunft. Dieses Ziel sei jedoch nicht zu erreichen, „wenn wir glauben, die Krisen in der Welt aussitzen oder gar ignorieren zu können“. Dem ehemaligen deutschen Botschafter in Washington gelingt es, die komplizierte Weltlage und die damit einhergehenden Herausforderungen in einem gut lesbaren Buch zu vermitteln. Ischinger analysiert die aktuellen Konflikte, darunter die Kriege in Syrien und in der Ostukraine. Detailliert erläutert er die Instrumente der internationalen Politik, so dass auch Laien politische Entscheidungen leichter nachvollziehen können. Ischinger rät dazu, gegenüber Russland und China auf den Prinzipien des Völkerrechts zu bestehen. Moskau habe mit der Annexion der Krim allein sechs Verträge verletzt und damit die europäische Sicherheitsarchitektur de facto zerstört.
Der Ex-Diplomat redet Tacheles: In der Politik des „America First“ erkennt er eine Gefahr für die Weltstabilität und für die Zukunft Europas. Mit Erstaunen registriert er, dass der einst unbestrittene Führer der „freien Welt“ seine engen Nato-Verbündeten brüskiert und mit ihnen einen veritablen Handelskrieg anzettelt. Gleichzeitig umschmeichle Präsident Trump „in irritierender Weise Autoritäten auf der ganzen Welt“ und werde nicht müde, sich über die Europäer zu beschweren. Mit welchen Konsequenzen hat Europa zu rechnen, wenn der „Welt-polizist“ auf diese Rolle verzichtet? Immerhin waren die USA seit Gründung der Bundesrepublik „so etwas wie die ultimative Lebensversicherung für uns“. Ischinger empfiehlt, EU und Deutschland sollten sich auf eine aktivere Rolle in der internationalen Ordnungspolitik einstellen und dazu einen größeren Beitrag leisten. Zuerst müssten die EU-Mitgliedstaaten jedoch ihre Streitigkeiten über die Flüchtlingsquoten und die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien beilegen. manu ||



Constanze Kurz / Frank Rieger:
Cyber War. Die Gefahr aus dem Netz.
Bertelsmann Verlag, München 2018; 288 S., 20 €

Warum können wir sicher feststellen, dass eine „Hackergruppe“ aus Russland den Server des Bundestags lahmlegte? Wie gelang es dem US-Geheimdienst NSA, die Bundeskanzlerin abzuhören? Ist es für die normalen Internet-Nutzer überhaupt möglich, sich gegen die zahlreichen Gefahren aus dem Netz zu schützen? Was kann der Staat konkret für die Sicherheit seiner Bürger und Institutionen tun? Alle Fragen rund um den sogenannten „Cyber War“ beantwortet zwei ausgewiesenen Kenner der Materie in einem spannenden Buch: Die Informatikerin Constanze Kurz arbeitet in der Redaktion „netzpolitik.org“ und war technische Sachverständige in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestags. Frank Rieger ist Spezialist für Kommunikationssicherheit und Sprecher des Chaos Computer Clubs.
Nach einem informativen Intermezzo über die „Angriffswerkzeuge“ erklären die Autoren auch für den technisch nicht versierten Leser verständlich, wie ein Hacker-Angriff funktioniert und wie man ihn verifiziert. Denn seit den Enthüllungen Edward Snowdens wurden die geheimdienstlichen Aktivitäten im Netz nicht weniger. Das Gegenteil ist der Fall: Kurz und Riegel beschreiben, wie die USA, China und Russland die Kriegszone auf das Internet ausweiteten. Detailliert erläutern sie die aktuelle Cyber-Strategie Moskaus gegenüber den westlichen Demokratien. Das Ziel sei klar: Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Desinformationskampagnen. Gleichzeitig stellen die Autoren fest, dass die „gleichen Methoden, die man Russland zur Untermierung des Westens vorwirft, auch von politischen Akteuren im Westen angewendet werden.“
Um Kriege im Internet einzudämmen oder zu verhindern, empfehlen die Autoren ein breites Maßnahmenpaket. So sollten internationale Verträge und Konventionen zum Verbot digitaler Waffen verabschiedet werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Kontrollgremien der Parlamente Lösungen finden, um militärische Einsätze in der Cyber-Sphäre zu überwachen. manu ||



Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) auf der Jahresveranstaltung des Deutschlandstipendiums „Netzwerke nutzen, Talente entdecken“ am 18. Juni dieses Jahres. © picture-alliance/dpa

Ein neuer Pakt

BILDUNG Opposition und Regierung sind sich uneinig über die Finanzierung der Hochschulen – ebenso wie die Koalition

Wie sollen die Hochschulen nach dem Ende des Hochschulpakts 2020 finanziert werden? Darüber beraten aktuell Bildungsministerium und Länder – und auch der Bundestag hat darüber am vergangenen Donnerstag diskutiert. Anlass der Debatte waren gleich vier Anträge der Oppositionsfaktionen AfD (19/5043), Linke (19/5056), FDP (19/4545) und Bündnis 90/Die Grünen (19/3143). In der Debatte wurde klar: Alle Fraktionen sind für einen neuen Hochschulpakt. Über die konkrete Ausgestaltung gibt es jedoch deutlich Dissens – sowohl zwischen Koalition und Opposition als auch innerhalb der schwarz-roten Koalition. Ursprünglich war der Hochschulpakt abgeschlossen worden, um dem Bund die Mög-

lichkeit zu geben, die Länder bei der Hochschulfinanzierung zu unterstützen – eigentlich sind die Hochschulen Sache der Länder. Weil diese aber durch die steigende Zahl der Studienanfänger wegen doppelter Jahrgänge nach der Einführung des G8-Abiturs und den Wegfall der Wehrpflicht überfordert waren, wurde eine stärkere Zusammenarbeit von Bund und Ländern vereinbart. Über ihre Fortsetzung wird nun neu beraten, nachdem die Neufassung des Grundgesetzartikels 91 b die Kooperation von Bund und Ländern in Wissenschaft, Forschung, Lehre und Bildung ermöglichte.
Dynamisierung Besonders umstritten ist, ob sich die Bundes- und Ländermittel an die Hochschulen jährlich erhöhen. Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gibt es diese Dynamisierung bereits.

Die Grünen fordern eine Fortsetzung des Hochschulpaktes mit einem jährlichen Aufwuchs von mindestens drei Prozent. Der Bildungsexperte Kay Gehring (Grüne) sagte, Ziel der Verhandlungen müssten ausreichend Studienplätze, mehr Chancengerechtigkeit für Studierende und eine höhere Qualität in Studium und Lehre sein. Derzeit würden von 100 Kindern aus Akademikerfamilien 79 ein Studium aufnehmen, in Arbeiterfamilien seien es nur 27; dies müsse sich „dringend ändern“. Die Lehre werde zu oft von schlecht bezahlten Honorarkräften, deren Arbeitsbedingungen „an Ausbeutung grenzen“ übernommen, ein Universitätsprofessor betreue im Schnitt 63 Studierende.
Auch die AfD will einen neuen Hochschulpakt ab 2021. Dennoch sagte Götz Frömming (AfD), grundsätzlich solle sich der Bund aus der Grundfinanzierung der

Hochschulen „allmählich zurückziehen“. Man habe gelesen, Bundesministerin Anja Karliczek (CDU) habe eine Dynamisierung „brüsk abgelehnt“ – seine Fraktion stimme dem zu. Obwohl der Bund in den vergangenen Jahren Milliarden für den Hochschulpakt ausgegeben habe, sei er keine Erfolgsgeschichte. Die Betreuungsrelation an den Hochschulen sei schlecht, die Ergebnisse mittelmäßig und auf eine „deutsche Universität mit Weltrang“ warte man bisher vergeblich. Es gebe an den Hochschulen zu viele Studierende, „die dort nicht hingehören“, jeder Dritte breche das Studium ab, monierte Frömming.

Forderung nach mehr Geld Der FDP-Bildungspolitiker Jens Brandenburg forderte, in die Zielvereinbarung mit den Ländern müssten endlich qualitätsorientierte Kriterien aufgenommen werden. Seine Fraktion schlage folgende Punkte vor: Eine bessere Betreuungsrelation, mehr internationale Studiengänge, den Ausbau des digitalen Lehrangebots, Angebote für Bildungsaufsteiger und eine Öffnung für Module des lebenslangen Lernens. Zudem sei mehr Transparenz bei der Mittelverwendung unabdingbar. Bisher habe niemand „einen blassen Schimmer, wo das Geld landet“. In ihrem Antrag fordern die Liberalen eine Verstärkung der Bundesmittel auf dem bestehenden Niveau. Zudem soll eine erhöhte Finanzierungsbeteiligung der Länder angestrebt werden.
Für Die Linke sagte Nicole Gohlke, nur eine langfristige Finanzierung gebe den Hochschulen Planungssicherheit. Bisher habe der Bund allen Beteiligten viel abverlangt und „Druck ins System gegeben“, dies aber nicht finanziell untersetzt. Die derzeitige Unterfinanzierung führe zu einer „massiven sozialen Auslese“. In ihrem Antrag fordert die Linksfraktion eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen. Sie will zudem die Zahl der 2017 über den Hochschulpakt finanzierten Studienplätze um 80.000 erhöhen, gleichzeitig will sie Anreizprogramme, um der Hälfte des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen eine dauerhafte Perspektive zu bieten: So sollen in den nächsten zehn Jahren 100.000 unbefristete Stellen geschaffen werden.

Union und SPD uneins Stefan Kaufmann (CDU) verwies darauf, dass der Bund von 2007 bis 2023 mehr als 20 Milliarden Euro für den Hochschulpakt zur Verfügung gestellt habe. Ohne diese Unterstützung wäre es den Hochschulen nicht möglich gewesen, auf die steigende Zahl der Studienanfänger zu reagieren. Dennoch seien die Hochschulen anders als außeruniversitäre Forschungseinrichtungen „keine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern“, auch für Bau und Modernisierung der Hochschulen seien die Länder zuständig. Seine Fraktion lehne daher eine Dynamisierung der Förderung ab. Zudem müssten die Länder in gleicher Höhe wie der Bund finanzieren.
Für eine Dynamisierung plädiert hingegen die SDP-Fraktion. Deren Abgeordnete Wiebke Esdar argumentierte, die Grundgesetzänderung habe eine dauerhafte Förderung durch den Bund ermöglicht, dies müsse man nun umsetzen. In der Fortsetzung von Hochschulpakt und Qualitätspaket müsse es einen „Paradigmenwechsel“ geben. Ziel sei es, zu unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen an den Hochschulen zu kommen, durch kluge Vergaberichtlinien Fehlanreize zu vermeiden und die Erfolge des Qualitätspakts Lehre in die Fläche und Breite zu tragen, sagte Esdar. Durch eine neue Ausrichtung der Förderung könne die Chance genutzt werden, dass der Bund die Hochschulen nicht nur finanziert, sondern auch „wieder Wissenschaft in Deutschland gestaltet“. Susanne Kalitz ||

Aufarbeitung des Unrechts

SED-DIKTATUR Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) haben die Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur gewürdigt. Anlässlich eines Festaktes zum 20-jährigen Bestehen der Stiftung in der vergangenen Woche im Berliner Museum für Kommunikation sagte Steinmeier, die Erinnerungsarbeit sei für die Opfer der Staatsicherheit ein überlebenswichtiger Teil der Aufgaben, denen sich die Bundesstiftung gestellt habe. Deren Bedeutung gehe über die deutschen Landesgrenzen hinaus, betonte der Bundespräsident und würdigte, dass sich die Stiftung angesichts der wieder tiefer gewordenen Gräben in Europa der Erinnerungsarbeit in Ostmitteleuropa widme. Steinmeier wies auch darauf hin, dass der deutsch-deutsche Vereinigungsprozess mit vielen Brüchen verbunden war: „Dennoch haben die ostdeutschen Erfahrungen bis heute keinen so festen Platz in unserem kollektiven Gedächtnis wie die des Westens.“
Grütters betonte in einer Erklärung, die Gründung der Stiftung vor 20 Jahren sei eine „konsequente erinnerungspolitische Entscheidung“ gewesen. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur sei nicht beendet, die Gefährdung der Demokratie durch totalitäre Regime müsse der jüngeren Generation besser vermittelt werden.
Die Bundesstiftung Aufarbeitung wurde im Juni 1998 aufgrund eines Beschlusses des Bundestages gegründet und mit einem Stiftingskapital von 75 Millionen Euro aus dem ehemaligen SED-Vermögen ausgestattet. Sie finanziert sich aus Zinserträgen und einem jährlichen Bundeszuschuss. Seit 1998 hat die Stiftung etwa 3.300 Projekte im In- und Ausland zur Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen mit rund 48 Millionen Euro unterstützt. aw ||

KURZ NOTIERT

Grüne wollen praktische Forschung zur Mobilität

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen will ganze Städte und ländliche Regionen als Experimentierräume fördern, um dort eine umwelt- und klimagerechte Verkehrswende zu ermöglichen. Den entsprechenden Antrag der Grünen (19/3160) hat der Bundestag am Donnerstag in die Ausschüsse überwiesen. Nach dem Willen der Grünen soll die Bundesregierung bis zu fünf Städte oder ländliche Regionen mit jeweils 75 Millionen Euro für die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen unterstützen. aw ||

Publikation zu 20 Jahre Kulturpolitik des Bundes

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums des Amtes des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM) blickt die Publikation „Wachgeküsst“ zurück auf die Kulturpolitik des Bundes von 1998 bis 2018. In dem Sammelband, herausgegeben vom Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Olaf Zimmermann, blicken 70 Autoren zurück auf die Anfänge und die Arbeit des BKM. Unter den Autoren sind auch die Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD), Julian-Nida-Rümelin (SPD), Christina Weiss (parteilos) und Monika Grütters (CDU). aw ||

Einstieg in die Jahrundertaufgabe

KULTUR Einigung über Finanzierung der Digitalisierung des deutschen Filmerbes

Die Hartnäckigkeit von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) und ihres Vorgängers Bernd Neumann (CDU) hat sich ausgezahlt. Die Beauftragte für Kultur und Medien (BKM) einigte sich in der vergangenen Woche nach jahrelangem Ringen mit den Ministerpräsidenten der Länder und der Filmwirtschaft auf ein Bündnis zur Digitalisierung des deutschen Filmerbes. Zehn Millionen Euro wollen sie ab 2019 dafür jährlich über zehn Jahre aufbringen. Die Partner teilen sich die Summe paritätisch. „Filme dokumentieren auf einzigartige Weise die historische und kulturelle Entwicklung unseres Landes“, sagte Grütters. „Sie sind jedoch ein überaus fragiles, vergängliches Kulturgut. Wichtig ist, dass vom Stummfilmklassiker bis zum Neuen Deutschen Film unser Filmerbe weiterhin öffentlich präsentiert werden kann.“
Technisches Know-how Die Summe von 100 Millionen stammt aus einer Machbarkeitsstudie des Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers. Sie berücksichtigt auch, welche technischen Kapazitäten vorhanden sind. Durch die jahrelange Ungewissheit haben die technischen Betriebe Kapazitäten abgebaut. Selbst das letzte Filmkopierwerk des Landes im Bundesarchiv in Koblenz stand vor dem Aus-

gang, es sind 3,3 Millionen Euro. Auch die Länder fördern bereits Digitalisierungsprojekte. Mecklenburg-Vorpommern vergab Zuschüsse an die DEFA-Stiftung zur Umspieldung von Dokumentarfilmen und Berlin und Brandenburg geben bereits knapp 300.000 Euro aus. Das entspricht ihrem Anteil an den Ländermitteln des Bündnisses nach dem Königsteiner Schlüssel.
Durch das finanzielle Engagement konnten Wim Wenders „Himmel oder Berlin“, Volker Schlöndorffs „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, Maren Ades Debüt „Alle anderen“, aber auch Konrad Wolfs „Sonnensucher“ und der DEFA-Märchenfilm „Dornröschen“ in neuem Glanz erstrahlen.
Künftig wird wohl die FFA die Fördermittel verwalten. Bei der Auswahl wird sie sich wahrscheinlich weiterhin von der „500er-Liste mit erhaltenswerten Werken“ leiten lassen, die vom Kinemathekverbund aufgestellt wurde und ständig aktualisiert wird. Katharina Dockhorn ||

Das vorhandene Know-how bei der Restaurierung und Digitalisierung könne nun durch die Einigung bewahrt werden, freut sich der Verband filmtechnischer Betriebe. Trotzdem sind die 100 Millionen Euro für die „Jahrundertaufgabe“, so Monika Grütters, nur ein Einstieg. Rainer Rother, Direktor der Deutschen Kinemathek, hofft, dass die Förderung nach zehn Jahren verstetigt wird. Experten schätzen die Gesamtkosten auf rund 500 Millionen Euro.
Um die Liste der zu digitalisierenden Filme einzugrenzen, wurde jahrelang gestritten. Sollen alle Filme digitalisiert werden, die im Bundesarchiv oder den Depots des Kinemathekverbundes aufbewahrt werden? Nur Meisterwerke für die Nachwelt zugänglich bleiben? Oder etwa Titel wie die Verfilmungen der Romane von Karl May bevorzugt werden, deren Auswertung wirtschaftlich lohnt? Alle Aspekte sollen künftig berücksichtigt werden: Wirtschaftliche Nutzung, kuratorisches Interesse und konservatorische Notwendigkeit.
Der Bund unterstützt seit dem Jahr 2012 Digitalisierungsprojekte. Im Bundeshaushalt für 2018 und 2019 stehen jeweils drei Millionen Euro zur Verfügung. Die Filmförderungsanstalt (FFA) gab 2012 bis 2015 je eine Million Euro aus, 2016 erhöhte sie auf zwei Millionen Euro, seit diesem Jahr

Anzeige

Neue Sichtweisen auf das Funktionieren von Politik

Wie funktioniert Politik?
Die Beweggründe des Politischen in den Nationalstaaten und in der EU
Von Prof. Dr. Roland Sturm
2018, 143 S., brosch., 26,- €
ISBN 978-3-8487-5026-9
eISBN 978-3-8452-9198-7
nomos-shop.de/38946

Das Buch bietet eine neue Sichtweise auf das Funktionieren von Politik. Was zu Hause politisch rational erscheint bzw. auf der EU-Ebene der Logik institutionellen Handelns entspricht, begegnet den Bürgerinnen und Bürgern als Entfremdungsprozess mit eigener Logik, wie auch anhand von Beispielen gezeigt wird.

Nomos eLibrary
User Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos



AUFGEKEHRT

Plumps in den Sumpf

Hoppe, hoppe Reiter, wenn er fällt, dann schreit er, fällt er in den Graben, fressen ihn die Raben, fällt er in den Sumpf, macht der Reiter plumps! Im Grunde ist damit auch die Situation der SPD treffend umschrieben. Auf dem hohen Ross sitzt dort niemand. Eher versinken die Genossen im bayrischen und demoskopischen Sumpf. Arg zugeritten nach Jahren des aufreibenden GroKo-Vielseitigkeitsritts, das Hü und Hott der vergangenen Monate nicht zu vergessen, lahm die Sozialdemokratie vor sich hin. Politik war noch nie ein Ponyhof, aber beim Blick auf den alten Acker-Gaul SPD denkt so mancher eher an Gnadenhof für abgehalfterte Parteien. Auf alten Gäulen lernt man zwar das Reiten, aber die Sozialdemokratie braucht dringend ein neues Zugpferd. Es wundert daher nicht, dass SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, die noch fest im Sattel sitzt, vergangene Woche als Ko-Initiatorin des „Parlamentskreises Pferd“ auftrat. Allerdings scharren die Fohlen der SPD schon mit den Hufen und wollen bei der GroKo die Gäule durchgehen lassen. Und das hohe Ross? Das ist – wie auch viele Wählerinnen und Wähler der SPD – zu den Grünen getraut. Es galoppiert nun mit Öko-Marlboro-Mann Robert Habeck artgerecht, umweltbewusst und nachhaltig von Umfragehoch zu Umfragehoch. So ganz wild wollen es die Grünen aber gar nicht: Gern hätte man sich in München vor Söders Karren spannen lassen, doch die CSU bevorzugt mit den Freien Wählern bekannten Stallgeruch. Doch auch bei den Christsozialen muss noch ausgemistet werden, plumpste die Partei doch ebenfalls in den Sumpf. Manch CSUler nennt schon Ross, wenn auch noch nicht Reiter. Und das Pferd heißt Horst. *Sören Christian Reimer* ||

VOR 40 JAHREN...

Ludwigshafener CDU-Programm

25.10.1978: Christdemokraten legen Werte fest Nicht erst seit der jüngsten Landtagswahl in Bayern ist von einem Ende der Volksparteien die Rede. Ein Grund, der für die sinkende Zustimmung zu Union und SPD verantwortlich gemacht wird: Die Parteien seien sich zu ähnlich. So sei etwa die CDU in den vergangenen Jahren nach links, Richtung SPD gerückt, heißt es oft. Dass Parteien



Richard von Weizsäcker (CDU) war Vorsitzender der Grundsatzkommission.

klar unterscheidbar bleiben sollten, ist allerdings keine neue Erkenntnis. Sie spielte bereits am 25. Oktober 1978 eine Rolle, als sich die CDU ihr erstes Grundsatzprogramm gab. Richard von Weizsäcker, ab 1971 Vorsitzender der Grundsatzkommission, wollte das Profil seiner Partei erkennbarer machen. Das Programm, das die Christdemokraten auf ihrem Bundesparteitag in Ludwigshafen ohne Gegenstimme verabschiedeten, wies dennoch Ähnlichkeiten zur SPD auf. Schrieben die Sozialdemokraten 1959 in ihr Godesberger Programm, „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (...) sind die Grundwerte des sozialistischen Willens“, fasste die CDU ihre Grundwerte in 137 Artikeln unter dem Titel „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ zusammen. Allerdings nahm die CDU dabei ausdrücklich auf das christliche Menschenbild Bezug. Das eigene Selbstbild stellte die CDU gleich an den Anfang des Programms. Die Präambel beginnt mit dem Satz: „Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei.“ Das Ludwigshafener Programm, erklärt die CDU heute, „verortete die CDU als Partei der Mitte, in der soziale, liberale und konservative Strömungen zusammenwirken.“

Benjamin Stahl ||



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: ZUWACHS FÜR DIE GALERIE IM BUNDESTAG



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, Mitte) weicht im Beisein von Wolfgang Thierse (SPD, links) und des Künstlers, Johannes Heisig (rechts), das neueste Porträt ein. © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Abbilder ihrer Zeit

Die zehn Porträts unterschiedlichster Stile, Formate und Größen, mal mit moderner Bildsprache, mal eher konservativ, mal mit opulenterem oder schlichtem Rahmen sind so unterschiedlich wie es die Amtsträger selbst sind. Auch zwei Frauen zeigt die Galerie der ehemaligen Bundestagspräsidenten in der Westhalle des Berliner Paul-Löbe-Hauses, in die vergangene Woche ein elftes Ölgemälde, das Porträt des früheren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD), aufgenommen wurde. In Anwesenheit von Thierse und des Künstlers, Johannes Heisig, sagte der amtierende Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Einweihung des Gemäldes: „Es passt gut, dass das Porträt im Paul-Löbe-Haus hängt, denn mit ihm verbindet Herrn Thierse viel: Sie sind beide gebürtige Schlesier, Schriftsetzer und Sozialdemokraten und waren Präsidenten gesamtdeutscher Parlamente.“ Schäuble betonte, dass Thierse sich in seiner Amtszeit und darüber hinaus immer für eine differenzierte Sicht auf Ostdeutschland und seine Kunst eingesetzt habe.

„Im Reichstagsgebäude gab es keinen Platz mehr für die Galerie, weswegen sich der Kunstbeirat 2017 entschlossen hat, sie im Paul-Löbe-Haus zu installieren – parallel zur Kanzler-Galerie im gegenüberliegenden Bundeskanzleramt“, erzählt Kristina Volke, die die Galerie im Referat Kunst im Bundestag betreut. An alle ehemaligen Inhaber des zweithöchsten Staatsamtes in der Bundesrepublik wird dort mit einem gemalten Porträt erinnert. „Die Mehrzahl der Porträts sind nach Ende der Präsidentschaft des jeweiligen Bundestagspräsidenten entstanden, manche auch erst posthum“, erklärt Volke. Insgesamt sei aber nur wenig über die Entstehungsgeschichte der Porträts aus Bonner Zeiten bekannt: „Die meisten Bilder wurden ab 1954 gelagert, einzeln ausgestellt oder auch ausgeliehen, aber ich konnte nicht herausfinden, ob der damalige Präsident den Künstler eventuell selbst aussuchen konnte“, bedauert sie. Die Bundestagspräsidenten des vereinigten Deutschlands haben dieses Recht: Rita Süßmuth (CDU), Bun-

destagspräsidentin von 1988 bis 1998, entschied sich für den Maler und Bildhauer Lutz Friedel. Nun folgt Heisigs Porträt von Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident von 1998 bis 2005, der den Künstler selbst ausgewählt hatte und ihn im Sommer in dessen Atelier in der Ostprignitz getroffen hatte. „Wir hatten drei ganztägige Sitzungen und viele gemeinsame Gesprächsthemen während der Entstehung des Porträts“, sagte Thierse. Er sei, was das Ergebnis angehe, natürlich befangen, aber er halte Heisig „für einen Maler von großer Charakterisierungskunst und künstlerischer Raffinesse“. Vor dem Hintergrund, dass die Präsidenten schon länger nicht mehr im Amt sind, seien Form und Sprache des Porträts eine Herausforderung für die Maler, ordnete Kunstpertin Volke ein. Denn die älteren Porträts der Galerie zeigen ihre Präsidenten überwiegend während ihrer Amtszeit. So ist die Galerie auch immer im Lichte der Zeit der Entstehung zu betrachten und damit Erinnerung und Genealogie zugleich. *Lisa Brübler* ||

PERSONALIA

>Wolfgang Behrendt
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD

Am 26. Oktober begeht Wolfgang Behrendt seinen 80. Geburtstag. Der Berliner Diplomat trat 1959 der SPD bei und war von 1985 bis 1994 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Behrendt wirkte im Bundestag zuletzt im Auswärtigen Ausschuss mit. Von 1995 bis 2003 gehörte er dem Europarat sowie der WEU an und war von 1999 bis 2003 deren Vizepräsident.

>Horst Haase
Bundestagsabgeordneter 1972-1987, SPD

Horst Haase vollendet am 26. Oktober sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Fürth, von 1962 bis 1972 Mitglied des Bayerischen Landtags und dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender, war langjähriger Unterbezirksvorsitzender und Landesschatzmeister der bayerischen SPD. Haase arbeitete im Bundestag im Wirtschafts- sowie im Auswärtigen Ausschuss mit.

>Rita Pawelski
Bundestagsabgeordnete 2002-2013, CDU

Am 29. Oktober wird Rita Pawelski 70 Jahre alt. Die Sparkassenangestellte und Journalistin aus Hannover trat 1971 der CDU bei, gehörte seit 1986 dem niedersächsischen Landesvorstand und von 1996 bis 2000 dem CDU-Bundesvorstand an. Von 1990 bis 2002 war sie niedersächsische Landtagsabgeordnete. Im Bundestag wirkte Pawelski im Familien-, im Wirtschafts- sowie im Tourismusausschuss mit.

>Werner Lensing
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, CDU

Am 30. Oktober wird Werner Lensing 80 Jahre alt. Der Oberstudiendirektor aus Coesfeld trat 1967 der CDU bei und war von 1973 bis 1978 sowie von 1989 bis 2003 Kreisvorsitzender. Von 1979 bis 1994 war er Kreisratsmitglied. Der Direktkandidat des Wahlkreises Coesfeld-Steinfurt II arbeitete im Bildungsausschuss mit und war Mitglied der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.

>Klaus-Dieter Kühbacher
Bundestagsabgeordneter 1977-1990, SPD

Klaus-Dieter Kühbacher wird am 30. Oktober 75 Jahre alt. Der Verwaltungsbeamte aus Braunschweig trat 1962 der CDU bei und gehörte von 1974 bis 1976 dem niedersächsischen Landtag an. Im Bundestag arbeitete Kühbacher im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss mit. Von 1990 bis 1995 war er brandenburgischer Finanzminister und danach bis 2002 Präsident der Landeszentralbank Berlin-Brandenburg.

>Lothar Handschack
Bundestagsabgeordneter 1990, 1994, CDU

Am 31. Oktober wird Lothar Handschack 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Geyer/Erzgebirgskreis trat 1974 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an, in den er 1994 wieder kurzzeitig einzog.

>Else Ackermann
Bundestagsabgeordnete 1990, 1991-1994, CDU

Am 6. November vollendet Else Ackermann ihr 85. Lebensjahr. Die Fachärztin für Pharmakologie aus Neuenhagen bei Berlin schloss sich 1985 in der DDR der CDU an. 1990 zog Ackermann in die erste frei gewählte Volkskammer ein. Im Oktober 1991 rückte sie für Lothar de Maizière in den Bundestag nach. Sie wirkte im Gesundheits- sowie im Bildungsausschuss mit.

>Uwe Looft
Bundestagsabgeordneter 1971-1972, CDU

Uwe Looft wird am 7. November 80 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Trittau/Kreis Stormarn trat 1959 der CDU bei, war von 1966 bis 1972 Kreisratsmitglied und von 1968 bis 1971 Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion in Kiel. Im Bundestag gehörte er dem Petitions- sowie dem Städtebauausschuss an.

>Ulrich Steger
Bundestagsabgeordneter 1976-1984, SPD

Am 8. November begeht Ulrich Steger seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Volkswirt und Hochschullehrer trat 1963 der SPD bei. Im Bundestag wirkte der Direktkandidat des Wahlkreises Recklinghausen II stets im Forschungsausschuss mit. Seit 1982 war er auch forschungspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Von 1984 bis 1987 amtierte Steger als hessischer Wirtschaftsminister.

>Klaus Röhl
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, FDP

Am 12. November vollendet Klaus Röhl sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Chemiker aus Berlin, 1990 FDP-Gründungsmitglied in der DDR, wurde 1991 stellvertretender Landesvorsitzender in Berlin. Röhl engagierte sich im Bundestag im Verkehrs- und im Städtebauausschuss. Von 1994 bis 1998 war er FDP-Obmann im Untersuchungsausschuss „Veruntreutes DDR-Vermögen“. *bmh* ||

Das Arbeitsparlament live mitverfolgen

ANHÖRUNGEN Kostenfreie Verhütungsmittel, Rentenpaket und Kita-Gesetz sind Themen

Auch in der kommenden Sitzungswoche stehen im Bundestag zahlreiche öffentliche Anhörungen zu Gesetzesentwürfen und Anträgen auf der Tagesordnung. Um die **Kostenübernahme für Verhütungsmittel** wird es am Mittwoch, den 7. November ab 14.30 Uhr im Ausschuss für Gesundheit gehen. Im Rahmen einer öffentlichen Anhörung steht ein Antrag der Fraktion Die Linke (19/2699) sowie von Bündnis 90/Die Grünen (19/2514) zum Thema im Fokus des Austausches mit Sachverständigen. Bereits am Montag, den 5. November wird der Ausschuss für Arbeit und Soziales zwei öffentliche Anhörungen durchführen: Ab 13 Uhr beschäftigt sich der Ausschuss mit dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung

(19/4725) zum **Teilhabechancengesetz** sowie mit Anträgen der Fraktion Die Linke (19/2593) und von Bündnis 90/Die Grü-

nen (19/591). Zwei Stunden später, ab 15 Uhr, wird es dann in einer Anhörung um den **Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Rentenpaket** (19/4668) gehen. Im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird ebenfalls am Montag, ab 14 Uhr, öffentlich mit Sachverständigen über das **Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe der Kindertagesbetreuung** (19/4947) diskutiert. Online werden diese und weitere Anhörungen teils live übertragen oder lassen sich als Aufzeichnung unter www.bundestag.de/mediathek abrufen. Anmeldemodalitäten für den persönlichen Besuch der Anhörungen können den Ausschusswebseiten entnommen werden. *lbr* ||

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 05. – 09.11.2018

Rentenstabilisierung (Do), Pflegepersonal-Stärkungsgesetz (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

LESERPOST

Zur Ausgabe 42 vom 15. Oktober 2018, „Wortschatz unter Druck“ auf Seite 9: Im Artikel wäre Selbstreflexion angesagt: Der Autor schildert Beispiele und Entwicklungen über die Verrohung des politischen Wortschatzes, die dies verdeutlichen sollen und fordert Sensibilität. Seine Beispiele stammen fast ausschließlich aus „der rechten Ecke“, aber auch die Mitte wird beschuldigt. Dabei merkt der Autor nicht, dass er selbst diverse Worte wenig sensibel benutzt: Zum Beispiel „abstoßend“, „Mob“, „beschmend“, „grässlich“, „egomane Rambo-politik“ usw. Kritik und Verbesserungen einer Sache sollten immer damit beginnen, dass man selbst ein positives Beispiel liefert! Ferner sollte die Analyse ausgewogen sein. Woher stammen häufig benutzte Kampfbegriffe wie „populistisch“, „rassistisch“, „Hetze“, „Hass“, „Nazi“ usw.? Doch wohl aus der linken Ecke!

Willi Schühlein, Nürnberg

PANNENMELDER

Zur Ausgabe 42 vom 15. Oktober 2018: In der „Zahl der Woche“ auf Seite 1 war der Bezug unklar: Am 1. Januar 2018 waren 15.225.296 Pkw in Deutschland dieselgetrieben, nicht weltweit.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 12. November.

SEITENBLICKE



Hubse 18

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt der Wegweiser



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Mitte Mai 2019, also in nicht allzu ferner Zeit, wählen die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihr neues Europaparlament. Das neue Parlament wird dann die Volksvertretung von rund 450 Millionen Europäern und Europäerinnen sein; das sind fast anderthalbmal so viele Einwohner wie in den USA und immerhin 6 Prozent der Weltbevölkerung. Eine solche länderübergreifende freie, demokratische Wahl von dieser Größenordnung ist weltweit einzigartig. Faire und freie Wahlen bilden das Fundament funktionierender Demokratien. Und dieses Fundament gilt es natürlich besonders in Zeiten rasanten technologischen Wandels wirksam zu schützen; denn unsere Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass die demokratischen Willensäußerungen der Wählerinnen und Wähler durch gezielte Desinformationskampagnen, Cyberangriffe oder Datenmissbrauch allzu leicht verfälscht werden können.

Beim heute beginnenden Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs wollen wir daher über Schritte zur Wahrung der inneren Sicherheit beraten, und zwar gerade auch zur Vorbereitung der Europawahl 2019. Damit führen wir die schon recht gute Diskussion des informellen Rats in Salzburg vom September fort. Innere Sicherheit be-

ginnt – wie es das Wort schon sagt – natürlich erst einmal zu Hause. Sie ist aber nachhaltig heute nur noch international sicherzustellen. Kein Staat kann das alleine gewährleisten. Er kann nicht allein gewährleisten, dass Wahlmanipulatoren oder Cyberkriminelle nicht agieren; denn die machen vor Grenzen nicht halt.

In Brüssel wird es daher mit Blick auf die Europawahl darum gehen, bessere Regeln bei der Datenverarbeitung zu schaffen, damit personenbezogene Informationen, beispielsweise aus den sozialen Medien, nicht für Wahlkampfzwecke missbraucht werden können. Wir wollen zudem Leitlinien für den Umgang mit Parteien aktiv Desinformation betreiben. Und das bedeutet in letzter Konsequenz auch, in solchen Fällen über finanzielle Sanktionen nachzudenken. Denn Politik bedeutet Verantwortung: Wer sich nicht an die demokratischen Spielregeln Europas hält, der kann auch nicht erwarten, von der Europäischen Union Mittel

Wir wollen uns auch zukünftig verstärkt mit Cyberangriffen und den dahinterstehenden Akteuren beschäftigen und uns darüber austauschen. Damit wollen wir diesen Angriffen durch präventive Maßnahmen vorbeugen, uns im Falle eines Angriffs gegenseitig warnen und aus gemachten Erfahrungen lernen. Die Kommission hat dazu bereits 2017 Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel zur Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit – ähnlich wie wir das aus Deutschland durch das BSI kennen – und durch einen freiwilligen, aber einheitlichen europäischen Rahmen für Cybersicherheitszertifikate, die zum Beispiel bei der Gesundheitskarte Anwendung finden könnten.

Deutschland unterstützt ein stärkeres gemeinsames Vorgehen, ist allerdings skeptisch, wenn es

um operationelle Tätigkeiten solcher Agenturen geht; denn es könnte sehr schnell passieren, dass nationale und europäische Aktionen nicht gut koordiniert werden. Das heißt, wir sagen zur Koordinierung Ja, zum operativen Eingreifen Nein. Aber darüber wird jetzt weiter beraten.

Meine Damen und Herren, wir werden auch darüber sprechen, wie wir die Informationen unserer nationalen Datenbanken in Europa besser miteinander vernetzen können. Damit wird dann unsere Fähigkeit, terroristische Anschläge frühzeitig zu vereiteln, bedeutend erhöht. Die Anschläge von Paris, Barcelona oder Berlin haben uns schmerzlich vor Augen geführt, dass der Kampf gegen den Terrorismus auch ein Wettlauf des Wissens ist. Es ist kein akzeptabler Zustand, dass wir Attacken nicht verhindern können, weil unsere IT-Systeme national und international nicht kompatibel sind. Daran muss gearbeitet werden.

Zudem soll in Europa die Löschung illegaler Inhalte wie von Terrorpropaganda auf Internetseiten deutlich vereinfacht werden, ohne jedoch – das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen – die Grundfreiheiten unserer Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Hier zeigt sich erneut: Europa ist nicht nur entschlossen, sondern zunehmend auch in der Lage, seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und damit eines seiner wichtigsten Versprechen, nämlich das Stabilitäts- und Sicherheitsversprechen, zu erfüllen.

Ein Stabilitätsversprechen haben wir auch für die Wirtschafts- und Währungsunion abgegeben. Ich sage ganz klar – ich glaube, viele von Ihnen spüren das auch –: In bewegten Zeiten wie diesen können wir froh sein, eine gemeinsame Währung in Europa zu haben, den Euro.

Gerade für uns Deutsche als eine der weltweit aktivsten Handelsnationen ist es von großem Wert, nicht als einzelnes Land dem freien Spiel globaler Finanzströme ausgesetzt zu sein. Es ist und bleibt ein Kernziel dieser Bundesregierung, die Stabilität und Kri-

senfestigkeit des europäischen Währungs- und Wirtschaftsraums weiter zu festigen. Dazu gehört die Stärkung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zur Bewältigung und Prävention von Krisen; dazu gehören aber auch Fortschritte bei der Bankenunion und die Frage von Haushaltsmitteln für die Euro-Zone.

Der französische Präsident Emmanuel Macron und ich sowie die Bundesregierung – in Person der Finanzminister von Frankreich und von Deutschland – haben dazu im Sommer gemeinsame Vorschläge gemacht. Beim morgen stattfindenden Euro-Gipfel werden wir uns zum Zwischenstand der Arbeiten berichten lassen, die in der Euro-Gruppe zur Stärkung der Währungsunion laufen. Entscheidungen stehen nicht an. Wir werden im Übrigen im sogenannten inklusiven Format tagen, das heißt zu 27, also auch mit den Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Raum angehören.

Für die Bundesregierung ist klar, dass am Ende das Gesamtpaket für eine Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion stimmen muss. Erst dann werden wir zustimmen können. Dabei gilt unverändert: In der Währungsunion bleibt jeder Mitgliedstaat zunächst selbst für seine Wirtschafts- und Haushaltspolitik verantwortlich. Jeder Staat des Euro-Raums steht in der Pflicht, für Stabilität zu sorgen und notwendige Reformen für seine Wettbewerbsfähigkeit zu ergreifen. Und das gilt gerade in wirtschaftlich guten Zeiten.

Zugleich sind wir – das haben wir schmerzhaft erfahren – in der Wirtschafts- und Währungsunion so eng miteinander verflochten, dass nationale Politik auch immer Auswirkungen auf die anderen Mitgliedstaaten haben kann. Stabile Haushalte sind eine wichtige Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in jedem einzelnen Land. Solide öffentliche Finanzen sind aber auch Voraussetzung für Vertrauen in die Währungsunion.

Dabei bleibt unser Wegweiser der Stabilitäts- und Wachstumspakt. Ich werde mich mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen, dass in Europa auch weiterhin das

Prinzip gilt: Verantwortung und Solidarität, Haftung und Kontrolle – das sind jeweils zwei Seiten derselben Medaille.

Meine Damen und Herren, die Krisenfestigkeit Europas gilt es nicht nur in der Wirtschafts- und Währungspolitik, sondern auch in der Migrationspolitik zu erhöhen. In den vergangenen Wochen und Monaten habe ich wie viele andere Mitglieder der Bundesregierung im Rahmen des Bürgerdialogs zur Zukunft Europas mit vielen Menschen intensiv über europapolitische Fragen und ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas diskutiert. Dabei wurde eines immer wieder ganz deutlich: Die Bürgerinnen und Bürger setzen in der großen Mehrzahl bei Flucht und

Migration nicht auf nationale Alleingänge, sondern auf europäische Lösungen, nicht auf Abschottung, sondern auf Zusammenarbeit, gerade weil sie auch den Raum der Freizügigkeit, den Schengen-Raum, schätzen und erhalten wollen.

Es ist daher richtig, das sich der anstehende Europäische Rat auch weiter mit der europäischen Zusammenarbeit in Flucht- und Migrationsfragen beschäftigt. Wir wollen gezielter gemeinsam gegen Schleuser vorgehen. Dazu soll Europol verstärkt mit Drittstaaten zusammenarbeiten, und wir wollen auch beim Schutz der Außengrenzen und bei Rückführungen gemeinsam besser werden. Wir werden zum Beispiel über ein gestärktes Mandat für Frontex beraten. Hier gibt es noch sehr unterschiedliche Vorstellungen unter den einzelnen Mitgliedstaaten. Wir werden es aber mit Sicherheit nicht schaffen – um keine falschen Erwartungen zu schüren –,

Fortsetzung auf nächster Seite

Für die Bundesregierung ist klar, dass das Gesamtpaket für eine WWU stimmen muss.

Wahlmanipulatoren und Cyberkriminelle machen vor Grenzen nicht halt.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.
www.bundestag.de/live/tv/index.html

über die faire Verteilung innerhalb der Europäischen Union zu sprechen. Das bleibt ein ungelöstes Thema.

Meine Damen und Herren, natürlich werden wir auch die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten weiter vertiefen. Hierzu habe ich bei meiner Afrika-Reise Ende August viele Gespräche geführt und wichtige Impulse mitgenommen. Auch die österreichische Präsidentschaft wird im Dezember noch einmal ein Treffen mit wesentlichen Akteuren aus Afrika durchführen.

Das Migrationsthema zeigt uns, dass nachhaltige Lösungen zu wichtigen Fragen nur gemeinsam und nur im Dialog mit den Staaten außerhalb Europas zu finden sind. Wir suchen den Dialog nicht nur mit den Staaten Afrikas, sondern natürlich auch mit allen strategischen Partnern. Deshalb bin ich froh, dass unmittelbar im Anschluss an den Europäischen Rat in Brüssel ein Europa-Asien-Gipfel stattfinden wird, der sogenannte ASEM-Gipfel. Dieser ASEM-Gipfel ist seit 20 Jahren ein bewährtes Forum für den Austausch zwischen Europa und Asien. 51 Mitgliedstaaten nehmen daran teil, 28 davon aus der Europäischen Union, gemeinsam mit der Schweiz und Norwegen. Auf der asiatischen Seite sind es 21 Staaten, darunter China – nach den USA der wichtigste Handelspartner der Europäischen Union – und Japan, mit dem wir Europäer ja erst im Juli ein wegweisendes Freihandelsabkommen unterzeichnet haben.

Wenn man sich diesen Gipfel anschaut, dann sieht man, dass die politischen Repräsentanten zwei Drittel der Weltbevölkerung, des Welthandels und der Weltwirtschaftsleistung vertreten. Das Motto des diesjährigen 12. ASEM-Treffens lautet: „Europa und Asien: globale Partner für globale Herausforderungen“. Ich glaube – das ist mir besonders wichtig –, dass wir mit diesem Gipfel ein Signal aussenden können für multilaterale Zusammenarbeit, für den festen Glauben daran, dass daraus Win-win-Situationen entstehen, und dass diese multilaterale Zusammenarbeit weiterentwickelt werden sollte. Dazu ist dieser Gipfel ein wichtiges Signal.

Die asiatischen Länder, mit denen wir uns treffen, China, Südkorea, Japan, sind natürlich Akteure, die in technologischer Hinsicht sehr innova-

tiv, dynamisch und damit auch unsere Wettbewerber sind. Deshalb war es, glaube ich, heute früh eine gute Nachricht, dass das Weltwirtschaftsforum Deutschland, was Innovationen angeht, auf Platz eins weltweit gesetzt hat. Das heißt nicht, dass wir selbstzufrieden sein können.

Wäre es Platz fünf, hätte die FDP das gleich erwähnt. Aber bei Platz eins?

– Ich finde, wir können uns gemeinsam freuen. Wir müssen sowieso noch besser werden, damit wir das halten – aber immerhin.

Auf jeden Fall: Wir wollen den ASEM-Gipfel auch nutzen, um unsere Kultur- und Wirtschaftsräume besser miteinander zu vernetzen und dadurch auch neue Chancen zu schaffen. Der Leitbegriff hierfür ist ja Konnektivität. Hier geht es zum Beispiel um bessere Flugverbindungen zwischen Europa und Asien oder auch um die Verknüpfung unserer digitalen Netze, aber auch darum, Menschen, Städte und Regionen stärker zusammenzubringen, um so neue Möglichkeiten und Impulse für Forschung, Bildung, Innovation oder Tourismus zu schaffen.

Denn es gilt, dass die EU auch handelspolitisch ein Signal für freie Märkte und gegen Protektionismus setzt. Deshalb freue ich mich, dass wir am Rande dieses Gipfels auch ein Freihandelsabkommen mit Singapur unterzeichnen werden.

Es gilt, dass die EU auch handelspolitisch ein Signal für freie Märkte setzt.

Meine Damen und Herren, der Europäische Rat wird sich schließlich einem Thema widmen, das sich die meisten von uns so nicht gewünscht haben, nämlich dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Er wird in weniger als sechs Monaten stattfinden. In den letzten Wochen und Monaten haben beide Seiten intensiv miteinander verhandelt. Beide Seiten haben auch guten Willen gezeigt. Beide Seiten haben sich aufeinander zubewegt. Der Chefunterhändler der EU, Michel Barnier, schätzt, dass mittlerweile für das Austrittsabkommen 90 Prozent des Textes stehen. Wir haben uns heute auch in der Bundesregierung in der sechsten Sitzung unseres Brexit-Ausschuss mit dieser Frage befasst. Aber wir müssen konstatieren, dass leider nach wie vor der Durchbruch in einer zentralen Frage nicht gelungen ist: Das ist die Frage der Zukunft der Grenze zwischen Irland und Nordirland. Hierbei geht es nicht nur um die Integrität des europäischen Binnenmarkts, sondern auch um den Erhalt des Karfreitagsabkommens, das vor 20 Jahren die Gewalt auf der irischen Insel beendet hat.

Jeder, der schon einmal internationale Verhandlungen geführt hat, weiß natürlich, dass das Schwierigste bekanntermaßen zum Schluss kommt. Die Tücke liegt hier sehr im Detail. Deshalb gilt es gerade jetzt, weiter auf der Grundlage unserer Prinzipien und vor allen Dingen auch in geschlossener Formation der 27 an einer überzeugenden Lösung für beide Seiten zu arbeiten.

Die Chance, rechtzeitig ein gutes und tragfähiges Austrittsabkommen hinzubekommen, ist nach wie vor da. Es liegt auch im Interesse unserer Beziehungen zu Großbritannien, im Interesse der Wirtschaft – gerade der europäische Automobilverband hat heute noch einmal einen Appell an uns gerichtet – und natürlich auch im Interesse der Menschen in unseren Ländern.

In einem nächsten Schritt wollen wir auch die künftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien auf eine neue Grundlage stellen. Unsere Grundgedanken, wie wir uns das vorstellen können, haben wir mit Großbritannien bereits besprochen. Aber darüber muss noch verhandelt werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal, wie schon häufig vorher, betonen: Ich wünsche mir, dass Großbritannien auch nach seinem Austritt ein enger und vertrauensvoller Partner Europas bleibt. Es hat Europa in den letzten Jahrzehnten mitgeprägt und -gestaltet: politisch, wirtschaftlich und auch kulturell. Zugleich gehört es selbstverständlich ebenso zu einer verantwortungsvollen und vorausschauenden Regierungsführung, dass wir uns auf alle Szenarien vorbereiten, das heißt einschließlich der Möglichkeit, dass Großbritannien ohne ein Abkommen die Europäische Union verlässt. Wir haben in der Bundesregierung begonnen, uns auch darauf angemessen vorzubereiten. Da stellt sich eine Vielzahl ganz konkreter Fragen, zum Beispiel: Wie behan-

deln wir am Tag nach dem Austritt die etwa Hunderttausend britischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die teilweise seit vielen Jahren in Deutschland leben? Wie behandeln wir zum Beispiel Lehrer mit britischer Staatsbürgerschaft, die heute einen Beamtenstatus haben, und wie kann das dann fortgeführt werden? Wie können wir unsere Behörden, gerade den Zoll, auf neue Aufgaben und Belastungen angemessen vorbereiten? Wie vermeiden wir Nachteile für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und für deutsche Unternehmen in Großbritannien?

Bei den Verhandlungen mit Großbritannien zu diesen und vielen weiteren Fragen muss immer klar sein, dass, auch wenn wir Härten vermeiden wollen, am Ende immer der Unterschied zwischen einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und einer Partnerschaft mit der Europäischen Union als Drittstaat deutlich werden muss und auch werden wird.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, dies sind die Themen des Europäischen Rates, des Euro-Gipfels und des ASEM-Gipfels von heute Abend bis Freitag. Wie Sie sehen, stehen diese Tage ganz im Zeichen großer Ereignisse, die im kommenden Jahr auf Europa zukommen werden. Auf diese wollen wir vorbereitet sein, und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Migrationsthema zeigt uns, dass Lösungen nur gemeinsam und im Dialog zu finden sind.

Großbritannien hat Europa in den letzten Jahrzehnten mitgeprägt und -gestaltet.



Containerschiffe wie hier im Hamburger Hafen verschiffen weltweit Handelswaren aus der Europäischen Union.

© picture-alliance/CHROMORANGE/BilderBox

Dr. Alice Weidel, AfD:

Die Entscheidung Großbritanniens akzeptieren



Alice Weidel (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Zur Desinformation, liebe Bundeskanzlerin, ein Wort: Sie haben den Bundesverfassungsschutzpräsidenten geschasst, weil er Ihrer Desinformation widersprochen hat, und haben damit gezeigt, was Sie für ein Demokratieverständnis haben.

Zum Brexit. Ich möchte zitieren: Ich kann nicht ausschließen, dass der britische Austritt Lust auf mehr machen würde in anderen Ländern. So EU-Kommissionspräsident Juncker im Mai 2016, wenige Wochen vor der Abstimmung über den Brexit. Dank solcher Aussagen war von Anfang an klar, wie die Marschrichtung der Kommission und auch die der Bundeskanzlerin aussehen würde: Statt das Ergebnis einer demokratischen Volksabstimmung eines

Partnerlandes in Demut zur Kenntnis zu nehmen und Selbstkritik zu üben, ist man sich in Brüssel sofort einig: Es muss ein Exempel statuiert werden. Großbritannien muss bestraft werden. Das ist Ihre Politik.

Daran ändert auch die nun beschlossene halbherzige Verlängerung der Übergangsfrist nichts; denn der Zugang zum Binnenmarkt ist für die Briten bereits jetzt eingeschränkt. Die Verhandlungsführung der Europäischen Union mit der zweitstärksten europäischen Volkswirtschaft ist unfair, ja, sie ist unverantwortlich.

Die EU-Bürokraten haben Angst. Ohne Drohgebärden lässt sich die Union anscheinend auch nicht mehr zusammenhalten. Und das haben ja auch Sie, Frau Bundeskanzlerin, in Ihrer Rede überdeutlich ausgedrückt: Parteien, die es wagen, zu widersprechen, werden sanktioniert. Vernunft spielt anscheinend grundsätzlich keine Rolle mehr. Gesinnungs- statt Verantwortungsethik, das ist Ihre oberste Handlungsmaxime.

Wenn die historisch gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und dem übrigen Kontinent leichtfertig destabilisiert werden, so wie Sie es tun, wenn kollektive Selbstschädigung betrieben wird, wird Europa

weltwirtschaftlich das Nachsehen haben. Das trifft vor allem Deutschland; denn Großbritannien ist einer unserer wichtigsten Handelspartner. Für diese Herausforderung brauchen wir Antworten – Antworten, die Sie bis heute, auch in Ihrer Rede, nicht geliefert haben. Wir hingegen sehr wohl.

Es ist im Interesse unseres Landes, dass der freie Warenaustausch mit dem Vereinigten Königreich sicher und auf Augenhöhe geregelt wird.

Auch muss für künftige Austrittskandidaten der Exit-Artikel 50 der europäischen Verträge reformiert werden. Das habe ich bereits vor dem Brexit gefordert.

Die Frage, was hinter der Ausgangstür kommt, muss doch klar definiert werden, und das passende Vertragsformat ist auch dafür bereits da: das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum, den EWR, von 1992. Garantiert sind hier die vier Freiheiten, die Freiheiten des Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs. Dabei müssen wir aber den Personenverkehr neu fassen. Wir brauchen einen freien Verkehr von Arbeitnehmern und

Selbstständigen, keinen freien Zugang in die Sozialsysteme.

Und in einer Haftungsgemeinschaft ohne Sperrminorität nach dem Brexit, in der am Ende Deutschland zahlt, ist kein Wettbewerb, kein erfolgreiches Wirtschaften mehr möglich. Das ordnungspolitische Prinzip von der Einheit von Handlung und Haftung wird verletzt und führt zur Fehlallokation von Kapital, so wie wir es heute sehen. Und deshalb brauchen wir eine neue Vorstellung von Europa, eine Rückbesinnung auf die individuellen Stärken. „Staatenbund statt Bundesstaat“ ist hier die Losung.

In einer erfolgreichen Gemeinschaft muss immer eine Widerspruchs- und Austrittsmöglichkeit angelegt sein, kurz: rote Karte oder Ausgangstür. Das heißt: Die Mitgliedstaaten müssen durch Vetorechte Veränderungen und Abweichungen herbeiführen oder bei Unveränderlichkeit der Regeln die Mitgliedschaft aufkündigen können. Das schafft Wettbewerb, einen Standortwettbewerb, einen Wettbewerb der besten Systeme, den wir so dringend brauchen.

Europa muss sich wieder auf die Grundprinzipien der Subsidiarität und der demokratischen Rechte nationaler Parlamente besinnen. Darum müssen der EU-Kommission im ersten Schritt die legislativen Hoheitsrechte entzogen werden. Roman Herzog hat sich bereits 2014 an Sie, Frau Bundeskanzlerin, gewandt und klar gefor-

dert: Wir brauchen Abwehrrechte der nationalen Parlamente gegen die Kompetenzüberschreitungen in Brüssel ...Leider sind die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten und Verfassungsrichters bei Ihnen auf taube Ohren gestoßen. Eine Chance für Europa wäre doch: „Subsidiaritätsrüge“, höre ich hier gerade, verbunden mit einem deutlichen Rückbau der EU, der Institutionen, die ja eben gerade den Standortwettbewerb behindern. Wie kann diese Reform aussehen? Ein Staatenbund mit gleichberechtigten Mitgliedern, die untereinander einen freien Handel organisieren, ohne Haftungsübernahmen und ohne Drohkulissen.

dert:

„Subsidiaritätsrüge“, höre ich hier gerade, verbunden mit einem deutlichen Rückbau der EU, der Institutionen, die ja eben gerade den Standortwettbewerb behindern. Wie kann diese Reform aussehen? Ein Staatenbund mit gleichberechtigten Mitgliedern, die untereinander einen freien Handel organisieren, ohne Haftungsübernahmen und ohne Drohkulissen.

Aber Sie machen genau das Gegenteil: Eine Fiskalunion durch Steuerharmonisierung, eine Sozialunion durch Einwanderung in die Sozialsysteme, die Vergemeinschaftung der Staatsfinanzierung durch die EZB sind keine Antworten für die Zukunft Europas, sehr geehrte Damen und Herren.

Die gewählten nationalen Parlamente brauchen ein klares Vetorecht gegenüber Brüsseler Vorgaben. Mitgliedstaaten müssen im Zweifel von EU-Vorgaben abweichen dürfen. Und ganz klar: Den nationalen, demokratisch gewählten Parlamenten gehört die Hoheit über die EU-Institutionen und nicht umgekehrt. Nur so hat Europa wieder eine Zukunft. So lässt sich bewahren, was Europa stets ausgemacht hat: eine Einheit in der Vielfalt zu sein.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Europa muss sich wieder auf die Grundprinzipien der Subsidiarität besinnen.

Andrea Nahles, SPD:

Wir brauchen mehr Europa, und zwar jetzt



Andrea Nahles (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Im Mai 2019 wird in Europa gewählt, und vor uns liegen mit Sicherheit entscheidende Monate für Europa. Vieles, was wir die letzten vier Jahre erlebt haben,

ist anders gelaufen, als wir uns das bei der letzten Europawahl gedacht haben. Die Nachwirkungen der Finanzkrise, Brexit, Flucht nach Europa, nicht zuletzt eine neue Politik der US-Regierung – all das hat die Tagesordnung in Europa komplett geändert. Vieles, was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir nicht umsetzen.

Manche versuchen, daraus jetzt etwas abzuleiten, nämlich: Die Zeit für Europa sei vorbei, man müsse jetzt am besten alles wieder in der nationalen Hütte, also in der nationalen Logik, lösen. – Ich sage: eine Verdrehung der Tatsachen. Finanzmarktkrise, Brexit, Flucht, Trump – diese Ereignisse sind kein Beleg für das Ende Europas oder das Scheitern

Europas. Das sind Ereignisse, die belegen: Das genaue Gegenteil ist notwendig; wir brauchen mehr Europa, und zwar jetzt.

Großbritannien spürt bitter, was es wirklich heißt, den Schutz der Europäischen Union zu verlieren. Wir können Großbritannien diese bittere Erfahrung und diesen Weg nicht ersparen. Es war nämlich nicht die EU, die Großbritannien aufgefordert hätte, auszutreten, sondern das, was wir jetzt haben, ist eine unausweichliche Konsequenz des Brexit. An der gemeinsamen Linie aller Mitgliedstaaten gibt es aus meiner Sicht nichts zu rütteln. Ich möchte es noch einmal klar sagen: Der freie Verkehr von Waren, von Dienstleistungen, von Personen und von Kapital –

das gehört nun mal zusammen. Einen Binnenmarkt à la carte für Großbritannien kann es nicht geben. Es darf keine Rosinenpickerei geben. Es darf kein anderes europäisches Land auch nur die Idee bekommen, dass das geht. An dieser Stelle ganz klare Unterstützung für die Verhandlungslinie der Europäischen Kommission!

An die Adresse Großbritanniens kann man nur sagen: Noch ist es nicht zu spät, um vernünftige Lösungen zu finden. Genau darüber reden wir ja in diesen Wochen. Wir wissen, wie schwierig die Grenzfrage in Bezug auf Irland und Nordirland ist; Frau Merkel hat darauf hingewiesen. Aber auch hier ist eine der wesentlichen Voraussetzungen, dass sich die britische Regierung bewegt; denn eines kann man nicht oft genug wiederholen: Es war Großbritannien, das alles hingeschmissen hat. Weil es um die Menschen geht, sind wir bereit, alles Menschenmögliche zu tun, um gute Lösungen zu finden. Es darf aber unter keinen Umständen Zugeständnisse geben, die zu-

lasten der Bürgerinnen und Bürger im Rest von Europa gehen. Das geht auch nicht. Dabei meine ich vor allem: Zukünftige Handelsabkommen Großbritanniens dürfen nicht – auch nicht über die Grenze Nordirlands – die Standards europäischer Handelsabkommen unterlaufen. Das ist aus meiner Sicht keine Option.

Damit bin ich beim zweiten Thema des Gipfels: Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das ist ein Dauerthema, weil es so besonders wichtig ist. Die Entscheidungen stehen für Dezember an. Danach wird es Monate dauern, bis sich alles konstituiert hat, und es wird erstmal keine Möglichkeiten geben, voranzukommen. Ich bitte daher, diesen Gipfel wirklich ernsthaft zu nutzen, um eine Vertiefung voranzutreiben und beispielsweise im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion Fortschritte zu erreichen. Das Zeitfenster für Einigungen schließt

Fortsetzung auf nächster Seite

sich nämlich, und wir wollen, dass wir jetzt handlungsfähig sind. Das war einer der wichtigen Gründe, warum wir diese Regierung unterstützt und gebildet haben. Deutschland und Frankreich haben in diesem Sinne in Meseberg eine gemeinsame Marschrichtung entwickelt. Das finde ich wichtig; man sollte auch weiterhin zusammenarbeiten.

Der Ausbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus und seine Weiterentwicklung zum Europäischen Währungsfonds sollten bis Jahresende vorankommen. Wir setzen damit auch darauf, dass Wirtschaftskrisen – wir können nicht sicher sein, dass es in Zukunft nicht wieder welche gibt – schneller und besser gelöst werden können als die Finanzkrise 2008.

Darum geht es dabei. Wir brauchen weitere Schritte zur Stärkung der Bankenunion und zum Abbau der Risiken in den Bankenbilanzen. Ich bin deswegen Bundesfinanzminister Olaf Scholz dankbar, dass Bewegung in die Verhandlungen gekommen ist und dem Europäischen Parlament jetzt etwas vorliegt. Das zeigt, dass man in Europa schwierige Themen in schwierigen Zeiten erfolgreich voranbringen kann. Das sollte uns Mut machen für die Klärung anderer Fragen.

Aus meiner Sicht brauchen wir Klarheit: Ohne den Euro wären wir vollständig von der US-Geldpolitik abhängig; mit dem Euro sichern wir uns die Handlungsfähigkeit, die wir brauchen. Je besser

die Regeln – und das ist für mich die Grundlogik – hinter dem Euro sind, desto stabiler wird der Euro sein und desto besser können wir zukünftige Krisen bewältigen. Das ist der Zusammenhang, um den es geht. Ich weiß, wenn die Leute „Bankenunion“, „Bankenbilanzen“ usw. hören, dann sind sie skeptisch. Nein, es geht um die Frage, ob wir autonom und selbstbestimmt in Europa Finanz- und Geldpolitik machen und zukünftig in Krisen selbstständiger und autonomer agieren können. Das ist der Kern, worum es in Europa geht.

Wir werden auch – das steht jetzt an – ausbuchstabieren müssen: Was heißt das jetzt genau: Wirtschafts- und Finanzpolitik? Das heißt für mich zum Beispiel auch Investitionsbudget. Das heißt für mich auch ein Stabilisierungsfonds für Arbeitslosenversicherung. Das heißt für mich auch eine Besteuerung von digitalen Wirtschaftsunternehmen. Das ist eine wichtige Frage, die geklärt und vorangetrieben werden muss. Die letzte große Krise hat sich vor allem auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger abgespielt, übrigens am wenigsten noch in Deutschland, aber in allen anderen europäischen Ländern. Viele spüren die Auswirkungen bis heute. Wir müssen bei der nächsten Krise so aufgestellt sein, dass die Milliarden in die Rettung

von Arbeitsplätzen und nicht in die Rettung von Banken fließen. Deswegen verhandelt Olaf Scholz einerseits über die europäische Arbeitslosenversicherung und andererseits über die Bankenunion. Das ist der Zusammenhang. Wir müssen beides hinbekommen; nur eines davon reicht nicht.

Es ist vollkommen klar, dass das alles nicht einfach ist, und sicher werden wir im Dezember nicht alles, was ich vorgebracht habe, verabschieden können. Aber worauf es für mich ankommt, ist: An Deutschland dürfen die Verhandlungen in dieser wichtigen Phase nicht scheitern.

Ohne den Euro wären wir vollständig von der US-Geldpolitik abhängig.

Wir müssen handlungsfähig und abschlussfähig sein. Deutschland muss bei diesen Verhandlungen zusammen mit Frankreich die Lokomotive sein.

Zur Stärkung unserer Autonomie und Handlungsfähigkeit gehört auch eine gute Partnerschaft mit Asien. Wir haben größtes Interesse daran, mit den asiatischen Staaten in einen regelbasierten internationalen Welthandel innerhalb der Weltordnung zu kommen. Ich begrüße es daher sehr, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs mit den asiatischen Kollegen zum Europa-Asien-Gipfel zusammenkommen, auch mit China. Ja, das ist das Gegenteil von Handels-

krieg. Das ist eine internationale Politik, von der alle Beteiligten profitieren können. So muss es sein und nicht so, dass man sich mit Strafzöllen und Handelskrieg gegenseitig das Leben schwer macht.

Die österreichische Ratspräsidentschaft hat sich, wie Sie wissen, einen Schwerpunkt gesetzt: die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit Europas. Mit den bislang erzielten Fortschritten kann man beim besten Willen nicht zufrieden sein – das ist eine Zwischenbilanz –; daran muss dringend weitergearbeitet werden. Kooperation und Zusammenarbeit sind gerade in Fragen der Sicherheitspolitik von entscheidender Bedeutung.

Da es in den anstehenden Beratungen übrigens auch um Cybersicherheit geht, möchte ich in diesem Haus einen Punkt besonders hervorheben: Dass wir heute einen US-Präsidenten haben, der offen die Spaltung Europas vorantreiben will, hat auch mit massiven Lecks in der Cybersicherheit zu tun. Der US-amerikanische Wahlkampf ist massiv durch rechtswidrigen Umgang mit Daten beeinflusst worden. Das darf bei den Wahlen zum Europäischen Parlament nicht passieren. Wir müssen unsere demokratischen Entscheidungsprozesse vor

rechtswidriger Einflussnahme von innen und außen schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein starkes Europa ist gut für die Bürgerinnen und Bürger, ein schwaches Europa – das ist meine tiefste Überzeugung – ist schlecht für die Bürgerinnen und Bürger; denn nur mit einem starken Europa können wir heute das leisten, was wir als Bürgerinnen und Bürger von einem handlungsfähigen Staat insgesamt erwarten dürfen. Europa bedeutet Schutz, Europa bedeutet auch Selbstbehauptung, Europa bedeutet neue Perspektiven in unsicheren Zeiten. Deswegen wird diese Europawahl nicht irgendeine Wahl sein. Es geht um nichts weniger als um die Zukunft eines friedlichen, eines weltoffenen, eines auf Kooperation und wechselseitiges Unterhaken und Stärken ausgerichteten und eines wirtschaftlich starken Europas. Das wird in unserem Land von innen angegriffen, und es wird leider auch von vielen von außen angegriffen. Deswegen ist das eine der wichtigsten Europawahlen, und es lohnt sich, auf der Strecke dahin noch möglichst viel gemeinsam herauszuholen. In diesem Sinne wünsche ich den Beratungen viel Erfolg.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Christian Lindner, FDP:

Die Bundesregierung braucht einen Brexit-Beauftragten



Christian Lindner (* 1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Frau Bundeskanzlerin, wissen Sie, was mir an Ihrer Regierungserklärung am besten gefallen hat? Dass Ihr erster Gedanke beim Wort „Innovation“ FDP war. Überhaupt sind Sie sehr gelöst aufgetreten. Man hat den Eindruck: Kaum ist Horst Seehofer nicht im Raum, läuft hier alles ein

klein wenig smoother ab.

Sie haben über einige Fragen gesprochen, zu denen ich uns gerne positionieren will:

Erstens: die Fairness bei der Wahl zum Europäischen Parlament und die Cybersicherheit. In den Zielen stimmen wir überein. Auch wir wollen, dass diese für unseren Kontinent so wichtige Wahl unter fairen, unter demokratischen Bedingungen abläuft. Dafür können wir aber auch in Deutschland Voraussetzungen schaffen. Wir müssen in Deutschland dafür sorgen, dass das Geschäftsmodell des Qualitätsjournalismus weiter funktioniert. Hubertus Heil hat alles Mögliche aus dem Koalitionsvertrag bereits in Angriff genommen; diese Passage ist bislang noch nicht bearbeitet. Und wenn wir über demokratische Wettbewerbsgleichheit sprechen, frage ich Sie: Warum haben

Sie die Reform des Parteiengesetzes nur genutzt, um mehr Geld in den Topf zu tun, und nicht, um die Transparenz zu erhöhen? Das wäre im Sinne der demokratischen Wettbewerbsgleichheit auch notwendig gewesen.

Zweitens: die Wirtschafts- und Währungsunion. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken; wir wollen sie krisenfest machen. Nicht das, was die AfD sagt, dient den Interessen der deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Nur eine Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion, eine Stärkung ihrer Regeln führt dazu, dass die Europäische Zentralbank ihre Geld- und Zinspolitik normalisiert. Über eine Re-

Nur eine Stärkung der WWU führt zur Normalisierung der Geldpolitik der EZB.

form der Währungsunion – nur darüber – stoppen wir die Enteignung der Sparerinnen und Sparer in Deutschland. Das muss also in Angriff genommen werden.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben zu diesem Thema aber exakt das Gleiche – ich werde im Protokoll nachschauen, ob nicht sogar dasselbe – gesagt wie in den letzten Regierungserklärungen. Dabei hat sich die Lage fundamental verändert. Die Vorschläge aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD – inklusive des Meseberg-Beschlusses – sind doch längst tot. Zwei Drittel des Ecofin haben sich dagegengestellt. Der neugewählte Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Kollege Brinkhaus, hat noch in seiner alten Funktion ein Fachpapier vorgelegt, das diametral eine andere Tonalität hat als all das, was im Koalitionsvertrag steht. Herr Brinkhaus, ich bin sehr gespannt, was Sie hier gleich sagen. Wir werden das mit Ihrem Papier vergleichen: Prägt der Mann das Amt oder das Amt

den Mann? Das werden wir gleich erleben, und das werden wir genau nachzeichnen.

Fundamental verändert sich also etwas im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion. Und dann kommt hier heute der Bundesfinanzminister, stellt Gedanken über eine europäische Arbeitslosenversicherung an und sagt, darüber verhandele er. Wir haben das in der letzten Zeit ja öfter erlebt: Herr Scholz sagt etwas zum Thema Rente, und aus der Koalition heißt es, das habe keine Aussicht darauf, umgesetzt zu werden. Herr Altmaier erzählt irgendetwas zum Thema Solidaritätszuschlag; einen Tag später ist das aus der Welt. Jetzt kommt also die europäische Arbeitslosenversicherung von Herrn Scholz. Und was passiert?

Nicht nur das gesamte Verbände-Deutschland, sondern auch der Koalitionspartner sagt zu diesem Gedanken: Mit uns nicht.

Richtig ist der Reflex der Unionsfraktion; denn die Verantwortung für den Arbeitsmarkt darf nicht gelöst werden von der Verantwortung für die Standortbedingungen, also für das wirtschaftspolitische Umfeld. Deshalb ist es

ein falscher Weg, den Sie beschreiten. Sie haben dafür nur von den Grünen Applaus bekommen. 11,4 Milliarden Euro stehen im Raum, die überwiesen und in einen Topf gezahlt werden sollen, von dem man nicht weiß, was damit finanziert werden soll. Der Publizist Gabor Steingart schreibt dazu heute Morgen: Mit solchen Vorschlägen versucht die SPD offenbar, die Wahl in Griechenland zu gewinnen.

Frau Bundeskanzlerin, auch zu Italien haben wir nichts gehört. Wie kann man – wie Andrea Nahles – über die Vertiefung der Bankenunion sprechen, das heißt letzten Endes über die Übernahme von Haftungsrisiken für private Banken in Italien durch Deutschland? Wie kann man darüber sprechen? Frau Nahles, Ihre Partei hat einmal in einem Europawahlkampf plakatiert: „Finanzhaie würden FDP wählen“. Heute, nach Ihrer Rede, kann man sagen: „Finanzhaie würden SPD wählen“, weil Sie am langen Ende mit dem Geld

der Steuerzahler private Banken in Italien raushauen wollen. Herr Finanzminister, ich hätte von Ihnen oder von der Bundeskanzlerin etwas anderes erwartet, dass Sie nämlich hier und heute klipp und klar sagen, dass Sie sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die Europäische Kommission ein Defizitverfahren gegen die links/rechtspopulistische Regierung in Rom einleitet, weil die Fiskalregeln durchgesetzt werden müssen. Das wäre der richtige Schwerpunkt gewesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach aktuellen Gutachten benötigen Sie für all das, was Sie in der Wirtschafts- und Währungsunion auf europäischer Ebene verabschieden wollen, eine Zweidrittelmehrheit in diesem Haus, die die Große Koalition nicht hat. Das ist eine besondere Verantwortung, auch für die parlamentarische Opposition. Deshalb will ich Ihnen für meine Fraktion sagen: Selbstverständlich begleiten wir das alles konstruktiv. Für uns ist aber wichtig, dass die finanzpolitische Eigenverantwortung der Mitglieder der Eurozone erhalten bleibt. Wir können uns gut vorstellen, realwirtschaftliche Investitionen in Europa in private, innovative Projekte, die Arbeitsplätze schaffen, oder in die Verbesserung der regionalen Infrastruktur mit zu unterstützen, am besten aus einem Posten des Etats der Europäischen Union. Aber ein europäischer Währungsfonds darf nicht zu einem Dispo- kredit für Regierungen wie die in

Rom werden, die, wie aktuell, offen Geld verschenken wollen, nur um der Europäischen Union eine lange Nase zu drehen. Wenn wir einen Europäischen Währungsfonds unterstützen, Frau Bundeskanzlerin, dann nur, wenn die finanzpolitische Eigenverantwortung gestärkt ist, die Fiskalregeln klarer durchgesetzt werden und bei möglichen Programmen die privaten Gläubiger von Staatsanleihen auch an den notwendigen Umschuldungen beteiligt werden, damit Risiko und Haftung zusammenbleiben.

Drittes Thema: Migration. Seit Ihrer letzten Regierungserklärung, seit der Koalitionskrise, seit dem Europäischen Rat hat sich nichts verändert. Zum EU-Gipfel in Salzburg muss man sagen: außer Spesen nichts gewesen. Die bilateralen Abkommen, die die Bundesregierung geschlossen hat, führen entweder zu nichts oder dazu, dass wir noch mehr Menschen aufnehmen müssen aufgrund der Familienzusammenführung.

Sie haben hier über den Schutz der europäischen Außengrenzen gesprochen. Ihr Parteifreund Orban hat doch gesagt, Frontex und einer Stärkung von Frontex stelle er sich entgegen, weil er keine Söldner in Ungarn sehen wolle. Ich habe nicht gehört, dass Sie Herrn Orban in dieser Frage kritisiert hätten. Die klare Ansage muss doch sein, Frau Bundeskanzlerin: Wir wollen Frontex stärken. Und wenn ein Mitglied der Europäischen Union wie Ungarn daran nicht teilnehmen will,

dann wird das Ungarn Herr Orban eben nicht mehr an Schengen teilnehmen können. Frontex und Schengen gehören zusammen. Wenn er Frontex nicht will, dann kann er auch nicht bei Schengen bleiben. Erhöhen Sie also mal den Druck! Keine falsche Rücksichtnahme!

Wo sind die Ausschiffungsplattformen? Gehen Sie das mit beispielsweise Spanien, Portugal und Italien doch bilateral an, wenn es keine Einigung in Europa gibt.

Und nicht zuletzt: Nutzen Sie doch, bitte schön, als Regierungskoalition die Möglichkeiten, die wir in Deutschland haben. Wir könnten doch in Deutschland die Fallzahlen signifikant reduzieren, wenn wir in den Maghreb-Raum endlich leichter abschieben könnten, und zwar indem wir die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern machen. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag hat genau das gefordert: Die Maghreb-Staaten sollten sichere Herkunftsländer werden, und die Bundesregierung will das ja auch. Nun hat Herr Schäfer-Gümbel in Hessen gesagt, die CDU/CSU würde eine Abstimmung darüber vertagen, hinter die Landtagswahl in Hessen, weil sie die Grünen im Wahlkampf schonen wollte. Ich kann Ihnen nur sagen: Wie viele Bälle wollen Sie denen noch zuspiesen, dass die etablierten Parteien nicht in der Lage sind, offensichtliche Probleme zu lösen? Herr Schäfer-Gümbel hat recht.

Zum vierten Punkt: ASEM-Gipfel. Frau Merkel, ich begrüße das Bekenntnis zum Freihandel; aber bitte nicht nur in Singapur. Ratifizieren Sie hier CETA! Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass in Ihrer Regierungserklärung und

auf der Agenda des ASEM-Gipfels ein Wort noch auftaucht. Wissen Sie, welches Wort? Klimaschutz.

Warten Sie mal ab! Das ist genau die Reaktion, die ich erwartet habe. Dafür habe ich ein Wort: Klimanationalismus ist das. Wenn man die Erderwärmung stoppen will, reicht es nicht, in Deutschland über einen Braunkohleausstieg nachzudenken, der physikalisch und ökonomisch gar nicht so leicht zu realisieren ist.

Eine Menschheitsaufgabe global anzugehen, dazu gehört, dass man auf solchen Gipfeln darüber spricht, wie die Rodung von Regenwald verhindert werden kann, wie stattdessen aufgeforstet wird und welche technologischen Möglichkeiten wir haben, dort erneuerbare Energien in den Markt zu bringen, wo sie wirklich physikalischen Nutzen stiften.

Herr Präsident, ich klau dem Kollegen Lambsdorff noch eine Minute. – Fünfter und letzter Punkt: der Brexit. Wir müssen uns darauf einstellen, dass es zu einem harten Brexit kommt. Wir bedauern das sehr, aber es sieht so aus, als wenn es in Großbritannien im Parlament eine Mehrheit nicht gibt. Das ist bedauerlich; denn damit ist ja ein Stück Selbstschädigung des Vereinigten Königreichs verbunden. Das ist übrigens das Ergebnis Ihrer Freunde von UKIP – typischer Populismus: erst mit Demagogie Entscheidungen herbeiführen und dann, wenn alles in Trümmern liegt, sich vom Acker machen wie UKIP und Farage –; in Großbritannien sehen die Menschen das.

Es wird also möglicherweise einen harten Brexit geben. Und die Bundesregierung ist genauso paralysiert wie die Regierung in Großbritannien. Wir stellen eine Große Anfrage, und Sie sagen: Wir können sie erst im Mai 2019, nach dem Brexit, beantworten. – Das reicht nicht, Frau Merkel. Herr Barnier hat die nordrhein-westfälische Landesregierung von CDU und FDP gelobt, die einen Brexit-Beauftragten hat. Wer ist der Brexit-Beauftragte der Bundesregierung? Wer kümmert sich in der Bundesregierung beispielsweise darum, dass das London Clearing House, eine wichtige Abwicklungsstation für derivative Finanzprodukte, nicht

nach Paris geht, sondern den Finanzplatz Frankfurt stärkt? Herr Scholz, es ist bemerkenswert, dass Sie sich darum kümmern wollen. Als Brexit-Beauftragter hätte ich von Ihnen nicht Papiere über eine europäische Arbeitslosenversicherung erwartet, sondern dass Sie die Zollbehörden auf den Brexit vorbereiten, um die Bürokratiekosten zu reduzieren, indem die Verfahren abgestimmt und digitalisiert werden. Wo ist denn da was auf den Weg gebracht? Herr Scholz, das, was ich von Ihnen kenne, ist nur eines: Die Steuer- und Finanzverwaltung wird auf den Brexit vorbereitet, damit dem Fiskus ja kein Euro entgeht. Das allein reicht aber nicht.

Ein letzter Gedanke. Frau Bundeskanzlerin, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem, wie die AfD hier argumentiert hat, will sie einen Rabatt für Großbritannien beim Ausscheiden. Das kann nicht sein; das ist gegen die Interessen des deutschen Steuerzahlers. Das ist für Farage und UKIP gut, aber nicht für die Bundesrepublik Deutschland. Auf der anderen Seite wollen wir aber auch keine Strafe. Wir wollen einen fairen Brexit, so schwer er auch ist. Vor allen Dingen wollen wir, dass nach diesem Brexit das Band zu Großbritannien nicht zerreißt. Sie müssen also über Städtepartnerschaften, über kulturellen Austausch und über wirtschaftlichen Austausch sprechen. Das Ziel muss sein – und das erreichen Sie nicht mit einer so nüchternen Analyse wie die Ihre, Frau Merkel –, dass die Kinder derer, die heute in Brüssel und London über den Austritt des Vereinigten Königreichs verhandeln, irgendwann wieder über den Beitritt der Briten zur Europäischen Union verhandeln. Das geht nicht so nüchtern.

Wir müssen uns darauf einstellen, dass es zu einem harten Brexit kommt.

Die Magreb-Staaten sollten zu sicheren Herkunftsländern gemacht werden.



Zwei Anti-Brexit Aktivisten setzen auf einer Brücke nahe Kent im Südosten Englands ein Zeichen gegen den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Grant Falvey

(Beifall bei der FDP)

Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

Europa ist ein Friedensprojekt



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Wenn ich mir meine Vordner so anhöre, dann wünsche ich mir, dass wir uns hin und wieder auch einmal die Zeit nehmen, uns über das Glück, dass wir dieses Europa haben, zu freuen, anstatt uns immer nur die Sorgen zu erzählen.

Ich kann Ihnen eines sagen: Wir werden in den nächsten Wochen den 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkrieges begehen, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem der Zweite Weltkrieg gefolgt ist und in dem keine Familie in Mittel-, Ost- und Westeuropa nicht mindestens einen Angehörigen verloren hat. Dass das nicht wieder passiert, ist das Verdienst dieses großen Friedensprojektes Europa. Deswegen werde ich, soweit es sich irgendwie anbietet, jede meiner Reden zu Europa damit eröffnen, dass Europa an erster Stelle ein Friedensprojekt ist, an zweiter Stelle ein Friedensprojekt ist und an dritter Stelle ein Friedensprojekt ist und dass wir uns gar nicht oft genug sagen können, wie wichtig das ist, anstatt uns hier bei allen Sorgen und Nöten, die es tatsächlich gibt, gegenseitig zu befeuern.

Meine Damen und Herren, Europa ist aber nicht nur ein Friedensprojekt. Europa ist auch das größte und erfolgreichste wirtschaftspolitische Projekt, das wir je zustande gebracht haben, und dabei spreche ich nicht nur vom Binnenmarkt. Wir können uns darüber streiten, ob 17, 18, 19 oder 20 Prozent unserer Arbeitsplätze dranhängen. Wir wissen aber eines: Ohne diesen Binnenmarkt würden Menschen ohne Arbeit dastehen, würden Hallen leer stehen und hätten wir auch nicht die

Steuereinnahmen und den Wohlstand, womit wir uns viele Dinge leisten können, die uns allen hier in diesem Haus wichtig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Europa ist im wirtschaftlichen Bereich nicht nur ein Binnenmarktprojekt. Wir sind die größte Handelsmacht der Welt. Wie wichtig das ist, haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten gesehen. Es wäre sonst gar nicht möglich, dass sich alle asiatischen Regierungschefs mit Deutschland alleine treffen. Wie dringend notwendig das ist, sehen wir doch angesichts der expansiven – einige sagen: aggressiven – Politik von China. Hier müssen wir als Europäer doch zusammen dagegenhalten.

Die Bundeskanzlerin hat es gerade angesprochen: Wir schließen ein Freihandelsabkommen mit Singapur ab. Ich kann für meine Fraktion nur eines sagen: Wir lieben gutgemachte Freihandelsabkommen und werden uns dafür einsetzen, dass diese Freihandelsabkommen zusammen mit unseren europäischen Freunden weiter abgeschlossen werden, weil das der Weg ist, wie wir den Wohlstand in Deutschland sichern.

Wir werden natürlich die Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln, aber wir nehmen uns auch die Freiheit, den einen oder anderen Vorschlag aus Brüssel oder Frankreich zu kritisieren; denn wenn wir ein gutes Europa wollen, dann müssen wir uns konstruktiv-kritisch damit auseinandersetzen und dürfen nicht alles mitmachen, was vorgeschlagen wird, weil zumindest aus unserer Sicht auch in der

Vergangenheit nicht alles vernünftig und richtig war. Als deutsches, als nationales Parlament ist es unsere Aufgabe, darauf zu achten.

Europa ist aber auch – das haben wir ebenfalls in den letzten Jahren gelernt – ein Projekt, das eine gemeinsame Lösungsplattform für uns alle bietet, eine Lösungsplattform für Probleme, die wir nicht alleine lösen können. Das sind Großforschungsprojekte, der Klimaschutz und der Umweltschutz. Das lässt sich nicht an nationalen Grenzen aufhalten.

Es gibt zwei wichtige Themen, die wir auf dem bevorstehenden Gipfel besprechen werden. Das ei-

ne Thema ist die Migration. Es ist doch völlig klar, dass eine Strategie zur Vermeidung von Flucht- und Migrationsursachen nicht alleine von Deutschland verfolgt werden kann. Das müssen wir zusammen in Europa machen. Es ist doch völlig klar, dass der Schutz unserer Außengrenzen gemeinsam von allen europäischen Staaten organisiert werden muss. Es ist doch völlig klar, dass die gerechte Verteilung der Lasten durch Flucht und Vertreibung nur europäisch organisiert werden kann.

Nun kann man sagen: Das alles dauert so lange; Fortschritte werden nicht schnell genug erzielt. – Eine kleine Rückblende, 104 Jahre zurück, 1914: Wie froh wäre man damals gewesen, wenn kleine Fortschritte hätten gemacht werden können! Wie froh wäre man gewesen, wenn man ein Forum, wie wir es in Brüssel haben, gehabt hätte, bei dem sich 26, 27 bzw. 28 Staats- und Regierungschefs darauf einigen, dass man lieber langsam etwas zusammen macht, als dass man etwas gegeneinander macht.

Vor diesem Hintergrund bleibe ich dabei: Trotz all der Probleme, die wir haben, ist Europa ein großartiges Friedensprojekt, ein großartiges Wirtschaftsprojekt und ein großartiges Problemlösungsprojekt. Es ist unsere Aufgabe, dieses Europa nicht zu bekämpfen, es nicht kleinzumachen, sondern es jeden Tag in sehr kleinteiliger Arbeit zu verbessern.

Natürlich läuft nicht alles gut. Über ein anderes Thema werden wir auf dem bevorstehenden Gipfel ebenfalls reden. Das ist der Brexit. Das war für uns eine schmerzhaft Entscheidung der Briten. Natürlich müssen wir uns täglich fragen: Wie konnte es dazu kommen? Was haben wir falsch gemacht, und was können wir besser machen, damit so etwas nicht noch einmal passiert? Aber eines ist auch richtig: Wir müssen und werden die Entscheidung des britischen Volkes respektieren. Das ist jetzt so. Auch wenn es am Ende nur Verlierer gibt, müssen wir jetzt das Beste daraus machen.

Wie machen wir das? Dazu fünf Punkte: Der erste Punkt. Wir sollten dabei fair bleiben. Wir haben den Briten hier in Deutschland sehr viel zu verdanken. Die Briten waren in den meisten Fällen ein sehr verlässlicher Partner und haben meistens an unserer Seite des Verhandlungstisches in Brüssel gesessen. Deshalb werden wir wei-

terhin eine Verhandlung unter Freunden führen.

Der zweite Punkt. Es ist natürlich besser, wenn wir einen Konsens erzielen. Wir werden hart daran arbeiten, einen Konsens herzustellen.

Der dritte Punkt. Es wird keinen Konsens um jeden Preis geben. Das wurde hier schon mehrfach gesagt – auch von Herrn Lindner –: Wir können nicht zulassen, dass es einen Rabatt oder eine Rosinenpickerei gibt. Das geht nicht. Wer die europäischen Vorteile genießt, muss auch die europäischen Lasten tragen; das ist überhaupt keine Frage. Wir sind auch ziemlich kompromisslos bei unseren Grundfreiheiten. Auch das ist überhaupt keine Frage.

Wir müssen immer – das ist der vierte Punkt – an unsere Verantwortung gegenüber Nordirland denken. In Nordirland gibt es eine mehr als hundertjährige Geschichte von Gewalt, Tod und Terror. Diese ist durch das Karfreitagsabkommen beendet worden. Wir müssen ganz genau aufpassen, dass die Brexit-Verträge nicht dazu führen, dass diese Geschichte wiederauflebt. Hier haben wir eine große Verantwortung. Ich bin froh, dass alle Redner das so erwähnt haben. Damit werden wir sehr achtsam und vorsichtig umgehen.

Der fünfte Punkt. Es gibt ein Leben nach dem Brexit, auch ein Zusammenleben mit dem Vereinigten Königreich. Wir arbeiten in vielen Projekten in den Bereichen Bildung und Forschung, aber auch bei der Verteidigung zusammen. Frau von der Leyen, ich bin sehr froh, dass Sie zusammen mit Ihrem britischen Kollegen gerade in den letzten Wochen bewusst das Zeichen gesetzt haben, dass die beiden Armeen weiterhin gemeinsam in Deutschland üben und zusammenarbeiten. Ich teile Ihre Vorstellung, Herr Lindner – auch wenn das momentan unrealistisch

erscheint –: Die Tür zur Europäischen Union muss für das Vereinigte Königreich offen bleiben.

Nun sollten wir vielleicht noch ein bisschen über unsere Rolle im Gipfelkonzert der europäischen Politik reden. Ich habe manchmal das Gefühl – das sage ich ganz selbstkritisch –, dass wir in zwei Paralleluniversen leben: Da gibt es Brüssel; hier gibt es den Deutschen Bundestag als nationalen

Gesetzgeber. – Das ist nicht so vorgesehen. Wir haben durch den Vertrag von Lissabon, durch das Grundgesetz und auch durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als Deutscher Bundestag ziemlich viele Pflichten und Rechte. Diese sollten wir mehr nutzen.

Wir haben die Pflicht, unsere Regierung im Rat zu kontrollieren. Wir haben das Recht zur Stellungnahme und zur Mitwirkung an europäischen Rechtssetzungsprozessen. Wir haben das Instrument der Subsidiaritätsrüge, das wir wohl gar nicht so oft nutzen, wie wir es vielleicht nutzen könnten. Und wir haben natürlich die Souveränität über den Haushalt. Die haben wir allerdings weidlich genutzt und auch richtig genutzt.

Ich kann uns alle nur dazu ermuntern und aufrufen, dass wir uns als nationales Parlament nicht als die anderen begreifen, sondern dass wir uns als integralen Inhalt und Bestandteil des europäischen Rechtssetzungsprozesses begreifen und dass wir deswegen noch viel öfter über Europa reden, als wir das derzeit tun.

Zum Schluss möchte ich drei Wünsche äußern.

Erster Wunsch: Ich wünsche mir, dass wir Europa nicht immer nur auf die Finanzfragen reduzieren und uns nicht darauf beschränken, uns neue Töpfe zu überlegen, mit denen wir noch einmal Geld verteilen können. Obwohl das so einfach ist, soll-

Ich wünsche mir, dass wir Europa nicht immer nur auf die Finanzfragen reduzieren.



Europäische Tradition: Im Park des Schlosses Schönbrunn in Wien findet seit 2004 das Konzert für Europa statt. © picture-alliance/Günther Pichlkostner

ten wir dieser süßen Versuchung widerstehen und uns mehr den Sachfragen zuwenden, die wirklich wichtig sind – Migration, äußere und innere Sicherheit, gemeinsame Bildung, Erasmus und viele andere Sachen. Dadurch würden wir die Akzeptanz von Europa nachhaltig steigern. Es ist allemal besser, Lösungen zu finden, als Probleme mit Geld zuzuschütten.

Zweiter Wunsch: Ich wünsche mir, dass die Geschichte von

Europa zukünftig nicht mehr von Politikern, Beamten, Journalisten oder Wissenschaftlern erzählt wird, sondern dass sie emotional von denjenigen erzählt wird, die Europa groß gemacht haben und die von Europa profitiert haben. Es geht – ich habe das hier schon einmal gesagt – um meinen deutschen Studienfreund, der im Erasmus-Programm seine schwedische Frau kennengelernt hat und heute eine europäische vielsprachige Familie hat, die in ganz Europa lebt. Es geht um den est-

nischen Softwareingenieur, der durch die Förderung der Europäischen Union ein Start-up in Tallinn nun aufbauen konnte und im Gegensatz zu seinen Eltern und Großeltern Zukunft hat. Es geht auch um die alte Frau, die ich auf Vertriebenen-Veranstaltungen gesehen habe, die von den Schrecken ihrer Kindheit und ihrer Jugend, von Gewalt, Flucht und Vertreibung gezeichnet ist und uns erzählen kann, dass wir durch diese Europäische Union seit 70 Jahren in Frieden leben,

meine Damen und Herren.

Dritter Wunsch: In den 50er-Jahren sind europäische Staatsmänner – der Italiener de Gasperi und die Franzosen Monnet und Schuman – in einer ganz schwierigen Situation, obwohl sie überhaupt keinen Grund dazu gehabt haben und obwohl es viel Widerstand in der eigenen Bevölkerung gab, auf Konrad Adenauer zugegangen und haben gesagt: Wir müssen in Europa gemeinsam etwas machen. Wir machen das trotzdem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir, dass wir heute den Mut haben – trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten sind wir hinsichtlich Europa in einer viel einfacheren Situation als Schuman, Monnet, de Gasperi und Adenauer –, auch zu sagen: Wir machen es trotzdem.

Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Sahra Wagenknecht, Die Linke:

Die Bundesregierung ist nicht handlungsfähig



Sahra Wagenknecht (*1969)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Das Deutschland zurzeit eine handlungsunfähige Regierung hat, die offenkundig voll damit ausgelastet ist, Woche für Woche um ihr politisches Überleben zu kämpfen, ist nicht nur für die Menschen in Deutschland eine Belastung. Eine Lame Duck im Kanzleramt macht auch die Lösung der Probleme in Europa nicht leichter. Von diesen Problemen gibt es wahrlich mehr als genug. Die endlosen Brexit-Verhandlungen sind wahrscheinlich noch nicht einmal das größte darunter.

Europa ist in schlechter Verfassung. Die soziale Ungleichheit wächst, und die Lebensunsicherheit, die Zukunftsangst von immer mehr Menschen nehmen zu. In den Ländern des Südens wie Italien haben sich die Lebensverhältnisse der Mehrheit in den letzten Jahren spürbar verschlechtert, und ein erheblicher Teil der jungen Generation steht ohne Zukunft da. Herr Brinkhaus, wenn das für Sie das „erfolgreichste Wirtschaftsprojekt der Geschichte“ ist, dann muss man sich wirklich einmal fragen, wo Ihre Maßstäbe liegen; denn es sind die unsozialen Vorgaben der EU-Verträge, die genauso zu dieser Situation beigetragen haben wie die dreisten Politikdiktate aus Brüssel und Berlin.

Beides hat dazu beigetragen, dass dieses Europa immer unsozialer geworden ist. Im Ergebnis haben antieuropäische Kräfte eben leichtes Spiel. Wir haben heute eine Situation, wo die FPÖ und die Lega Nord jeweils in den Regierungen ihrer Länder sitzen.

Wie es in Europa aussehen könnte, wenn die nächste große Krise offen ausbricht, das möchte ich mir lieber nicht ausmalen. Für diese Zerstörung des europäischen Zusammenhalts tragen Sie, Frau Merkel, eine ganz erhebliche Mitverantwortung. Es ist doch kein Wunder, dass Europa auseinanderdriftet, wenn ausgerechnet die Regierung des wirtschaftlich stärksten Landes ständig gegen den Geist der guten Nachbarschaft verstößt.

„Made in Germany“ stand früher vor allem für Qualität und solide Ingenieursarbeit. Der wichtigste Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft waren ihre gut ausgebildeten Fachkräfte. Heute hat Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa. Wir exportieren Fleisch und Nahrungsmittel. Viele Branchen finden keine Fachkräfte mehr, weil unser Bildungssystem chronisch unterfinanziert ist und falsche Weichen stellt und weil diese Löhne junge Menschen davon abhalten, sich für bestimmte Berufe überhaupt noch ausbilden zu lassen.

Und da erzählen Sie allen Ernstes, Frau Merkel, Ihr Ziel sei eine Stabilisierung der Währungsunion. Was die Währungsunion gefährdet, sind ganz sicher nicht die geringfügigen Rentenverbesserungen, die die italienische Regierung gerade beschlossen hat. Was die

Währungsunion irgendwann einmal sprengen wird, das sind schlechte Löhne, schmale Renten und rekordniedrige Investitionen in Deutschland; denn das stranguliert unseren Binnenmarkt. Das liegt letztlich diesen extremen Exportüberschüssen zugrunde, mit denen wir immer mehr Menschen gegen uns aufbringen. Das muss doch endlich beendet werden.

Auch klimapolitisch gehört die Bundesregierung doch längst zu den Bremsern in Europa. Jüngstes Beispiel dafür war die Abstimmung über die CO₂-Grenzwerte. Statt guter Industriepolitik, die die Grundlage für unseren künftigen Wohlstand und ein umweltgerechtes Wirtschaften legt, machen Sie schlechte Lobbypolitik, um Ihre Freunde und Ihre Spender in den Chefetagen der Autoindustrie zufriedenzustellen. Ich finde, bei so einer Politik können die Wähler doch nur noch davonlaufen.

Da wollten Sie doch tatsächlich ein Mal Handlungsfähigkeit beweisen, nämlich beim Dieselskandal. Da muss ich nun wirklich sagen: Wenn so etwas wie der Dieselskompromiss herauskommt, wenn die Bundesregierung ein Mal handlungsfähig ist, dann kann man schon fast froh sein, dass das nicht mehr allzu oft vorkommt.

Es kann doch nicht wahr sein, dass Sie der Autoindustrie jetzt noch eine goldene Brücke dafür bauen, mit ihrem eigenen Betrug auch noch ein Geschäft zu machen, während Sie die Dieselfahrer komplett im Regen stehen lassen.

Ich kann Ihnen noch einmal die Zahlen nennen: Die Autohersteller haben allein in den letzten fünf Jahren über 100 Milliarden Euro

Gewinn gemacht, unter anderem mit dem Betrug an ihren Kunden. Deswegen finde ich: Jetzt bringen Sie doch wenigstens das bisschen Rückgrat auf, die Hersteller zu verpflichten, die notwendige Hardware nachrüstung auf eigene Rechnung durchzuführen! Alles andere ist doch armselig.

Das gleiche Trauerspiel findet in der Steuerpolitik statt. Da macht die EU-Kommission unter dem Eindruck dieser vielen Steuerskandale ausnahmsweise einmal einen Vorschlag, nämlich dass die Konzerne in Zukunft ihren Umsatz und ihre Steuerzahlungen einzeln nach den einzelnen Ländern ausweisen sollen. Und wer legt selbst gegen diesen zarten Vorstoß in Richtung mehr Steuergerechtigkeit sein Veto ein? Der deutsche Finanzminister Olaf Scholz. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bei solchem Personal müssen Sie sich doch nicht wundern, wenn Sie bei Wahlergebnissen im einstelligen Bereich landen.

Zusammenhalt kann es aber nur in einem Europa geben, in dem die sozialen Unterschiede innerhalb der Länder nicht immer weiter wachsen. Im Europäischen Rat steht das soziale Europa allerdings schon seit vielen Jahren nicht mehr auf der Tagesordnung. Seit Jahren wird stattdessen über Bankenrettung, über Sozialabbau oder über Migration, über Aufrüstung und über neue gemeinsame Kriege debattiert. Es ist doch nicht erstaunlich, dass so ein Europa die Menschen nicht mehr begeistern kann.

Wenn Sie über Migration reden, sollten Sie vielleicht ein Mal auch über die anhaltende Mitverantwortung Europas reden. Das ist doch das zentrale Thema dabei. Jeder noch so ambitionierte Marschallplan für Afrika muss doch scheitern, solange europäische Agrarkonzerne Millionen Kilo an Tomatenkonserven und Hühnerfleisch nach Afrika exportieren, gegen die kein afrikanischer Bauer auch nur den Hauch einer Chance

hat. Damit verschärfen Sie doch die Probleme. Damit verursachen Sie doch genau das, bei dem Sie jetzt ständig darüber reden, wie Sie mit den Auswirkungen zu recht kommen.

Inzwischen wächst der Hunger auf dieser Welt wieder. 20 000 Menschen sterben jeden Tag an Hunger – 20 000! Statt endlich etwas gegen dieses unvorstellbare Elend zu unternehmen, pumpen Sie noch mehr Geld in Rüstung und noch mehr Geld in Waffen und werben dafür sogar noch auf europäischer Ebene. Ich finde, so eine Politik ist eine Schande.

Es ist doch kein Geheimnis: Neben Armut und Perspektivlosigkeit sind eben Kriege der Hauptgrund für globale Fluchtbewegungen. Umso erschreckender finde ich es, dass die Bundesregierung eine der wenigen erfreulichen Festlegungen im Koalitionsvertrag offenbar nie ernst genommen hat. Ich rede von der Festlegung, an Staaten, die an dem blutigen Krieg im Jemen beteiligt sind, keine Waffen mehr zu liefern. Diese Festlegung war offenbar von vornherein nichts als weiße Salbe, um die GroKo-Gegner in der SPD ruhigzustellen; denn allein seit März wurden Waffen im Wert von 254 Millionen Euro an einen der Hauptbeteiligten im Jemen-Krieg, nämlich an die islamistische Kopf-ab-Diktatur Saudi-Arabien, geliefert und Genehmigungen für weitere Großaufträge erteilt.

Im Jemen droht laut UN eine der größten humanitären Katastrophen dieser Welt, und einem der Hauptverantwortlichen für diese Katastrophe, einem der Hauptverantwortlichen für diese Verbrechen liefern Sie unter Bruch Ihres eigenen Koalitionsvertrages unbeeindruckt weiter die Mordwerkzeuge. Was ist denn das für eine Skrupellosigkeit? Was ist

Fortsetzung auf nächster Seite

denn das für eine unsägliche Politik? Von der scheinheiligen Doppelmoral, die nicht nur Trump, sondern auch Sie im Fall des ermordeten Journalisten Khashoggi, an den Tag legen, ganz zu schweigen!

Na ja, ich weiß ja, wie Herr Maas damals bei einem anderen

Mord reagiert hat. Da wurden massenweise Diplomaten eingeladen und aus Deutschland ausgewiesen, während in diesem Fall jetzt plötzlich die saudischen Diplomaten wieder willkommen sind und man die entsprechende Macht hofiert. Wenn das nicht Doppelmoral ist, dann weiß ich

nicht, was Doppelmoral ist.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wer zu spät geht, den bestraft es erst recht. Das gilt nicht nur für Horst Seehofer; das gilt auch für Sie, Frau Bundeskanzlerin. Allerdings ist diese Regierung vor allem eine Strafe für unser Land. Ich denke, auch

Europa braucht dringend eine deutsche Regierung, die die Kraft für einen Richtungswechsel aufbringt, eine Regierung, die zu einer Politik der guten Nachbarschaft zurückkehrt, die unfaire Handelspraktiken beendet und die sich um eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts in Europa

bemüht, statt Lobbyisten zu bedienen. Statt diesen Richtungswechsel weiterhin zu blockieren, sollten Sie lieber gehen, Frau Merkel.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: So wie Sie jetzt!)

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Die Heißzeit ist keine Laune der Natur



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

© Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

da geht es um die Gesundheit der Menschen in diesem Land. Ich finde, das können wir uns nicht leisten. Nur Griechenland und Spanien verletzen häufiger das EU-Recht als Deutschland. Es ist doch absurd, was wir da machen!

Auf der anderen Seite steht Deutschland auf der Bremse, Beispiel Artensterben. Es gibt immer noch keine Positionierung zu Gemeinsamen Agrarpolitik. Auch das Thema Glyphosat wird nicht gerade dazu dienen, Vertrauen zu schaffen, dass wir da eine Lösung erreichen. Bei den Fischfangquoten, Frau Klöckner, haben Sie an diesem Montag wieder gezeigt, worum es Ihnen geht. Ihnen sind die Fische in der Ostsee und die Jobs der Fischer egal, frei nach dem Motto: Ostseehering und Dorsch bye bye! Das ist europäische Politik, bei der Sie auf der Bremse stehen, die wir aber dringend bräuchten.

Oder – ziehen wir es wieder ein bisschen größer – die Klimaziele, die CO₂-Einsparung: Nur keine ambitionierten Klimaziele! Frau Schulze wurde an die Kette gelegt. Nicht einmal 5 Prozent mehr waren möglich. Und obendrauf gab es dann noch lasche CO₂-Grenzwerte für die Autobosse. Ja wo leben wir denn?

Die waren es ja, die wieder angerufen haben, Herr Lindner; darum geht es ja. Ja, die Jobs; das ist genau der Punkt, über den ich jetzt gerne reden will.

Kommen Sie mir bitte nicht damit, Herr Lindner nicht, Frau Nahles nicht und auch sonst niemand: Mit Innovationen sichert man Jobs. –

Man sichert sie mit Einsparung von Energie und Rohstoffen, meine Damen und Herren. Da bin ich beim Internationalen Gewerkschaftsbund, der das mit einem Satz klar und deutlich auf den Punkt gebracht hat:

Auf einem sterbenden Planeten gibt es keine Jobs. – Das ist der Punkt, um den es geht.

Sie unterzeichnen das Klimaschutzabkommen von Paris, und hinterher wird es von dieser Bun-

desregierung regelrecht sabotiert. Meine Damen und Herren, die Heißzeit ist keine Laune der Natur, sie ist menschengemacht. Im Moment trocknen der Rhein und die Spree aus. Das ist nicht mehr lustig, das ist ein riesiges Problem.

Dies ist der letzte EU-Gipfel vor der Klimakonferenz in Katowice. Warum bitte verweigern Sie sich der Initiative von Frankreich und Luxemburg, den Weltklimabericht zum Thema zu machen? Sie könnten ja ein Mal überraschen. Sie könnten zeigen, dass Sie aus dem Wahlergebnis in Bayern gelernt haben. Sie könnten zeigen, dass Sie verstanden haben, was für die Menschen bei der Wahl an diesem Wochenende ein entscheidendes Thema war – man hat es schon lange davor im Hambacher

Wald, aber auch auf der Straße erlebt – : Klimaschutz ist ihnen zentral wichtig. Da reicht es nicht, nur ein Stichwort zu erwähnen, sondern das heißt, tatsächlich etwas zu tun und entsprechend zu verhandeln. Darum muss es gehen.

Liebe Bundesregierung, stoßen Sie nicht länger die vor den Kopf, die in unserem Land engagiert, weltoffen und optimistisch sind. Hören Sie auf, gutes Regieren durch Kleinhäckseln der Probleme, die Sie selbst geschaffen haben, zu ersetzen. Wenn heute in Brüssel wieder einmal über den Brexit verhandelt wird, dann muss bei der Einigung doch auch eines klar sein: Es kann nicht sein, dass – das gilt für alles, was wir gemeinsam noch wollen, gemeinsamer Handel usw. – plötzlich europäische Gesundheits- und Umweltstandards infrage gestellt werden. Frau Merkel, das geht definitiv nicht. Sie müssen diese Standards erhalten, wenn Sie nach Brüssel fahren.

Deswegen will ich zum Schluss sagen: Die zentralen Probleme

dieses Kontinents bleiben ungelöst: Klimaschutz, Flucht, gerechte Steuer- und Finanzpolitik. Das Ergebnis ist auf der einen Seite nationaler Populismus. Auf der anderen Seite sehen wir aber eine wachsende Mehrheit der Bürger in diesem Land, die Europa wollen, die eine soziale Union, Klimaschutz, eine tolerante Gesellschaft wollen und die dafür auf die Straße gehen – einmal abgesehen von der Initiative von Frau Wagenknecht. Das sind im eigentlichen Sinne die Bürgerinnen und Bürger Europas, die mehr Europa wollen, die weniger Kurzfristigkeit wollen, die mehr Kooperation und keinen Nationalismus wollen, die mehr Ökologie wollen. Hören Sie endlich auf mit ihrem Weiter-so! Hören Sie endlich auf mit Ihrem Warten auf irgendwelche Wahlen! Tun Sie endlich, was zu tun ist, und tun Sie nicht mehr nur so, als ob! Die Menschen haben das verdient.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alexander Dobrindt, CDU/CSU:

Zukunft Europas liegt in den Gemeinsamkeiten



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

© CSU-Landesleitung

Frau Göring-Eckardt, Sie beschreiben die großen Herausforderungen, die wir in Europa gemeinsam angehen müssen, die wir ja auch gemeinsam angehen wollen. Es sind die zentralen Herausforderungen angesichts der Frage, ob wir in Europa auch in Zukunft in Sicherheit leben können. Aber die Gemein-

samkeit, die Sie betonten, kommt im Europa-Wahlprogramm der Grünen überhaupt nicht zum Ausdruck. In Ihrem Wahlprogramm weisen Sie darauf hin, dass es eine Reihe von Ländern in Europa gibt, mit denen Sie überhaupt nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Ob das Österreich, Rumänien, Polen, Ungarn, Italien ist, Sie weisen darauf hin, dass sich diese Länder nicht zur europäischen Idee bekennen. Es ist doch grundfalsch, alle um uns herum ausgrenzen zu wollen und dann von einer Gemeinsamkeit in Europa zu reden. Dieser Weg funktioniert nicht.

Wir müssen schon akzeptieren, dass es in Europa auch die Unterschiedlichkeit gibt. Wir wollen natürlich die Einheit in Vielfalt, aber es geht um die echte Einheit in Vielfalt.

Frau Weidel, wenn Sie hier stehen und von Europa reden, dann nehme ich Ihnen das nicht ab. Sie

reden von einer „roten Karte für Europa“. Sie reden eigentlich von einem rückwärtsgewandten Europabild. Sie reden von der Vergangenheit der Abschottung. Sie reden von Nationalismus. Ich glaube, dass bei Ihnen eher das beheimatet ist, was Ihr Parteikollege Herr Höcke über Europa sagt. Er nennt es „den Weg des kollektiven Wahnsinns“. Meine Damen und Herren, beim besten Willen: Wer die EU, wer Europa, wer den Gedanken eines friedlichen Zusammenlebens in Europa als „den Weg des kollektiven Wahnsinns“ beschreibt, der hat den Wahnsinn zu Beginn des 20. Jahrhunderts nie verstanden und keine Schlüsse daraus gezogen.

Wir stellen fest, dass wir in Europa sehr unterschiedliche Gedanken haben, wenn es darum geht, wie man es gemeinsam positiv gestalten kann. Wir wollen ein Europa, das solidarisch ist, ein

Europa, das sozial miteinander umgeht. Aber wenn man, Frau Wagenknecht, Europa per se als „unsozial“ bezeichnet, dann muss man auch sehen, dass es Ihre linkspopulistischen Freunde in Italien sind, die unsere Solidarität maßlos strapazieren. Nicht Europa ist unsozial, sondern Ihre linken Freunde sind es, die weiter Schulden machen und damit die Solidarität in Europa infrage stellen. Das ist doch die Wahrheit über Ihren Kurs.

Es ist eine gute Nachricht – wie es die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat –, wenn wir vom Weltwirtschaftsforum hören, Deutschland sei Innovationsführer in der EU. Wir sind globaler Innovationsschampion. Das ist ein starkes Prädikat. Deswegen ist es richtig, dass wir darüber reden und diese Rolle weiter ausbauen. Innovation ist der zentrale Wohlstandsfaktor für Europa.

Aber wir wissen, dass wir auch Schwächen haben und bei denen wir deutlich besser werden müssen. Bei der Weltkonferenz zur künstlichen Intelligenz vor wenigen Wochen in Schanghai war aus Europa nur ein einziges Unternehmen vertreten, und bei einer dort verkündeten internationalen Forschungsallianz ist keine europäische Universität dabei. Das ist ein Warnschuss für den Innovationsstandort Deutschland, für den Innovationsstandort Europa. Gerade wir als Innovationsführer auf der Welt dürfen nicht in einer digitalen Schlüsseltechnologie wie der künstlichen Intelligenz zurückfallen; deswegen wollen wir die Innovationsführerschaft auch da erreichen. Dazu brauchen wir auch europäische Beschlüsse. Wir brauchen eine europäische Initiative zur künstlichen Intelligenz; bei deren Umsetzung wollen wir helfen.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns notwendigerweise stellen; denn wir wollen ein Europa, das sich nicht pauschal in diese vermeintlichen Gegensätze „immer mehr“ oder „immer weniger“ Europa gliedern lässt. Wir wollen ein sicheres Europa. Wir wollen ein Europa, das den Bürgern Ängste nimmt und Chancen gibt. Vertrauen, Stabilität, Sicherheit, darum geht es.

Wir wissen, dass wir das nicht alleine schaffen können. Wohlstandschancen in Europa zu ermöglichen, geht – denken wir an die Digitalisierung – nur mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Wenn wir auf der Weltbühne auf Augenhöhe mitspielen wollen, dann geht das nur, wenn wir mehr in die gemeinsame Verteidi-

gung investieren und auch gemeinsame Streitkräfte aufbauen. Wenn wir den Terrorismus bekämpfen wollen, dann müssen wir im Bereich Sicherheit zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, wir können übrigens auch die Frage der illegalen Einwanderung nur dann lösen, wenn wir uns gemeinsam um den Schutz der Außengrenzen kümmern. Da ist der Ausbau und Aufbau und die Stärkung von Frontex ein ganz wesentlicher Punkt; aber man muss Frontex dann auch an der richtigen Stelle und an den richtigen Elementen stärken. Wer kritisiert, dass Ungarn nicht nach mehr Frontex schreit, der erkennt, dass gerade Ungarn das Land ist, das seine Außengrenzen im Sinne Europas schützt. Wir müssen Frontex nicht da stärken, wo es funktioniert, sondern in den Regionen, wo es nicht funktioniert.

Dazu gehört, dass wir uns in den Verhandlungen zum Brexit sehr klar darüber werden, was die Alternativen zu einer Verständigung mit den Engländern sind. Einfach zu akzeptieren, dass es vielleicht einen harten Brexit gibt – mit all seinen Folgen –, ist uns deutlich zu wenig. Deswegen gilt es, jetzt auch dafür zu sorgen, dass diejenigen, die in den Verhandlungen aktiv sind, eine hohe Bereitschaft zur Einigung haben. Wir haben kein Interesse daran, dass es zu einer Bestrafung Englands kommt. Wir haben kein Interesse daran, dass England sich weiter von Europa entfernt. Wir haben ein Interesse daran, dass am Ende dieser Verhandlungen eine Partnerschaft Doppelplus steht: eine Partnerschaft, die enger ist als mit allen anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union. Wir haben ein Interesse daran, dass wir offene Grenzen am Ärmelkanal und sichere Grenzen am Mittelmeer haben, und nicht andersherum, meine Damen und Herren.

Dass Großbritannien die EU verlässt, ist Fakt; aber wir sollten alle daran arbeiten, dass Großbritannien auch emotional ein enger Teil Europas bleibt. Es ist deswegen aus meiner Sicht nicht hilfreich, wenn in den Einladungen zum Europäischen Rat deutlich darauf hingewiesen wird, dass ein harter Brexit wahrscheinlicher ist denn je. Allein diese Formulierung, diese Art der Situationsbeschreibung, ist schon nicht hilfreich. Die größte Gefahr für die Stabilität Europas ist doch nicht nur die Entscheidung der Briten. Die größte Gefahr ist doch der falsche Umgang mit dieser Entschei-

dung von beiden Seiten. Deswegen müssen wir daran arbeiten, dass wir uns nicht weiter voneinander entfernen, sondern so eng wie möglich zusammenbleiben; dem müssen die Verhandlungen jetzt gelten und nichts anderem.

Wir haben einen Binnenmarkt. Großbritannien ist nach wie vor einer unserer engsten Partner. Wir haben eine Sicherheitsstruktur in Europa, bei der wir auf die Engländer nicht verzichten wollen. Wir haben eine europäische Verteidigungspolitik, die im Aufbau ist und die, glaube ich, dringend auch auf die Unterstützung Englands angewiesen ist. Und wir haben eine britische Jugend, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

die offensichtlich ganz anders denkt als diejenigen, die zur Abstimmung gegangen sind.

Jetzt kann man dies als Vorwurf an diejenigen, die eben nicht daran teilgenommen haben, formulieren, oder man kann sagen: Man hat Verantwortung gerade für die Jugend in Europa und dafür, dass sie nicht durch falsche Entscheidungen aus der Vergangenheit langfristig in Mitleidenschaft gezogen wird. Deswegen muss auch ein Signal an die jungen Menschen in Europa von dieser Zusammenkunft ausgehen. Wir haben ein Interesse daran, dass die Jugend in Europa engstens zusammenbleibt – in Partnerschaft, in Einigkeit, in Gemeinschaft –

und nicht durch wirtschaftliche Interessen auseinandergetrieben wird, meine Damen und Herren.

In diesem Sinne erwarten wir uns kluge Beiträge vom kommenden EU-Gipfel. Wir wissen, wie außerordentlich schwierig die Verhandlungen sind. Aber wir wünschen Ihnen, liebe Frau Bundeskanzlerin, ausdrücklich Erfolg, damit wir gemeinsam dafür sorgen können, dass die Zukunft Europas in einem gemeinsamen Europa liegt und nicht in einem Europa, das die Unterschiede betont.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Die Briten sollten wegen des Austritts nicht bestraft werden



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Der Vorfall ereignete sich in den seligen Zeiten der Königin Victoria weiland Kaiserin von Indien. Ein Sturm hatte die Funkverbindung zwischen Europa und den Britischen Inseln unterbrochen. Tags darauf erschien die „Times“ mit der Überschrift: Kontinent isoliert.

Ja, liebe Freunde, diese Zeit gab es einmal. Es gab eine Zeit, da war das Überlegenheitsgefühl der Briten gegenüber dem Kontinent für die Europäer hinter Calais gewöhnungsbedürftig und jedenfalls kein Baustein zum gegenseitigen Verstehen. Das ist lange vorbei.

Heute hat man eher das Gefühl, dass die Bürokraten in Brüssel und, ja, auch manche französischen Freunde mit einer langen historischen Erinnerung den Briten diese Haltung irgendwie vergelten wollen und nach dem Motto handeln: Wer nicht hören will, muss fühlen. Oder diplomatischer ausgedrückt: Zeigen wir ein für alle Mal, um von jeder Nachahmung abzuschrecken, dass, wer das Brüsseler Europa verlässt, entsprechend bestraft werden muss.

Es wäre Ihre Aufgabe, Herr Kol-

lege Brinkhaus, genau diese Haltung der europäischen Partner zu korrigieren; denn Verhandlungen, meine Damen und Herren, sind keine Strafexpedition, und das von Ihnen so gelobte – zu Recht gelobte – Friedensprojekt kann nur funktionieren, wenn wir die Briten auch dabei als die Freunde behandeln, die sie sind.

Ich darf daran erinnern: Die Briten haben für ein freies Europa auf den Schlachtfeldern Flanderns und an den Stränden der Normandie geblutet. Ja, es gibt Politiker und Intellektuelle, die behaupten, mit dem Brexit hätten die Briten Europa verlassen. Das habe ich auch bei Herrn Dobrindt wieder gehört. Nein, die Briten haben Europa gar nicht verlassen; sie haben eine bestimmte Union, die konstruiert ist, verlassen. Das ist eine Spielart der ununterbrochenen Gleichsetzung, die Sie hier alle machen: Europa ist gleich EU. Nein, Europa ist nicht gleich EU.

Zum einen haben die Briten kulturell immer zu Europa gehört – da werden sie auch bleiben –, zum anderen – ja, das muss man sagen – war es immer englische Politik, auf dem Festland keine Vormacht zu dulden und selbst von außen darauf Einfluss zu nehmen, dass dort kein Land zu mächtig wird. Europa zu vereinen, war nie ein britisches Ziel. Dieses Ziel verfolgten die Franzosen unter Napoleon und in gewisser Weise leider auch die deutsche Politik im 20. Jahrhundert. Ich weiß: Vergleiche sind immer schwierig. Wer

sich auch nur oberflächlich mit Geschichte auskennt, wer also weiß, welche enorme Bedeutung die Souveränität für die Briten besitzt, der hat sich – so ist es mir gegangen – mehr über den EU-Beitritt gewundert als über den Brexit. Denn für viele Briten ist heute die EU jene unfreundliche Vormacht auf dem Festland, die ihnen ihre Souveränität streitig macht, und das muss man abbauen, wenn man mit den Briten auf Augenhöhe weiter verhandeln und leben will, meine Damen und Herren.

In der angeblichen Sturheit von Premierministerin May – man kann das ja immer wieder lesen – lebt der alte Geist von Winston Churchill und Margaret Thatcher. Man muss die nicht mögen; aber es ist eben typisch britisch. Wir Deutschen sind Weltmeister im Souveränitätsverzicht, aber wir können nicht von anderen erwarten,

dass sie alles machen wie wir. Es herrscht in der EU inzwischen eine Stimmung des „Mitgefangen, mitgegangen“. Umgekehrt darf derjenige, der ausscheidet, nicht mehr mit Freundlichkeit rechnen.

Wir sind dagegen, dass die Briten jetzt in einen harten Brexit getrieben werden, und wir erwarten von der Frau Bundeskanzlerin, dass sie Einfluss nimmt auf ihren Freund Macron, damit in diese Richtung nicht weiter verhandelt wird.

Die Briten haben eine bestimmte Union, die konstruiert ist, verlassen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Ja, es ist von Kollegen schon gesagt worden: Der Nordirland-Konflikt könnte da in einer Weise wieder aufleben, die wirklich eine Katastrophe für Europa und nicht nur für die britischen Inseln wäre.

Aber, meine Damen und Herren, viele Beobachter sehen den harten Kurs der EU-Unterhändler als Straffaktion gegen die Abtrünnigen. Zugleich lesen und hören wir, dass der Rücktritt vom Brexit möglich sei und die Briten noch die Chance hät-

Der Nordirland-Konflikt könnte in einer Weise aufleben, die eine Katastrophe für Europa wäre.

ten, ihren Fehler zu korrigieren. Das ist Zuckerbrot und Peitsche und kein Verhandeln auf Augenhöhe, meine Damen und Herren.

Mit Genehmigung des Präsidenten ein Zitat: „Das Recht der Briten, die Briten so zu regieren, wie diese es möchten, ist uns wichtig“, schrieb der englische Schriftsteller Frederick Forsyth 2013 in einem Kommentar. „Unsere Väter kämpften für dieses Recht, sie litten, und sie starben dafür.“

Wenn heute das Gros der Gesetze, Verordnungen und Verbote von nicht gewählten EU-Bürokraten hinter verschlossenen Türen in Brüssel formuliert und anschließend von einem Pseudoparlament mit überbezahlten Mitgliedern abgenickt würde, erinnere ihn das doch stark an die alte DDR.

Ich muss Ihnen gewiss nicht erklären, meine Damen und Herren, warum solche Worte bei uns in der AfD auf große Sympathie stoßen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)



Ein Schild an der alten Grenze zwischen Irland und Nordirland zeigt die Sorge einiger Bürger dieser Region. © picture-alliance/DPR

Martin Schulz, SPD:

Erst das Land, dann die Partei



Martin Schulz (*1955)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Am vergangenen Freitag gab es eine Einigung zwischen Theresa May und ihren Unterhändlern und den Unterhändlern der Europäischen Union. Diese Einigung schloss insbesondere ein, dass die Übergangsfrist, die von Großbritannien gewünscht worden war, um ein weiteres Jahr verlängert wird, damit im Rahmen der dann entstehenden Zollunion die anstehenden Fragen gelöst werden können – ein fairer Deal, wie ihn Großbritannien verlangt hat und wie ihn die EU zugestanden hat. Als Theresa May dann nach London, nach Hause fährt, sagen ihr mindestens vier ihrer Regierungsmitglieder: Mit uns nicht. – Wieder steht der Zug still.

Warum? Warum steht der Zug still, der in Europa fahren müsste? Aus einem ganz einfachen Grund: Seit mehreren Jahren wird Europa in Geiselschaft genommen von einer einzigen Partei, der Konservativen Partei Großbritanniens, deren innere Machtstruktur dazu führt, dass Großbritannien handlungsunfähig und paralysiert ist. Und wenn es einen Punkt gibt, an dem man einer Regierungschefin

sagen müsste: „Erst das Land, dann die Partei“, dann gilt das für Theresa May in diesen Tagen. Sie hat im Unterhaus eine Mehrheit. Die Liberaldemokraten, die Konservativen, die proeuropäisch sind, die übrigens in der Mehrheit sind, und auch ein großer Teil aller anderen Abgeordneten, die in der Opposition sind, sind der Meinung: Das ist ein fairer Deal. Theresa May hat eine Mehrheit. Wir können mit einem fairen Deal zum Brexit in dieser Woche zu Ende kommen. Also, liebe Frau May, handeln Sie!

Und das, was Sie hier erzählen, ist völliger Unsinn, und zwar aus einem ganz einfachen Grund.

Ihr Geschichtsverständnis – das haben wir gerade wieder gehört – hat einen einzigen Tenor und das ist der, den ich auch Frau Merkel mit auf den Weg nach Brüssel geben möchte, wenn es um die Migration geht – ich wiederhole das –: die permanente Wiederholung der Hetze gegen Minderheiten, die permanente Wiederholung der Hetze gegen Migranten, das permanente Reduzieren des Dramas, das hinter dem Dritten Reich und dem Niedergang der Weimarer Republik stand. Das ist Ihre Rhetorik in diesem Hause; permanent, in jeder Rede. Es ist Schluss damit, dass die Leute sich das von Ihnen bieten lassen.

Da können Sie noch so viele beleidigende Zwischenrufe machen. Die Migration bleibt. Natürlich brauchen wir eine Sicherung der Außengrenze in der Europäischen Union. Ja, klar brauchen wir Frontex, aber wir brauchen auch eine Reform von Dublin und eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge. Wir werden nicht jeden Flüchtling in Europa aufnehmen können –

das stimmt –, aber wir schauen nicht tatenlos zu, wie das Mittelmeer zum Massengrab verkommt und Sie in Zynismus darüber lachen.

Wir brauchen in Europa Pragmatismus und humanitäre Verantwortung gleichermaßen. Das sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Kombination aus moralischer Verantwortung und realem pragmatischem Handeln hat Europa immer ausgezeichnet. Ich hoffe, der Europäische Rat handelt in dieser Kombination.

Was hier die ganze Zeit diskutiert wird, liebe Kolleginnen und Kollegen, verkennt doch eines: Wir leben in einem Epochenbruch.

Die Welt verändert sich rabiat und rasant – ja. Und die Feinde der Demokratie, diejenigen, die die plurale Gesellschaft negieren, die die Instrumente der Diffamierung und des Herabwürdigens jeder anderen Meinung zum strategischen Ziel erhoben haben, sitzen nicht nur im Weißen Haus und brechen jede Moral international. Sie sitzen auch in diesem Haus.

Den Geist der 250 000 Menschen, die am Wochenende hier in Berlin auf die Straße für die Unteilbarkeit der Werte unserer Verfassung gegangen sind, brauchen wir, wenn es darum geht, Europa nach vorne zu bringen.

Ich hätte mir gewünscht, dass diese 250 000 Menschen, die hier demonstriert haben, und die Zehntausende in den anderen Städten die gleiche mediale Aufmerksamkeit gehabt hätten wie die 5 000 – Ihre Anhänger und die

Pegida-Schreihäse – sie in Chemnitz bekommen haben.

Denn diese Menschen repräsentieren 81 Prozent, von denen Frau Göring-Eckardt gesprochen hat, die hinter diesem Projekt stehen, hinter einem Projekt, das defizitär sein mag, das unvollendet sein mag, aber das drei wesentliche Ziele für unsere Kinder und deren Kinder verfolgen muss: eine nachhaltige Entwicklung der Umwelt, damit wir unsere Luft noch atmen können – unsere Kinder und deren Kinder auch –, die Verteidigung der individuellen, unveräußerlichen Grundrechte des Menschen – das Folterverbot, das Willkürverbot, die Garantie des Instanzenzuges vor Gericht, die Abschaffung der Todesstrafe –, die Werte,

für die Europa steht: ökologisch, die individuellen Grundwerte, die sozialen Grundrechte in Europa, dass wir ein Streikrecht haben, dass wir Versammlungsfreiheit haben, dass wir Pressefreiheit haben. Das alles

gibt es in dieser Form nur auf einem Teil des Planeten: in der Europäischen Union.

Ja, ich weiß, die Gegner Europas wollen das abschaffen. Aber die Menschen, die hier auf die Straße gehen, wollen das nicht. Die wollen diese Werte verteidigen, und sie wollen diese Union verteidigen. Nein, Europa ist nicht die Europäische Union; da haben Sie wohl recht. Aber die Europäische Union ist das Beste, was Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs begegnet und passiert ist, und dafür gilt es doch, auf diesem Europäischen Rat zu kämpfen.

Frau Merkel ist ja jetzt schon weg; Sie musste Ihren Flieger nehmen. Ich hätte ihr das gerne gesagt, sage es dann aber dem Vizekanzler: Wir haben einen Koalitionsvertrag geschrieben mit der Überschrift: „Ein neuer Aufbruch für Europa“ und „Eine neue Dyna-

mik für Deutschland“ – ökologisch, ökonomisch, sozial, politisch. In der internationalen multilateralen Welt wird es eine neue Dynamik für Deutschland nur dann geben, wenn es einen neuen Aufbruch für Europa gibt.

Wir haben jetzt monatelang erlebt, dass sich auch dieses Haus mit anderen Dingen befassen muss und noch der letzte quersitzende Gedanke in irgendeiner Provinz dieses Landes wichtiger war als der Aufbruch in Europa. Deshalb erwarte ich von diesem Europäischen Rat, meine Damen und Herren, dass er seiner Verantwortung nachkommt, den Hetzern, die auch im Rat sitzen, ihre Grenzen aufzuzeigen und eine Schlussfolgerung zu ziehen, die wir dringend brauchen. Jede handelnde Politikergeneration hat eine oberste Pflicht, nämlich sich die Frage zu stellen: Können unsere Kinder und deren Kinder damit rechnen, dass sie in der gleichen Wohlstandssicherung, in der gleichen individuellen Freiheit und in der gleichen Umwelt, die lebenswert ist, leben können, wie wir das gekonnt haben? Wenn wir eine Antwort auf diese Frage, die nämlich global ist, geben wollen, dann ist es nicht die Renationalisierung, sondern die gemeinsame europäische Anstrengung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Alexander Ulrich (Die Linke), Dr. Franziska Brantner (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Katja Leikert (CDU/CSU), Martin Hebner (AfD), Christian Petry (SPD), Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen), Jürgen Hardt (CDU/CSU), Dr. Jens Zimmermann (SPD), Florian Hahn (CDU/CSU) und Detlef Seif (CDU/CSU).

Debatte zum Gute-Kita-Gesetz / 58. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 18. Oktober 2018

Dr. Franziska Giffey, Bundesfamilienministerin:

Der Bund beteiligt sich an der Kitaqualität wie noch nie



Franziska Giffey (*1978)
Bundesfamilienministerin

Heute ist ein guter Tag für die Kitas und die Kindertagespflege in Deutschland. Mit dem, was wir auf den Weg bringen, haben wir einen Meilenstein erreicht. Nach vierjähriger Vorbereitung, Planung, vielen Gesprächen mit Praktikern, mit den Ländern, den Kommunen, Verbänden und Trägern können wir mit dem Gute-Kita-Gesetz in das parlamentarische Verfahren eintreten. Morgen geht es im Bundesrat weiter.

Es ist eines der größten Vorhaben der Bundesregierung in dieser Legislatur. Mit diesem Gesetz engagiert sich der Bund erstmals für die Qualität in der Kindertagesbetreuung und in der Kindertagespflege, und das in einem bisher nie dagewesenen Umfang. Wir werden bis 2022, in den nächsten vier Jahren, 5,5 Milliarden Euro für gute und faire Bildungschancen für alle Kinder in Deutschland ausgeben.

Das Gute-Kita-Gesetz hat zwei große Bereiche. Es geht um mehr Qualität, und es geht um weniger

Gebühren. Wir arbeiten dafür, dass es jedes Kind in Deutschland packt, egal ob im wohlbehüteten Wohlstandsnest geboren oder mit viel Unterstützungsbedarf.

Zugleich ist das Gute-Kita-Gesetz mein erstes Gesetz, das ich auf den Weg bringe. Das Thema liegt mir am Herzen. Wir wollen, dass wir Kindertageseinrichtungen, Kitas in Deutschland als Bildungseinrichtungen verstehen, als Orte, an denen gemeinsam mit den Eltern daran gearbeitet wird, dass Kinder sich gut entwickeln können, dass Bildungserfolg gelingt; denn in Deutschland hängt der Bildungserfolg immer noch stärker vom Elternhaus ab als in vielen anderen Ländern. Das heißt, dass wir noch nicht eine Situation haben, in der alle Kinder die gleichen Chancen haben. Wir wollen, dass in den ersten Lebensjahren eines jeden Kindes die Weichen gut gestellt werden – gemeinsam mit den Familien, gemeinsam mit den Eltern, mit guter Qualität in der Kindertagesbetreuung und auch mit Zugang für alle zu früher Bildung.

Das Gute-Kita-Gesetz ist das Ergebnis eines vierjährigen Arbeitsprozesses. Es ist das Ergebnis von Menschen, die sich damit auseinandergesetzt haben, was Qualität eigentlich bedeutet, was Qualitätsziele bedeuten und wie wir dazu beitragen können, das, was die Länder und Kommunen schon tun, vonseiten des Bundes zu unterstützen. Deshalb wollen wir die Länder auch nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern wir wollen zusätzlich Geld geben. Das, was wir von Bundes-

seite tun, ist zusätzlich und soll die Länder bei ihren Bemühungen um mehr Qualität in der frühen Bildung unterstützen. Es geht nicht darum, dass wir die Einheitslösung für alle schaffen, sondern es geht darum, dass wir Flexibilität bieten, dass Länder entsprechend ihrer Bedarfe die Dinge tun können, die sie für richtig halten, natürlich gemeinsam mit uns abgestimmt und mit dem, was in den letzten Jahren erarbeitet wurde.

Das Gesetz ist so gestrickt, dass es funktioniert wie ein Instrumentenkasten. Es wird zehn Bausteine für Qualität geben: von der bedarfsgerechten Betreuung über gute Sprachqualität, über gutes Essen, über die Frage, wie eigentlich der Personalschlüssel aufgestellt ist, bis hin zur Frage, welches Personal dort arbeitet, wie qualifiziert es ist und wie die Vielfalt der pädagogischen Angebote aussieht. Es geht darum, dass die Länder mit diesem Gesetz aus einem Instrumentenkasten auswählen können, was für sie die wichtigen Punkte sind, um tatsächlich dem Bedarf im jeweiligen Land zu entsprechen. Das mag für das eine Land der Fachkraft-Kind-Schlüssel sein, es mag für ein anderes Land die längeren Öffnungszeiten sein. Wir haben immer noch Orte, an denen Sie gesagt bekommen: Bitte holen Sie Ihr Kind um 12 Uhr von der Kita ab, bitte vor dem Mittagessen. – Das ist schwierig für Eltern, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren wollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir diejenigen stärken, die in den Kitas arbeiten, dass wir Kitaleitungen entlasten, dass wir Personal ausbauen, gut qualifizieren, und all das wird möglich sein.

Wir wollen, dass das Geld dort ankommt, wo es hingehört. Das heißt, wir wollen in allen 16 Bundesländern tatsächlich eine Situation haben, in der sich die Länder auf den Weg machen und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um Qualität zu sichern. Deshalb werden wir mit allen 16 Bundesländern Verträge darüber schließen, welche Maßnahmen konkret ergriffen werden. Wir verstehen hier

die Qualität als ein wichtiges Feld, aber genauso die Entlastung der Eltern bei den Gebühren als großen Teil von Qualität.

Denn es ist ganz klar: Die beste Kita nützt nichts, wenn zu Hause das Geld dafür fehlt, wenn die Mutter, die im Teilzeitjob arbeitet, die Gebühren für ihre beiden Kitakinder nicht aufbringen kann, und deshalb sagt: Ich kann es mir nicht leisten, mein Kind in die Kita zu schicken. – Das kann nicht sein. Deshalb sagen wir: Gute Kitas dürfen kein Privileg sein. Sie müssen allen Kindern in Deutschland offenstehen.

Wir verstehen Qualität als die eine Seite der Medaille und die Entlastung von Eltern bei den Gebühren als die andere. Wir sehen vor, dass Familien, die Unterstützung vom Staat bekommen – mit dem Wohngeld, mit Sozialleistungen, mit dem Kinderzuschlag –, nicht in die rechte Tasche die Unterstützung erhalten und aus der linken Tasche die Gebühren in Höhe von mehreren Hundert Euro wieder herausgezogen bekommen.

Das macht keinen Sinn. Deshalb wollen wir, dass geringverdienende Familien überall in Deutschland von den Gebühren befreit werden und dass für alle anderen eine soziale Staffelung der Gebühren vorgesehen wird. Damit die Menschen nicht in die Situation kommen, zu überlegen, ob sie es sich leisten können, ihr Kind in die Kita zu geben.

Meine Damen und Herren, wir sagen ganz klar: Es gibt einen Dreiklang, wenn wir über gute Kindertagesbetreuung in Deutschland reden. Dieser Dreiklang besteht aus Qualität, Kapazität und Personal.

Die Qualität gehen wir mit dem Gute-Kita-Gesetz an. Die nächste Frage ist natürlich, ob wir genügend Plätze haben. Diese Fragen stellen sich viele Eltern überall in Deutschland. Deshalb ist es richtig, dass wir parallel zum Gute-Kita-Gesetz mit dem Sonderinvestitionsprogramm des Bundes für den Kitaplatzausbau weiter investieren, allein im nächsten Jahr über 300 Millionen Euro. Der Bund fördert in den nächsten Jahren dieser Legislatur mit dem Sonderinvestitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung die Schaffung 100 000 zusätzlicher

Plätze. Kitaplätze mit Bundesmitteln zusätzlich zu dem zu schaffen, was die Länder machen, das ist eine wichtige Antwort auf die Frage nach mehr Kapazität.

Ich will ergänzend sagen: Wir schaffen in den nächsten Jahren nicht nur 100 000 zusätzliche Plätze, vielmehr haben wir in den letzten zehn Jahren – da können Sie sich auf die Schulter klopfen – über 400 000 zusätzliche Plätze mit der Unterstützung des Bundes in ganz Deutschland geschaffen.

Ich will etwas zum Thema Fachkräfte sagen. Wir haben natürlich immer die Diskussionen darüber: Wenn ihr denn mehr Qualität wollt, dann muss es auch jemand machen. – Ja! All das wird nicht gehen, wenn wir nicht auch in die Fachkräfte investieren, wenn wir nicht auch etwas tun, um Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, zu halten und mit Praxisanleitung zu unterstützen. Deshalb wird es möglich sein, auch im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes hier etwas zu tun, aber wir werden von Bundesseite, vonseiten des Bundesfamilienministeriums, im nächsten Jahr eine Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher starten, um diesen wichtigen Zukunftsberuf zu stärken und mehr Menschen dafür zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir wollen mit dem Gute-Kita-Gesetz den Weg frei machen für eine stärkere Beteiligung des Bundes an der Erhöhung der Kitaqualität. Noch nie hat der Bund so viel dafür gegeben. Das ist eine Chance, und das ist der richtige Weg. Es ist eine nationale Zukunftsaufgabe, unsere Kinder so gut zu unterstützen, dass sie ihren Weg machen können, ohne von sozialen Transferleistungen abhängig zu sein, dass sie es schaffen, das zu werden, was sie wirklich wollen. Das ist unsere Aufgabe.

Deshalb freue ich mich sehr auf die parlamentarischen Beratungen mit Ihnen, auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, um überall im Land, in jedem Wahlkreis, in allen Kitas wirkliche Verbesserungen zu erreichen, faire und gerechte Bildungschancen zu eröffnen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen und die Möglichkeit zu eröffnen, dass es wirklich jedes Kind in Deutschland packt.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir haben in den letzten zehn Jahren über 400.000 zusätzliche Plätze geschaffen.

Das Gute-Kita-Gesetz ist eines der größten Vorhaben in dieser Legislatur.



Bei einer Demonstration im Mai 2018 in Berlin äußern Erzieher ihre Unzufriedenheit mit dem aktuellen Zustand.

© picture-alliance/Carsten Koall/dpa

Martin Reichardt, AfD:

Keine Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung



Martin Reichardt (*1969)
Landesliste Sachsen-Anhalt

Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“, das ist ein Satz von Rosa Luxemburg, der immer gerne zitiert wird, wenn es Linken darum geht, ihre eigenen Freiheiten durchzusetzen. Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung gibt es in Deutschland nicht, und darum geht es auch im Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, das kurz und etwas infantil „Gute-Kita-Gesetz“ genannt wird.

Freiheit für Andersdenkende wird den Frauen in Deutschland im Jahr 2018 gerade im Bereich der Kindererziehung verwehrt. Linke, SPD, Grüne und leider mittlerweile auch die CDU bestimmen darüber, wie Frauen ihr Leben zu gestalten haben.

Nicht umsonst hat Alice Schwarzer einmal sinngemäß gesagt: Frauenquoten wurden von Politikerinnen gemacht, nicht von Frauenrechtlerinnen. – Frauen, die sich heute dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu betreuen, gelten als konservativ und nicht emanzipiert. Sie entsprechen nicht dem Weltbild von Pseudofeministinnen, Quotenfrauen und leider auch von großen Teilen dieses Parlaments.

Wir als AfD begrüßen die Bemühungen von Frau Giffey, die Qualität in den Kitas zu verbessern. Die AfD begrüßt auch die Beitragsbefreiung für Familien mit geringem Einkommen, die im Gesetz festgeschrieben wird. Die AfD begrüßt, dass Bezieher von Wohngeld und Kinderzuschlag Anrecht

auf einen beitragsfreien Kitaplatz bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen wollen, ein Wahlrecht haben, ihre Kinder zu Hause zu erziehen oder, wenn sie es möchten, in eine Kita zu geben.

Wer darüber entscheidet, wo Kinder am besten betreut werden, das regelt unser Grundgesetz in Artikel 6:

Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Dieses im Grundgesetz festgeschriebene Recht wird den Eltern in Deutschland genommen.

Erziehungsarbeit wird weder geachtet noch honoriert; das muss hier festgestellt werden. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Realitätsferne Politiker sprechen in diesem Zusammenhang immer gerne von Karriere, von Selbstverwirklichung, von Gleichberechtigung, wenn Mütter sich aus wirtschaftlicher Not für Lohnarbeit

entscheiden müssen und damit gegen die eigene Betreuung ihrer Kinder.

In der Realität bedeutet dieser Karrierebegriff, dass man den dritten Job annehmen muss. In der Realität bedeutet diese Gleichberechtigung, dass man das gleiche Recht hat, in prekären Verhältnissen zu leben und zu arbeiten wie Männer. In der Realität erkennt man diesen Selbstverwirklichungsbegriff als das, was er ist: als eine linke Propagandaphrase und Wunschvorstellung.

Wenn Sie einmal mit armen Menschen, mit Menschen, die von Armut bedroht sind, und mit Alleinerziehenden reden würden, dann würden diese Ihnen genau das bestätigen.

Die AfD setzt sich für das Recht von Frauen, Männern und Eltern ein, wählen zu dürfen, wer ihre Kinder betreut. Die AfD setzt sich damit für die Freiheit von Frauen, Männern und Eltern ein und damit ganz klar gegen eine Diskriminierung. Die AfD setzt sich für gute Betreuung von Kindern im Allgemeinen ein und nicht nur für gute Kitas.

Bis 2025 fehlen 300 000 Erzieher. Alleine um den Betreuungs-

schlüssel in den Ländern anzugleichen, fehlen über 100 000 Erzieher in Vollzeit, die pro Jahr 4,9 Milliarden Euro kosten würden. Die derzeit bereitgestellten 5,5 Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre dürften also nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen. Sie machen aus unseren Kitas eben keine „Guten Kitas“, genauso wenig, wie das Familienentlastungsgesetz die Familien

wirklich entlastet hat, und genauso wenig – leider ist das so –, wie ein Sandkuchen aus Sand besteht.

Das Grundgesetz räumt Eltern das Recht ein, über die Erziehung ihrer Kinder zu bestimmen. Dieser Staat hat Eltern dieses Rechtes beraubt. Die AfD kämpft für die Wahlfreiheit von Eltern. Die AfD kämpft für die gute Betreuung von Kindern. Es ist ein lohnender Kampf, den wir hier führen; denn er ist ein Ringen um unser aller Zukunft. Daran, hoffe ich, werden wir uns alle beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Debatte sind aber wenig Frauen bei der AfD!)

Nadine Schön, CDU/CSU:

5,5 Milliarden Euro für unsere Kinder



Nadine Schön (*1983)
Wahlkreis St. Wendel

Diese Legislaturperiode steht im Zeichen der Familien. Wir haben gerade letzte Woche die Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag auf den Weg gebracht. Seit vier Wochen ist das Portal freigeschaltet, mit dem man das Baukindergeld beantragen kann, und heute bringen wir das Gute-Kita-Gesetz auf den Weg.

Worum geht es? Eltern wollen, dass ihre Kinder, wenn sie in die

Krippe oder auch in den Kindergarten gehen, gut betreut sind. Ein Satz in Richtung AfD – ich glaube, die Rede von Herrn Reichardt spricht für sich; dazu brauche ich gar nicht viel zu sagen –: Es gibt keine Vorschreiberei. Alle Eltern in Deutschland können selbst entscheiden, ob sie ihre Kinder in eine Betreuung geben, in eine Krippe geben, ob sie sie mit einem Jahr in eine Krippe geben, mit zwei, mit drei, mit vier oder mit fünf Jahren; das steht allen Eltern frei. Deshalb ist Ihre Behauptung, dass wir da irgendwas gängeln oder vorschreiben, falsch. Ich glaube, die Eltern in Deutschland wissen ganz gut, was sie von der Politik erwarten und wie sie ihr Leben selbst gestalten. Sie brauchen da gar keine Hinweise von politischen Parteien.

Unser politisches Ziel muss doch sein, dass die Kinder, die im Kindergarten sind – gerade in den letzten Jahren vor der Einschulung sind fast alle Kinder im Kindergarten –, dort auch gut betreut wer-

den. Wenn ich als Mutter morgens meinem Kind den Abschiedskuss gebe, dann will ich auch, dass mein Kind dort gut, liebevoll betreut ist, dass es Erzieherinnen und Erzieher gibt, die Zeit haben für das einzelne Kind und seine Förderung, für gesunde Ernährung, für Bewegung, Zeit zum Lachen, zum Trösten, für all das, was Kinder brauchen.

Wir wissen, dass Erzieherinnen und Erzieher einen tollen Job machen, um Eltern und Kindern genau das zu ermöglichen. Wir wissen aber auch, wie oft es am Nötigen fehlt, etwa wenn zwei Erzieherinnen oder Erzieher oft für 25 Kinder zuständig sind. Wir wissen, dass oft zu wenig Zeit da ist für Extras, um hinauszugehen, um den Kindern ein spezielles Förderangebot zu machen, die es nicht so leicht haben. Das wollen wir ändern, und

dabei unterstützen wir von Bundesseite in den nächsten Jahren Länder und Kommunen mit 5,5 Milliarden Euro; das sind 5 500 Millionen Euro.

Uns als Union sind dabei drei Punkte wichtig. Erster Punkt: Wahlfreiheit, Vielfalt und Subsidiarität. Zweiter Punkt: Es muss ein Plus sein. Dritter Punkt: Wo „Gute Kita“ draufsteht, muss auch gute Kita drin sein.

Der erste Punkt – Wahlfreiheit, Vielfalt und Subsidiarität –: Jedes Land ist anders. Wir wissen: Wir haben in den 16 Ländern und erst recht in den Kommunen ganz unterschiedliche Situationen. Die einen haben ziemlich geringe Personalschlüssel; andere haben Probleme, Erzieher nachwuchs zu finden. Wieder andere würden gerne

in den Einrichtungen mehr für Kinderschutz tun. Andere haben immens hohe Elternbeiträge. Es muss möglich sein, dass die Länder das Geld, das wir als Bund geben, dort investieren, wo es am nötigsten ist. Das heißt, es wird mit jedem einzelnen Land eine individuelle Vereinbarung geben, und jedes Land kann seine eigenen Schwerpunkte setzen, und das

ist richtig. Ich sage aber auch: Die Vielfalt, die wir bei der Qualität wollen, muss es auch beim Thema Beiträge geben. Deshalb kann ich es nachvollziehen, dass Länder Kritik daran äußern, dass der Bund ihnen nun vorschreiben will, wie sie die Gebühren zu staffeln haben. Als Union sind wir der Meinung, dass es auch in Ländern und Kommunen sehr verantwortungsvolle Politiker gibt, und wir trauen jedem Land und jeder Kommune zu, dass sie hier gute und sozialverträgliche Modelle finden. Deshalb gilt auch hier: Subsidiarität ist ein wichtiger Grundsatz unserer Politik.

Was die kleine Ebene regeln kann, braucht die große nicht zu regeln. Deshalb trauen wir Ländern und Kommunen zu, dass sie die Gebühren staffeln, so wie es für ihre Situation am besten ist. Vielfalt statt Vorschreiberei, die Länder entscheiden selbst, wie sie das Geld einsetzen.

Der zweite Punkt. Die Gelder müssen einen Mehrwert haben, ein echtes Plus sein. Leider haben wir in der Vergangenheit viel zu oft erlebt, dass wir als Bund Geld geben und dass das irgendwo in den Länderhaushalten versickert und nicht dem Zweck, den wir intendiert haben, zugutekommt. Genau das darf hier nicht passieren. Jeder Euro Bundesgeld, der

**Wir wissen,
dass Erzieherinnen und Erzieher einen tollen Job machen.**

in die Länder fließt, muss bei den Kindern ankommen. Jeder Euro muss dazu beitragen, dass die Qualität in den Kindertageseinrichtungen besser wird oder die Eltern entlastet werden. Deshalb braucht es Transparenz. Die Länder müssen genau sagen, was sie mit den Bundesgeldern machen werden. Wir wollen einen echten Entwicklungsprozess erkennen, und darauf werden wir achten. Deshalb ist es richtig, dass es Transparenz gibt, dass es ein Monitoring gibt und dass es regelmäßige Fortschrittsberichte der Länder gibt. Es ist richtig, dass vergleichbare Kriterien erarbeitet werden und dass die Länder anhand dieser Kriterien berichten, wie ihre Fortschritte sind.

Für die Union sage ich aber auch: Wir dürfen da keinen Büro-

kratismus betreiben. Die Länder haben in ihrer Stellungnahme Kritik geäußert und bezweifelt, dass wir wirklich einen jährlichen Mehraufwand von 7 Millionen Euro für eine Servicestelle plus Personalaufwuchs in der Bundesverwaltung brauchen. Das werden wir uns genau ansehen. Wir wollen keinen Bürokratismus; aber wir wollen vergleichbare Kriterien. Wir wollen die Länder begleiten und unterstützen, aber wir wollen ihnen nichts überstülpen. Deshalb soll tatsächlich so viel Geld wie möglich bei den Kindern ankommen; so wenig Geld wie möglich soll in irgendwelchen Strukturen versickern. Das versprechen wir, und darauf werden wir in den Gesetzesberatungen einen Schwerpunkt legen.

Der dritte Punkt. Da, wo „Gute Kita“ draufsteht, muss auch gute Kita drin sein. Wir sehen es ja: In den unterschiedlichen Ländern fangen die Diskussionen schon an: Wo investieren wir denn dieses Geld? Es soll Länder geben, die das ganze Geld für eine Gebührenbefreiung einsetzen wollen. Ich sage: Das kann jedes Land selbst entscheiden. Aber unter sozialpolitischen Gesichtspunkten sage ich auch: Es kann ja nicht sein, dass ein Unternehmerehepaar den Kindergarten für umme hat, keinen Cent für die Betreuung seines Kindes zahlt, sich davon den nächsten Urlaub finan-

ziert, und auf der anderen Seite kein Geld da ist, um Kinder, die es nicht so gut haben, individuell zu fördern. Das kann in unseren Augen nicht sein.

Jeder Euro Bundesgeld, der in die Länder fließt, muss bei den Kindern ankommen.

Wir sind der Meinung: In jedem der 16 Bundesländer tut es not, dass Geld tatsächlich in die Qualitätsverbesserung fließt: in bessere Betreuungsschlüssel, in mehr Sprachförderung, in die individuelle Förderung der Kinder. Deshalb werden wir sehr darauf achten, dass dort, wo „Gute Kita“ draufsteht, auch gute Kita drin ist, dass tatsächlich jedes Kind etwas davon hat, das in einer Betreuungseinrichtung oder auch bei Tages-

eltern – auch diese Betreuungsförmung umfasst das Gesetz – betreut wird.

5 500 Millionen Euro für unsere Kinder: Als Union werden wir darauf achten, dass dieses Geld wirklich bei den Kindern ankommt. Ich freue mich, dass wir dieses wichtige Vorhaben jetzt gemeinsam angehen. Ich freue mich auf die Gesetzesberatungen. Ich verspreche: Wir werden uns Mühe geben, ein gutes, auch ein verfassungsgemäßes Gesetz auf den Weg zu bringen und dass das Ganze bei den Kindern ankommt. Ich freue mich auf die Beratungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Matthias Seestern-Pauly, FDP:

Das Gute-Kita-Gesetz hält nicht, was es verspricht



Matthias Seestern-Pauly (*1984)
Landesliste Niedersachsen

Sehr geehrte Frau Ministerin Giffey, das Beste an Ihrem Gesetzentwurf ist der Name. Das Problem ist nur: Er hält nicht das, was er verspricht. Hinter der hübschen Verpackung wartet in Wirklichkeit ein „Wahlversprechenrefinanzierungsgesetz“ für die Länder. Von dem ursprünglichen Ziel, die Qualität im Sinne aller Kinder zu erhöhen, bleibt leider kaum etwas übrig.

Davon kann ich als Niedersachsen im Übrigen ein Lied singen. Die niedersächsische Landes-GroKo macht gar keinen Hehl daraus, dass sie nur einen Bruchteil der Bundesmillionen für die Qualitätssteigerung ausgeben will. Den Großteil benutzt der niedersächsische Kultusminister – im Übrigen Ihr Parteigenosse – vielmehr dafür, das teure Wahlversprechen der Beitragsfreiheit zu finanzieren – wohlge-merkt, nicht eine sozial gestaffelte, sinnvolle Beitragsfreiheit für

diejenigen, die sie brauchen, sondern die Beitragsfreiheit für alle.

Es ist doch geradezu absurd, dass diejenigen, die es nicht brauchen, von den Beiträgen befreit werden, und dann nicht genug Geld da ist, um beispielsweise einen vernünftigen Betreuer-Kind-Schlüssel, um Sprachförderung oder um eine angemessene Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher sicherzustellen.

Dieses Gesetz ist kein Gute-Kita-Gesetz, sondern ein Fördergesetz für klamme Landeshaushalte. Sie gießen das Geld über die Bundesländer aus, ohne auch nur einen Hauch der Kontrolle darüber zu haben, wie das Geld ausgegeben wird.

Ich möchte an dieser Stelle drei Beispiele benennen. Sie schreiben in dem Gesetzentwurf, dass Sie „einen guten Fachkraft-Kind-Schlüssel“ wollen. Aber was ist denn eigentlich „gut“? 1 : 3, 1 : 5, 1 : 7? Sie bleiben eine Antwort schuldig? Sie wollen die Kitaleitung „stärken“. Aber wie genau? Durch den Abbau von Bürokratie? Durch eine bessere Bezahlung? Sie bleiben eine Antwort schuldig. Sie wollen die „Räumlichkeiten verbessern“. Aber wodurch? Auch hier bleiben Sie eine Antwort schuldig. Mit dieser Schwammigkeit fordern Sie die Bundesländer geradezu dazu auf, die Mittel kreativ für alles Mögliche zu verwenden. Doch damit nicht genug! Denn selbst wenn Sie einen sinnvollen Einsatz der Mittel im Sinne der Qualitätssteigerung zustande brächten: Was

passiert eigentlich über das Jahr 2022 hinaus, wenn die Mittel ausgeschöpft sind? Sind dann alle Kitas für immer gut?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist keine nachhaltige Politik, und so gibt es auch keine Planungssicherheit, nicht für die Eltern, nicht für die Fachkräfte und auch nicht für die Träger. Es ist völlig unklar, wie es

nach dieser Anschubfinanzierung für die Kitas weitergehen soll.

Diese Baustelle sehen nicht nur wir Freien Demokraten so; das sehen nahezu sämtliche Verbände so. Selbst Ihr Koalitionspartner distanzierte sich schon vorsorglich von Ihrem Entwurf, bevor wir hier überhaupt in die Debatte eingestiegen sind. Ich bin gespannt, ob den vollmundigen Ankündigungen des Kollegen Weinberg, tatsächlich was für die Qualitätssteigerung tun zu wollen, etwas folgt. Da bin ich gespannt. Ich glaube aber, dass es Ihnen, Herr Kollege, vielmehr darum ging, sich rechtzeitig von diesem schwachen Gesetzentwurf zu distanzieren.

Ich finde es bezeichnend, dass ich an dieser Stelle nicht mal einen protestierenden Zwischenruf aus der Union erhalte.

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe Verständnis dafür, dass die Koalition nach den endlosen Querelen der letzten Monate mit etwas anderem in Verbindung gebracht werden will als Zank und Irrlichkeit. Wenn es Ihnen aber um Qualitätssteigerung geht, dann sollten Sie einen verbindlichen Gesetzentwurf vorlegen, anstatt mit einer hübschen Verpackung Sachpolitik vorzugaukeln. Dieser Gesetzentwurf taugt dafür aber leider ganz und gar nicht.

(Beifall bei der FDP)

Norbert Müller, Die Linke:

Den Kita-Ausbau haben Länder, Kommunen und Eltern bezahlt



Norbert Müller (*1986)
Landesliste Brandenburg

Frau Giffey, ich habe vor ungefähr fünf Jahren morgens meinen Sohn in die Kita gebracht – inzwischen geht er in die Schule; der Kleinere ist noch in der Kita – und habe den Kollegen dort gesagt,

heute sei ein guter Tag für sie. Da haben wir in Brandenburg ein weiteres Mal den Betreuungsschlüssel verbessert. Ich guckte in graue Gesichter, und die Antwort der Kolleginnen und Kollegen war: Das war längst überfällig.

Ich muss ehrlich sagen: Da hatten sie recht. Hätte ich heute früh kurz nach sieben den Kolleginnen der Kita gesagt: „Das ist ein guter Tag für Sie“, dann hätten die mich vermutlich mit der Mistgabel vom Hof gejagt.

Im Wahlkreis traf ich unlängst beim Infostand ein junges Paar mit Kinderwagen. Sie erzählten mir, dass sie trotz intensiver Suche nach einem Kitaplatz keinen finden würden; das Elterngeld sei viel zu knapp gewesen, aber jetzt müssten sie beide wieder arbeiten

gehen, damit sie die hohe Miete bezahlen könnten. Die beiden waren ziemlich verzweifelt. – Das war bei mir in Potsdam, aber das hätte auch in jeder beliebigen anderen deutschen Großstadt so stattfinden können.

Und ja, der Rechtsanspruch, den wir vor fünf Jahren eingeführt haben, war ein Erfolg. Aber seine Umsetzung ist die Geschichte von Eltern von über 300 000 Kindern, für die es trotz Bedarf und trotz Rechtsanspruch heute keinen Kitaplatz gibt, und das ist großer Mist.

Jetzt wird die Koalition wieder sagen, das sei Aufgabe der Kommunen, der Länder, der Träger, und der Bund leiste wahnsinnig

Fortsetzung auf nächster Seite



Im Mai 2018 fordern Demonstranten in Berlin mehr Kitaplätze und eine bessere Bezahlung der Erzieher.

© picture-alliance/Carsten Koall/dpa

viel. Die Wahrheit ist: Den Kita- ausbau haben im Kern Länder, Kommunen und Eltern bezahlt. Die Investitionskosten- und Betriebskostenzuschüsse des Bundes allein reichen nicht; die sind nett, aber die allein reichen nicht.

Der Kitausbau stellt Länder, Kommunen und Eltern vor teure Daueraufgaben, und daran muss der Bund sich endlich angemessen beteiligen.

Aber es stimmt auch: Es waren noch nie so viele Kinder in Kitas und bei Tagesmüttern und Tagesvätern. Der Ausbau wurde teilweise zulasten der Kitaqualität gestemmt. Aber es gibt auch eine Bewegung zur Verbesserung der Kitaqualität in nahezu allen Bundesländern. Allein mein Heimatland Brandenburg – da können Sie zuhören, Frau Ziegler – hat seit dem Regierungseintritt der Linken im Jahr 2009 die Mittel für Kitas von einst 150 Millionen Euro – da haben Sie noch Verantwortung in Brandenburg getragen – auf heute 418 Millionen Euro nahezu verdreifacht.

Wofür wurde dieses Geld eingesetzt? Dieses Geld wurde eingesetzt für eine kontinuierliche Verkleinerung der Kitagruppen, und zwar jährlich, für das Programm „Kiez-Kita“ – das war übrigens eine SPD-Erfindung – und für die Verbesserung der Leitungsfreistellung. Das haben übrigens die linken Finanzminister Helmuth Markov und Christian Görke erst möglich gemacht.

Weil Eltern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas zu Recht bessere Qualitätsstandards fordern, wurde vor Jahren die Idee eines Kitaqualitätsgesetzes

geboren. Die Idee ist ganz einfach und bestechend: Der Bund setzt verbindliche Qualitätsstandards und finanziert diese auch entsprechend; denn wer bestellt, muss auch bezahlen.

Heute gibt es völlig unterschiedliche Qualitätsstandards in den Ländern. Das ist schlecht, und das versteht kein Mensch. Deswegen brauchen wir endlich ein bundesweites Kitaqualitätsgesetz.

Neben Grünen und uns Linken hat das auch die SPD mal so gesehen; Sönke Rix nickt. Aber unter Frau Bundesministerin Schwesig wurde sich von bundesweiten Standards verabschiedet. Dafür gab die Bundesfamilienministerin vor gut einem Jahr das Versprechen, 5 Milliarden Euro jährlich an Bundesmitteln für Qualitätsverbesserungen aufzubringen. Außerdem wurden 5 Milliarden Euro für Beitragsbefreiung in Aussicht gestellt. Und jetzt legen Sie uns ein Gesetz vor, Frau Bundesministerin Giffey, in dem ohne verbindliche Konditionen insgesamt 5,5 Milliarden Euro für vier Jahre an die Länder überwiesen werden sollen: für Beitragsbefreiung und für Qualitätsverbesserung.

Noch mal: Wir wollten ein Gesetz mit bundesweiten Standards und Geld vom Bund dafür. Sie haben 5 Milliarden Euro jährlich versprochen und einen Bausatz, wo sich jedes Land raussuchen kann, was es macht. Vorgelegt haben Sie aber heute ein Gesetz, bei dem es nur noch ein Viertel des Geldes gibt und das nach diesen vier Jahren auch noch automatisch endet. Kein Mensch versteht, wie man das als Erfolg fei-

ern kann. Das Einzige, was an diesem Gesetz immer besser wurde, ist der Titel – der Kollege Seestern-Pauly hat darauf hingewiesen –: Aus „Bundes-Kita-Qualitätsgesetz“ wurde „Bundes-Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz“ wurde „Gute-Kita-Gesetz“. Und selbst die Kollegen der Koalition spotten ja, dass es wahrscheinlich bald „Bestes-Kita-Gesetz“ heißen wird. Aber vielleicht ist dann am Ende auch weniger Geld drin.

Wir finden, das geht so alles nicht. Das Mindeste, was drin sein muss, sind die versprochenen 5 Milliarden Euro jährlich im System – das hat auch was mit

Vertrauen zu tun –, und zwar ohne Verfallsdatum.

Wir sagen als Linke: Wir brauchen bundesweite Standards beim Betreuungsschlüssel. Wir brauchen verbindliche Regeln für Leitungsfreistellung, für Weiterbildung und Supervision in den Kitas. Ja, wir brauchen auch – das haben Sie angesprochen – einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung, der einheitlich geregelt ist und sich nicht am Ende von Land zu Land anders definiert.

Wenn man das Berufsfeld der Erzieherinnen und Erzieher aufwerten will, dann geht das nur über bessere Löhne. Wer mit

Menschen arbeitet, darf nicht weiter so mies bezahlt werden, wie das heute häufig Realität ist.

Und nicht zuletzt – das ist mir immer besonders wichtig; darauf reite ich auch rum –: Wir wollen ein qualitativ gutes Frühstück, Mittagessen und eine Vesper in jeder Einrichtung, wofür die Eltern nicht noch extra zahlen müssen. Ich finde, all das muss drin sein.

Ihr Gesetz erfüllt nichts davon. Es ist kein gutes Gesetz; es ist ein schlecht gemachtes Gesetz.

Die Frage der Elternbeitragsfreiheit müssen wir separat davon angehen – da sind wir uns einig –, weil Kita frühkindliche Bildung ist und Bildung Eltern nichts extra kosten darf. Aber das gehört nicht in ein Qualitätsgesetz, sondern muss anders geregelt werden, in einem Extragesetz.

So wie es jetzt ist, verschlimmern Sie den Flickenteppich. Mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz gibt es keine verbindlichen Standards, sondern eine weitere Ausdifferenzierung der Kitalandchaft zwischen den Bundesländern.

Dass Sie über das Gesetz auch noch regeln, dass für die Berechnung der Elternbeiträge das unsägliche Baukindergeld künftig als Haushaltseinkommen nicht angerechnet werden darf, das setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Frau Ministerin Giffey, ich fordere Sie auf, dieses schlechte Kitagesetz zurückzuziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Annalena Baerbock, Bündnis 90/Die Grünen:

Verbindlicher Fachkraft-Kind-Schlüssel fehlt im Gesetz



Annalena Baerbock (*1980)
Landesliste Brandenburg

Jedes Kind in diesem Land, egal ob es Simon, Sonja oder Sevim heißt, hat eine gute Kita verdient. Deswegen gehört Spitzenqualität auch an die Orte für die Kleinsten. Deswegen setzen wir Grüne uns so intensiv mit diesem

Gesetz auseinander. Und ja, auch wir kommen leider zu dem Schluss, dass es nichts bringt, einfach nur den Namen zu ändern und zu sagen: Es heißt „Gute-Kita-Gesetz“, und damit ist alles gut. – Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht. Es tut mir wirklich leid, dass wir das feststellen müssen, weil wir alle seit Jahren hier in diesem Haus darum gerungen haben, endlich Spitzenqualität in die Kitas zu bringen.

Ich glaube, es wäre fast besser gewesen, man hätte den alten, technischen Titel oben auf dem Gesetz behalten: „Weiterentwicklung der Qualität in der Kinderta-

gesbetreuung“, weil dann Qualität auch an oberster Stelle gestanden hätte.

Jetzt haben Sie zehn Handlungsfelder – Sie haben erweitert –, nehmen, wie Norbert Müller zu Recht gesagt hat, das gleiche Geld, obwohl Sie jetzt mehr damit finanzieren wollen, und die Qualität hat eben nicht mehr Priorität, wie das noch in den vergangenen Jahren der Fall war. Das ist unsere Kritik an diesem Gesetz.

Warum ist das unsere Kritik an diesem Gesetz? Schauen wir uns Kitas an. Es macht einen riesengroßen Unterschied, ob eine Erzieherin für sechs Zwei-

Die Qualität hat eben nicht mehr Priorität, wie es in vergangenen Jahren der Fall war.

jährige zuständig ist oder ob das zwei Erzieherinnen sind.

Deswegen ist der Fachkraft-Kind-Schlüssel so essenziell für dieses Gesetz. Es ist nicht gut, sondern richtig schlecht, Frau Ministerin, dass Sie den Fachkraft-Kind-Schlüssel nur in die Begründung des Gesetzes geschrieben haben. Dort verweisen Sie auf das, was wir eigentlich machen müssten. Aber im Gesetz fehlt der Schlüssel, weil er nicht verbindlich ist. Das ist ein schlechtes Gesetz, Frau Ministerin.

Seit Jahren wissen wir durch Anhörungen, dass Fachkraft-Kind-Relation beinhaltet: Die Erzieherinnen müssen Zeit für eine Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Angebote haben. Erzieherinnen sind auch mal krank, so wie alle Mütter und Väter mit kleinen Kindern im Herbst und im Winter. Erzieherinnen fallen deswegen aus, sodass das berücksichtigt werden muss. Die haben auch mal Urlaub. – Das führt am Ende zu einem verbindlichen Schlüssel, der lautet: bei Einjährigen eine Fachkraft-Kind-Relation von 1 : 2, bei unter Dreijährigen von 1 : 3 oder 1 : 4 und bei über Dreijährigen von 1 : 9.

Die Realität in diesem Land sieht in ganz vielen Kitas komplett anders aus. Deswegen müssen Sie den Fachkraft-Kind-Schlüssel angehen, und zwar nicht in der Begründung, sondern im Hauptteil

Ihres Gesetzes, und zwar im Sinne aller – im Sinne der Kinder, der Eltern und der Erzieherinnen und Erzieher.

Wenn man morgens sein Kind selber in die Kita bringt, dann merkt man den Unterschied. Bei 20 Kindern, die rumwirbeln, kann die Erzieherin das eine Kind nicht in Empfang nehmen. Das Kind weint dann. Es wäre ein ganz anderer Abschied, wenn die Erzieherin es in Empfang nehmen und sagen kann: Guten Morgen, schön, dass du da bist! Das wollen die Erzieherinnen und Erzieher, aber sie können es eben nicht, weil die Fachkräfte in diesem Bereich fehlen.

Das führt dann auch dazu, dass viele Eltern ihre Kinder nicht in die Kita bringen. Das DIW als Wirtschaftsinstitut hat berechnet, dass viele Mütter oder Väter nicht Vollzeit arbeiten,

weil die Qualität in den Kitas nicht gut genug ist. Die sagen: Wenn ich mein Kind neun Stunden in die Kita bringe – man muss es neun Stunden hinbringen, wenn man Vollzeit arbeitet; man fährt ja morgens hin und abends wieder zurück vom Job –, aber weiß, dass die Erzieherinnen und Erzieher eigentlich nur für fünf Stunden Vollzeit da sind und in den Randzeiten überhaupt nicht mehr, dann gehe ich in Teilzeit. – Das betrifft vor allen Dingen Frauen. Deswegen wäre dieses Gute-Kita-Gesetz auch so entscheidend

für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Frau Ministerin.

Kommen wir zu dem Punkt, dass Ihr Haus argumentiert hat: Wir können den Fachkraft-Kind-Schlüssel nicht rechtsverbindlich festschreiben, weil uns das Personal fehlt. Das stimmt; uns fehlen 300 000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher bis 2025. Aber gerade weil diese Erzieherinnen und Erzieher fehlen, müssen Sie den Schlüssel festschreiben. Es ist doch in den Kitas genauso wie in der Pflege. Viele Menschen, die dort arbeiten wollen, sagen: Ich kann so nicht mehr arbeiten. Unter diesen Bedingungen kann ich meinen Job nicht richtig gut machen. – Gerade um Fachkräfte zu gewinnen, müssen Sie dafür sorgen, dass Qualität in den Kitas besteht. Das beinhaltet einen verbindlichen Fachkraft-Kind-Schlüssel in Ihrem Gesetz.

Ein anderes Argument gegen die Festlegung ist: Man kann ihn gesetzlich nicht festschreiben. Ich sage Ihnen: Das ist falsch. Bitte hören wir auf, immer wieder Gesetze zu machen, mit denen wir den Menschen etwas vormachen. Sie sagen, Sie wollen neue Fachkräfte gewinnen, indem Sie das Gehalt der Erzieherinnen und Erzieher verbessern; Sie haben vorgeschlagen, dass das im nächsten Jahr geschehen soll. An das Gehalt kommen Sie als Bundesgesetzgeber aber überhaupt nicht ran. Wo Sie eingreifen können, ist die Fachkraft-Kind-Relation, die Qualität, nämlich über das SGB VIII in § 22a. Das SGB schreibt Ihnen

dort nämlich vor, dass der Bund auch für die Qualität in den Kitas zuständig ist. Drücken Sie sich hier nicht weg! Sie haben die Gesetzgebungskompetenz, für Qualität in den Kitas zu sorgen. Dann tun Sie das auch, und zwar rechtsverbindlich!

Einen letzten Punkt zu „Gut gemeint ist nicht gut gemacht“ möchte ich noch mit Blick auf die Beitragsfreiheit sagen. Wir halten es für essenziell, dass die soziale Staffelung endlich in alle Kitas kommt und sie nicht davon abhängig ist, ob die Kommune, ob der Bürgermeister das auf der Prioritätenliste hat oder nicht. Wir halten es für essenziell, dass endlich auch dafür gesorgt wird, dass Familien, die den Kinderzuschlag bekommen, entsprechend der sozialen Staffelung aus der Beitragszahlung herausgenommen werden.

Aber indem Sie sagen: „Man kann sich komplette Beitragsfreiheit aussuchen“, tragen sie zu der Verschärfung der sozialen Spaltung in unserem Land bei. Wozu führt das denn, wenn zwei Drittel der Eltern sagen: „Für uns ist es essenziell, eine gute Kita zu haben“? Das heißt: Diejenigen, die vorher 100 oder 200 Euro gezahlt haben und das jetzt nicht mehr tun müssen, weil Sie sie davon befreien, sagen: Super, für die 200 Euro gehe ich jetzt in die private Kita nebenan, wo der Schlüssel stimmt. – Die Eltern, die sich das nicht leis-

ten können, bleiben dann in den Kitas, wo eine Fachkraft auf 20 Kinder aufpasst. Das ist sozial absolut ungerecht. Sie können die Beitragsfreiheit erst zusagen, wenn der Schlüssel in allen Kitas stimmt. Deswegen gehört dieser

Aspekt auch in die Verträge mit den Ländern: Bedingung für Beitragsfreiheit ist, dass der Fachkraft-Kind-Schlüssel stimmt.

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Zu allerletzt noch: Wir hatten

eine Vereinbarung mit den Ländern, und Sie wollen Verträge mit den Ländern schließen. Dann können Sie die Finanzierung aber nicht nur für vier Jahre gestalten. Wie soll man denn neues Fachpersonal einstellen können, wenn man den Leuten sagt: Fangt bei uns an. In vier Jahren gibt der Bund aber kein Geld mehr dafür. Dann sitzt ihr wieder auf der Straße. – So funktioniert das nicht. Wenn das Gesetz gut werden soll, dann müssen Sie nachbessern bei der Fachkraft-Kind-Relation, bei der Ausfinanzierung – nicht nur vier Jahre, sondern auf die Dauer dieses Gesetzes – und aufhören, die armen Kinder gegen reiche Kinder auszuspielen, weil wir so den sozialen Zusammenhalt in diesem Land nicht gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An das Gehalt kommen Sie als Bundesgesetzgeber überhaupt nicht ran.

Wir halten es für essenziell, dass die soziale Staffelung endlich in alle Kitas kommt.

Wir wollen das Geld natürlich auch langfristig zur Verfügung stellen.

Sönke Rix, SPD:

Wir wollen Rahmenbedingungen für Familien schaffen



Sönke Rix (*1975)
Landesliste Schleswig-Holstein

© Deutscher Bundestag/Thomas Köhler

Gesetze „einmischen“ sollten, wie die Familien ihr Leben organisieren. Nein, wir wollen uns nicht einmischen, wie die Familien ihr Leben organisieren, aber wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie sich entscheiden können, für welchen Weg auch immer. Dazu gehört natürlich auch gute Qualität in Kindertagesstätten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist keine Bevormundung, sondern, ganz im Gegenteil, erleichtert den Entscheidungsweg der Eltern. Dazu wollen wir mit diesem Gesetz ein Stück beitragen.

Das Zweite ist – es wird in der Diskussion aufgeworfen –: Qualität und Teilhabe, also Beitragsenkung oder Beitragsabschaffung, werden hier gegeneinander ausge-

spielt. Ich glaube, dass wir das nicht tun sollten. Wir sollten selbstbewusst sein und sagen: Wir wollen beides. Wir wollen die Qualität steigern, und wir wollen den Zugang zu Kitas für alle Familien möglich machen, egal mit welchem Einkommen und egal in welcher Stellung.

Ich will Ihnen eines sagen: Die gleichen Argumente, die die Gegner von Beitragsfreiheit hier bringen, könnte man umgekehrt als Argumente dafür bringen, wieder Schulgebühren oder Hochschulgebühren einzuführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen diejenigen, die gut verdienen, natürlich stärker an den Kosten für Kitainfrastruktur und -qualität beteiligen, aber das wollen wir über Steuerpolitik machen.

Unsere Zielsetzung in diesem Gesetz und im Laufe des Verfahrens sind drei Punkte.

Erstens. Wir wollen das Gute-Kita-Gesetz –, da haben wir Teilhabe und Qualität drin –, als zusätzliches Mittel sehen – zusätzlich zu dem, was die Länder vor Ort in vorbildlicher Art und Weise bis jetzt schon machen. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, der Linkspartei und der Grünen, ich wundere mich manchmal, wie Sie über die von Ihren Parteien mitgetragenen Landesregierungen an dieser Stelle denken. Ich frage mich, wie das geht.

Ich wundere mich auch, dass wir hier Schuldzuweisungen erteilen. Ich glaube, dass die Länder viel besser darüber Bescheid wissen, was tatsächlich die Bedürfnisse vor Ort sind. Ich gehe auch davon aus, dass sie genau wissen – es fällt in ihre originäre verfassungsmäßige Zuständigkeit –, was poli-

tisch in den Ländern gewollt ist. Dieses Vertrauen, dass sie sowohl in Qualität als auch in mehr Teilhabe investieren werden, habe ich sowohl zu den gewählten Landtagen als auch zu den gewählten Landesregierungen. Wir finanzieren den Ausbau. Wir haben die Länder und Kommunen damit nicht alleine gelassen, sondern wir

leisten unseren Beitrag und übernehmen ein Drittel der Kosten. Ich will den Eindruck, der Bund würde seiner Verantwortung nicht gerecht werden, hier nicht so stehen lassen. Natürlich wollen wir, dass das Geld direkt ankommt, und wir wollen das auch kontrollieren. Interessant war, dass eine Rednerin gesagt hat: Da ist viel zu viel Bürokratie im Monitoring, in der Kontrolle; das kann ja alles so nicht sein. – Doch! Wir wollen ge-

Fortsetzung auf nächster Seite

nau diese Kontrolle, weil das Geld direkt vor Ort ankommen soll. Deshalb gibt es auch die Vertragsgestaltung und das Monitoring. Wenn Sie jetzt wiederum behaupten, das Geld würde nicht ankommen, dann, glaube ich, sollten wir uns in der Mitte des Weges treffen, damit das Geld auch tatsächlich direkt ankommt.

Die 5,5 Milliarden Euro sind zusätzliches Geld: zusätzlich zu dem, was die Länder bereitstellen, und zusätzlich zu dem, was wir sowieso weiterhin in Infrastruktur und andere Programme investieren werden. Ich glaube, es kann immer mehr sein; das ist gar keine Frage. Wir alle würden uns viel mehr Geld für solche Zwecke wünschen. Aber dass wir überhaupt dieses Geld in die Hand nehmen, ist, finde ich, eine großartige Leistung und erstmalig in dieser Bundesrepublik; das ist auch zu würdigen.

Wir wollen das Geld natürlich auch langfristig zur Verfügung stellen. Wir sind froh, dass wir es noch im Laufe der Endabstimmung in der Regierung hinbekommen haben, in der Zielsetzung des Gesetzes festzuschreiben, dass nach den 5,5 Milliarden Euro bis 2022 nicht Schluss sein soll, sondern dass wir es uns als Ziel setzen, auch weiterhin eine Finanzierung für Qualität durch den Bund vorzunehmen. Das ist ein



Gutverdiener sollen über die Steuerpolitik stärker an den Kosten für Kitainfrastruktur und -qualität beteiligt werden, fordert Sönke Rix (SPD).

© picture-alliance/imageBROKER/Christian Ohde

guter Schritt. Vielleicht kriegen wir es noch ein bisschen schärfer und deutlicher formuliert. Wir sind auf jeden Fall dafür, dass dieses Geld langfristig zur Verfügung gestellt wird und natürlich auch Schritt für Schritt mehr werden kann.

Zur Erzieheroffensive: Ich bin gelernter Erzieher und weiß ganz genau, wie es ist, sein Kind zur Kindertagesstätte zu bringen, als auch, wie es ist, auf der anderen Seite zu stehen und ein Kind ent-

gegenzunehmen. Ich weiß, dass es im Moment in den Einrichtungen viel schlimmer ist als vor 13 Jahren, als ich in diesem Bereich noch gearbeitet habe, weil es immer mehr Kinder sind – das wollen wir, und das ist auch richtig, weil wir den Bedürfnissen nachkommen wollen – und weil die Belastung größer wird, und das nicht nur, weil die Anzahl der Kinder steigt, sondern auch, weil die Herausforderungen steigen. Des-

halb ist es gut, dass wir zusätzlich Geld in die Hand nehmen und eine Fachkräfteoffensive starten, um zusätzliches Personal zu bekommen, um die Qualitätsbausteine, die wir hier entwickelt haben, auch tatsächlich umsetzen zu können. Ich hoffe, dass wir im Gesetzgebungsverfahren zum Haushalt auch ausreichend Mittel dafür bereitstellen.

Letzter Satz. Ich freue mich auf die Auseinandersetzung und die

Beratungen zu diesem guten Gesetz und sage nach Struck'schem Vorbild: Aus einem guten Gesetz kann man ein besseres Gesetz machen. Dazu nutzen wir die parlamentarischen Beratungen herzlich gerne.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nicole Höchst, AfD:

Keinen Zwang auf die Eltern ausüben



Nicole Höchst (*1970)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Der Ausbau und die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden.

Kitas sind vor allem auch für Alleinerziehende am Arbeitsmarkt eine entscheidende Hilfe und aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. Aber: Sie darf eben auch nicht alternativlos sein.

Liebe Frau Schön, Wahlfreiheit

ist derzeit illusorisch. Abgesehen von Schichtarbeit und Auswärtstätigkeit sind viele Eltern aus finanziellen Gründen gezwungen, immer früher und immer länger ihre Kinder in Krippen und Kindergärten unterzubringen. Besonders betrifft dies Menschen aus dem Niedriglohnssektor.

Selbst erwerbslose Mütter und Väter werden gezwungen, ihre Kinder abzugeben, damit sie dem Arbeitsmarkt ungehindert zur Verfügung stehen können. Geht es womöglich gar nicht um die Kinder? Geht es womöglich um die Befriedigung der Interessen der einflussreichen neoliberalen Profiteure in Konzernen und in der Finanzindustrie?

Wie dem auch sei. Unter der Prämisse der Zwangslage vieler Menschen begrüßen wir von der AfD den Gesetzesvorstoß der Bundesregierung. Allerdings kann dies unserer Meinung nach nur ein erster Schritt in Richtung eines Gesetzes sein, welches gute Betreuung

ermöglicht. Für viele Kinder bieten Kitas große Chancen für die gezielte Förderung von Sprache, Miteinander, Kreativität, Bildung und Bewegung. Kinder aus bildungsfernen Schichten profitieren hier besonders. Gut ist auch, dass ein Qualitätsstandard für hochwertige, gesunde und ausgewogene Ernährung installiert werden soll.

Aber wir wären nicht die AfD, wenn wir nicht auch designierte Schwachstellen ansprechen würden. Schauen wir also genauer hin: Ziel des Gesetzes ist es unter anderem, die Qualität der Kitas und die Teilhabe weiterzuentwickeln. Bei Punkt eins können wir insofern mitgehen, als dass auch wir an guter Qualität und an Teilhabe interessiert sind. Aber: Für unsere Kinder sollte die liebevolle Betreuung

sowie die Ausstattung von Kitas in personeller und sachlicher Hinsicht im Vordergrund stehen.

Für unseren Staat steht aber anscheinend frühkindliche Bildung und Erziehung im Vordergrund. In § 2 Nummer 10 möchte man zum Beispiel „die Nutzung der Potenziale des Sozialraums und den Abbau geschlechterspezifischer Stereotype“ fördern. Hier, meine Damen und Herren, werden staatlichem Zugriff auf Kinderseelen, ideologischer Indoktrination und Frühsexualisierung Tür und Tor geöffnet. Was genau man darunter versteht, kann man in der Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ der Amadeu Antonio Stiftung nachlesen. Da ist von Schminkecken die Rede, in denen Betreuer Jungen die Nägel lackieren.

Da ist die Rede von gegenseitiger Bespitzelung, übrigens auch der Eltern, und derlei Ungeheuerlichkeiten mehr. Es bereitet zudem den Weg zur schädlichen Kita digital, beides übrigens entweder im Auftrag oder mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie. Frau Giffey schrieb sogar

eine Seite Geleitwort zur genannten Stasikinderbroschüre.

Wir als AfD fordern eine Entideologisierung von Kindertagesbetreuung und dieses Gesetzes. Unsere Kinder dürfen niemals von Gesetz wegen in Kitas zu klimahysterischen, vielfaltsfixierten links-grünen Knock-out-Mäusen à la Kahane oder zu Digitalzombies dressiert werden.

Wir fordern die sozial gerechte Ausweitung des vorliegenden Gesetzentwurfs auf gute Betreuung. Gute Betreuung könnte dann vor allem auch durch Eltern, aber auch Großeltern, Tagesmütter etc. erfolgen. Eltern sollen entscheiden dürfen, was gute Betreuung für ihre Kinder ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Andrea Nahles [SPD]: Halloween ist erst am 31. Oktober!)

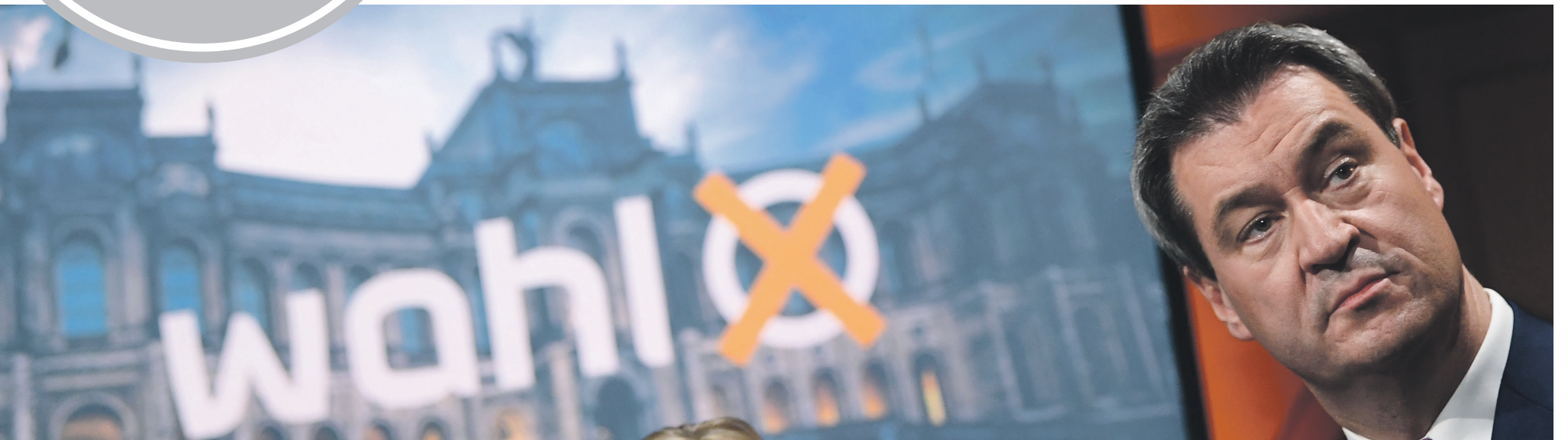
Wir als AfD fordern eine Entideologisierung von Kindertagesbetreuung.

In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Maik Beermann (CDU/CSU), Nicole Bauer (FDP) und Dr. Silke Launert (CDU/CSU).

leicht
erklärt!

Wahl in Bayern

Ein neuer Landtag wurde gewählt



Vorletzte Woche war eine Wahl.
Genauer: Am 14. Oktober.

Und zwar im Bundes-Land Bayern.
Im folgenden Text steht mehr dazu.



Worum ging es bei der Wahl?

In Deutschland gibt es verschiedene
Bundes-Länder.

Zum Beispiel:
Hessen, Bayern, Sachsen oder Berlin.

In jedem Bundes-Land gibt es
ein Landes-Parlament.

Manchmal sagt man dazu auch:
Landtag.

Das ist eine Gruppe von Politikern.
Sie machen Politik für die Menschen
im Bundes-Land.

Zum Beispiel:

- Sie machen Gesetze.
- Sie entscheiden,
wofür Geld in ihrem Bundes-Land
ausgegeben wird.

Die Politiker vom Landtag werden
gewählt.

Und zwar in den meisten
Bundes-Ländern alle 5 Jahre.

Und genau das ist in Bayern passiert.



Die Politiker vom Landtag gehören zu
verschiedenen Parteien.

Parteien sind Gruppen von Menschen.
Sie haben sich zusammengetan.
Denn sie wollen eine ähnliche Politik
machen.

Je mehr Stimmen eine Partei bekommt,
desto mehr Politiker darf sie auch in
den Landtag schicken.

Jede Partei will möglichst
viele Politiker im Landtag haben.

Denn: Ein Landtag trifft viele
Entscheidungen, indem er abstimmt.

Wenn eine Partei die meisten
Politiker im Landtag hat, kann sie
Abstimmungen immer gewinnen.



Eine besonders wichtige Abstimmung
ist die über den Chef von der
bayerischen Landes-Regierung.

Der trägt den Titel: Minister-Präsident.

Eine Landes-Regierung
sind die Politiker,
die ein Bundes-Land leiten.

Es wird jetzt also auch bald eine neue
Landes-Regierung geben.

Wichtiges Thema

Über die Wahl in Bayern wird viel gesprochen.

Denn: Die Ergebnisse unterscheiden sich sehr von früheren Wahlen.

Im Folgenden gibt es Infos zu den 6 Parteien, die die meisten Stimmen bekommen haben.

Dabei wird immer gesagt, wie viele Politiker die Parteien jetzt in den Landtag schicken dürfen.

Insgesamt wird der Landtag aus 205 Politikern bestehen.



Platz 1: Die CSU

In Bayern gibt es die Partei CSU.

Sonst gibt es diese Partei in keinem anderen Bundes-Land.

Im Rest von Deutschland gibt es stattdessen die CDU.

Die beiden Parteien arbeiten eng zusammen.



Seit dem Jahr 1966 gehörten fast immer über die Hälfte aller Politiker vom Landtag zur CSU.

In dieser Zeit war immer ein CSU-Politiker Minister-Präsident. Und die CSU konnte im Landtag meist alle Abstimmungen gewinnen.

Das bedeutet: In dieser Zeit konnte die CSU Bayern meist allein regieren.

Nur von 2008 bis 2013 war das nicht so.

Auch nach der letzten Landtags-Wahl gehörten mehr als die Hälfte aller Politiker im Landtag zur CSU.

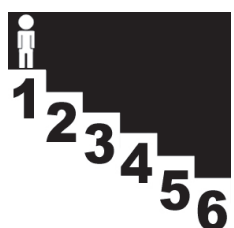
Damals waren im Landtag 180 Politiker.

Und davon gehörten 101 zur CSU.

Jetzt ist das nicht mehr so.

Die CSU hat sehr viele Stimmen verloren.

Sie hat nur noch 85 Politiker im Landtag.



Das bedeutet:

Sie hat jetzt nicht mehr genug Politiker im Landtag.

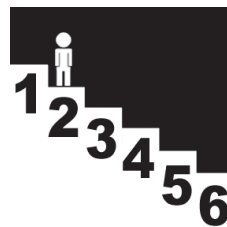
Sie kann nicht mehr allein regieren. Sie muss sich eine andere Partei als Partner suchen.

Platz 2: Die Grünen

Die Partei die Grünen hat mehr als doppelt so viele Stimmen wie bei der letzten Wahl bekommen.

Damals hatte sie 18 Politiker im Landtag. Jetzt sind es 38.

Viele Menschen sagen darum: Die Grünen sind die größten Gewinner von der Wahl.



Platz 3: Die Freien Wähler Bayern

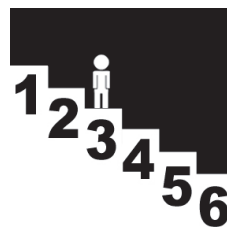
Die Freien Wähler sind eine Partei, die es in ganz Deutschland gibt.

Aber in den meisten Bundes-Ländern bekommt sie nur wenige Stimmen.

Nur in Bayern sind die Freien Wähler schon seit 10 Jahren im Landtag.

Sie haben dieses Mal deutlich mehr Stimmen als bei der letzten Wahl bekommen.

Damals hatten sie 19 Politiker im Landtag. Jetzt sind es 27.



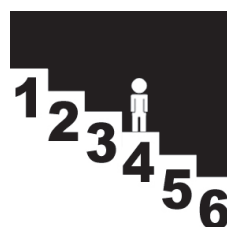
Platz 4: Die AfD

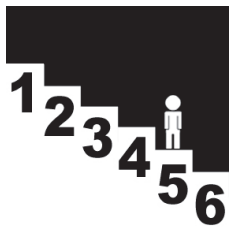
Die Partei AfD ist zum ersten Mal bei einer Wahl in Bayern angetreten.

Es gibt die Partei erst seit dem Jahr 2013.

Sie darf 22 Politiker in den Landtag schicken.

Für eine erste Wahl ist das ein sehr gutes Ergebnis.





Platz 5: Die SPD

Die SPD ist eine der wichtigsten Parteien in Deutschland.

Es ist auch die älteste Partei.

In Bayern war die SPD fast immer hinter der CSU auf Platz 2.

Dieses Mal hat sie aber nur halb so viele Stimmen wie bei der letzten Wahl bekommen.

Nach der letzten Wahl im Jahr 2013 hatte sie 42 Politiker im Landtag. Jetzt sind es nur noch 22.

Vielen Menschen sagen: Die SPD ist der größte Verlierer von der Wahl.



1) Themen

Die Wähler in Bayern haben sich besonders für folgende Themen interessiert:

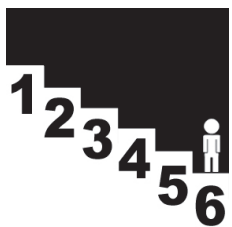
- Umwelt-Schutz
- Miet-Kosten
- Schulen und Unis

Das sind Themen, bei denen die Wähler der CSU nicht so sehr vertrauen.

Vielleicht haben sie sie darum weniger gewählt.

Gerade die Grünen beschäftigen sich aber viel mit dem Thema Umwelt. Das könnte ihnen Stimmen gebracht haben.

Und die SPD hat es wohl nicht geschafft, den Wählern ihre Ziele zu erklären.



Platz 6: Die FDP

Die FDP war seit 1946 immer mal wieder im Landtag.

Immer mal wieder hat sie es aber auch nicht geschafft.

Nach der letzten Wahl war sie nicht mehr im Landtag.

Jetzt ist sie wieder dabei.

Sie darf 11 Politiker in den Landtag schicken.



2) Personen

Bei einer Wahl geht es nicht nur um Themen, sondern auch um die wichtigsten Politiker von den Parteien.

Zum Beispiel um Markus Söder. Das ist der Mann auf dem Titel-Bild von diesem Text.

Er ist der Minister-Präsident von Bayern. Er gehört zur CSU.

Befragungen zeigen: Weniger als die Hälfte aller Befragten halten ihn für einen guten Minister-Präsidenten.

Vielleicht haben die Leute die CSU deswegen weniger gewählt.

Gründe für die Ergebnisse

In Bayern lief bei dieser Wahl also vieles anders als sonst.

Große Parteien haben viele Stimmen verloren. Kleinere Parteien konnten sehr gute Ergebnisse erzielen.

Nach einer Wahl fragen sich die Leute immer: Wie sind die Ergebnisse zustande gekommen?

Dafür gibt es verschiedene Erklärungsversuche.

Man kann das zum Beispiel mit Befragungen herausfinden.

Im Folgenden ein paar Beispiele.



3) Bundes-Regierung

Die Parteien CSU und SPD gehören auch zur Bundes-Regierung.

Das ist die Regierung, die ganz Deutschland leitet.

In der Bundes-Regierung gab es in den letzten Monaten viele Probleme.

Es gab zum Beispiel oft Streitereien zwischen verschiedenen Politikern.



Zum Beispiel zwischen folgenden Politikern:

- Horst Seehofer von der CSU
- Bundes-Kanzlerin Angela Merkel von der CDU
- Andrea Nahles von der SPD



Viele Menschen sind unzufrieden mit diesem Verhalten.

Und darum haben wahrscheinlich auch weniger Leute diese Parteien bei der Wahl in Bayern gewählt.

Was passiert jetzt?

Die CSU hat die meisten Stimmen bekommen.

Das bedeutet: Sie wird eine neue Regierung zusammenstellen.

Dafür hat sie 4 Wochen Zeit.

Sie kann aber nicht mehr allein regieren.

Sie braucht einen Partner.

Jetzt gibt es also erst einmal Gespräche zwischen den Parteien.

Wenn die CSU dann die richtigen Partner gefunden hat, machen die Parteien einen Vertrag.

Darin steht, wie sie zusammen arbeiten wollen.

Und dann machen diese Parteien zusammen eine neue Regierung.

Nächste Wahl in Hessen

Die Wahl in Bayern ist also vorbei.

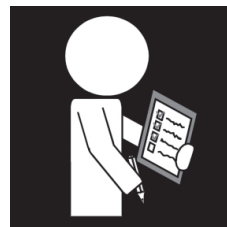
Aber die nächste Landtags-Wahl ist schon bald.

Und zwar am 28. Oktober.

Sie findet im Bundes-Land Hessen statt.

Viele Leute fragen sich nun: Wird es in Hessen ähnliche Wahl-Ergebnisse wie in Bayern geben?

Das könnte sein.



Vor einer Wahl werden oft Befragungen gemacht.

Die zeigen: Den Parteien in Hessen geht es ganz ähnlich wie in Bayern.

Die CDU ist in Hessen die stärkste Partei.

Aber sie könnte viele Stimmen verlieren.

Für die SPD sieht es nicht ganz so schlimm aus wie in Bayern. Aber auch sie könnte viele Stimmen verlieren.

Die Grünen werden wohl deutlich mehr Stimmen als bei der letzten Wahl bekommen.

Die AfD wird vermutlich zum ersten Mal Politiker in den Landtag schicken.

In Hessen regiert im Moment die CDU zusammen mit den Grünen.

Bei der Wahl wird sich entscheiden: Wird das auch in Zukunft so sein?

Auch in Hessen könnte sich durch die Wahl viel ändern.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichtenwerk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / dpa, Fotograf: Peter Kneffel. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 43-45/2018
Die nächste Ausgabe erscheint am 12. November 2018.

